

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 64. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 1. Dezember 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Seiten

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

1 - 96

Herr Andreas Graf von Bernstorff
gemäß Beweisbeschluss 17-215

Herr Klaus Poggendorf
gemäß Beweisbeschluss 17-174

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen Klaus Poggendorf (siehe Schreiben vom 16. Dezember 2011, Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet. Der Zeuge Andreas Graf von Bernstorff hat keine Korrekturen vorgenommen.

(Beginn: 10.07 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Graf von Bernstorff, herzlich willkommen zu unserer heutigen öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses, in der wir Sie, Herr von Bernstorff, als Zeugen zu unserem Untersuchungsauftrag hören werden.

Die Presse macht jetzt noch zunächst ein paar Auftaktbilder, und nachdem die Presse den Raum dann verlassen hat, werden wir mit der Befragung und mit der Sitzung beginnen. Deshalb haben wir noch ein paar Momente, wo wir Gelegenheit geben sollten. - Wunderbar.

Dann möchte ich Sie, die Vertreter der Presse, jetzt bitten, den Raum zu verlassen und Film-, Ton- und Bildaufnahmen zu beenden. Dasselbe gilt für die heute ganz zahlreich anwesenden Besucher dieser Sitzung. Ich möchte die Besucher auch bitten, dass sie auf die Benutzung der Mobiltelefone während der gesamten Sitzung verzichten, da keine weiteren Dokumentationen dieser Sitzung, es sei denn handschriftlich, vorgenommen werden sollen.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Vernehmung von Zeugen,
im Einzelnen:

Andreas Graf von Bernstorff
gemäß Beweisbeschluss 17-215

Herr Klaus Poggendorf
gemäß Beweisbeschluss 17-174

**Vernehmung des Zeugen
Andreas Graf von Bernstorff**

Herr Graf von Bernstorff, ich begrüße Sie sehr herzlich offiziell in dieser Ausschusssitzung. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung anfertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht werden.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-215, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in ebenso eingestuften Sitzungen zulässig sind.

Haben Sie hierzu bislang Fragen? - Danke schön.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Das hatte ich ja auch schon gelesen. - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, wunderbar. - Dann darf ich mit der Vernehmung zur Person beginnen und nach diesen Vorbemerkungen Sie nach Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter fragen und zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Also, mein Name ist Andreas Graf von Bernstorff. Ich bin am 9. März 1942 geboren, stehe also kurz vor dem 70. Geburtstag. Und mein Wohnsitz ist immer der gleiche: Schon seit 300 Jahren wohne ich in [REDACTED].

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will jetzt nicht glauben, dass Sie seit 300 Jahren dort leben. Aber solange wie Sie leben, mögen Sie dort leben; das ist wohl wahr.

Dann beginnen wir mit der Vernehmung zur Sache. Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben und keinen weiteren Standort weiter obertägig zu erkunden - den Salzstock Gorleben untertägig -, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Zugleich untersuchen wir das Umfeld, also von der Benennung des Salzstocks durch die niedersächsische Landesregierung im Jahr 1977, bis hin zur Veränderung des Erkundungskonzeptes in den Jahren 87 bis 89.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern; andernfalls würde ich sogleich mit den Fragen beginnen. Wie würden Sie gerne vorgehen wollen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich würde sehr gerne ein einführendes Statement machen. Ich habe gehört, die sind zum Teil bis zu einer Stunde lang; ich würde mich aber kürzer halten. Ja, dann sehe ich den Fragen optimistisch entgegen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, es kann jetzt losgehen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es kann losgehen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Sehr verehrte Frau Dr. Flachsbarth! Meine Damen und Herren Bundestagsabgeordnete und liebe Besucher! Ich muss mich erst mal entschuldigen, dass ich hier etwas zu spät gekommen bin. Wenn man aus dem Wendland kommt und dann erlebt man diesen Stau hier, dann denkt man, man ist auf einem anderen Planeten. Und ich hatte gedacht: Also drei Stunden Zeit müssen eigent-

lich genügen. Aber nun, es hat ja noch so einigermaßen geklappt.

Sie wissen wahrscheinlich alle, dass ich diesen Gorleben-Prozess von Anfang an mitbeobachtet, miterlebt habe, und es ist natürlich nicht so einfach, sich an Details, die sich in diesen 34 Jahren abgespielt haben, im Einzelnen zu erinnern. Und ich muss natürlich davon ausgehen, dass Sie jetzt über all das, was mit mir zusammenhängt in diesen 34 Jahren, Fragen stellen. Aber ich kann das halt nur so beantworten, wie ich mich auch noch erinnern kann, und dann werde ich mich auch an das halten, was Sie mir aufgegeben haben, Frau Dr. Flachsbarth.

Ja, 34 Jahre Leben mit Gorleben: Das ist eben nicht mehr alles präsent. Aber ich kann mich doch noch sehr gut erinnern an die Art und Weise, wie ich mit dem Gorleben-Komplex konfrontiert wurde. Man hatte ja schon 1976 so etwas läuten hören von verschiedenen Standorten für ein nukleares Entsorgungszentrum. Das ging damals um Wahn, Lichtenhorst, Lutterloh - Gorleben noch gar nicht -; aber dann kam - ich erinnere mich, glaube ich - Ende 76 fiel auch der Standort Gorleben. Und die eigentliche Überraschung war dann am 22. Februar 1977, wo unser Landkreis und ich auch persönlich mit der Nachricht überfallen wurden, dass Gorleben nun als einziger Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum ausgewählt sei.

Wie Sie sicher wissen, gehörte oder gehört mir immer noch etwa die Hälfte der Fläche, die für das nukleare Entsorgungszentrum vorgesehen war. Ich bin dann ganz kurz nach der Standortentscheidung gebeten worden, nach Hannover zu kommen und mit dem damaligen Ministerpräsidenten Albrecht ein Gespräch zu führen, und da wurde ich eben mit der Tatsache, mit dieser Standortentscheidung, konfrontiert. Ministerpräsident Albrecht hätte damals sicher Verständnis dafür, dass ich das nicht gleich begrüße; aber in zwei Jahren wäre die ganze Sache gelaufen; so wie an anderen Standorten hätte sich dann die Bevölkerung dran gewöhnt.

Nun, so war das offensichtlich nicht. Die Politik und die Betreiber hatten damit gerechnet, dass das alles schnell über die Bühne gehen würde, und da hatte man allerdings die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Meine Einstellung zu den damaligen Plänen ist hinreichend bekannt. Trotz verlockender Kaufangebote und Androhung der Enteignung habe ich mich nach Abstimmung mit

meinem Beraterkreis - es waren übrigens viele, also auch einige Leute aus der Wirtschaft dabei, also nicht nur eine einseitige Runde - - Ich habe mich dann entschlossen, die mir 1978 angebotene große Summe für den Verkauf meiner Flächen, wo das Entsorgungszentrum sich etablieren sollte, abzulehnen.

Ich war dann unter anderem bei dem Vorstandsvorsitzenden der damaligen DWK, Herrn Scheuten, der mir dann auch klar machte, dass im Falle, dass ich ebendieses Angebot nicht annehme, mit einer Enteignung zu rechnen sei, wo dann nur noch ein Bruchteil des Preises geboten würde.

Ich muss zugeben, dass für mich bei der Auseinandersetzung mit dem Thema „Wiederaufarbeitung und Entsorgung des hochaktiven Mülls“ die Geologie des Salzstocks Gorleben auch noch keine so große Rolle spielte, sondern sehr viel mehr damals das gigantische, menschenfeindliche Projekt der Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente.

Professor Kühn hatte in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie zur Geologie des Salzstocks Gorleben, ohne allerdings nähere Erkenntnisse darüber zu haben, Folgendes erklärt:

Ich kann zu den Standortproblemen von Gorleben nur etwas von der Endlagerseite her sagen, d. h. von der Eignung des Salzstockes. Prinzipiell habe ich keinerlei Bedenken, daß sich der Salzstock Gorleben als nicht geeignet erweisen wird. Es ist also mit Sicherheit so, daß wir in dem Salzstock von Gorleben, der etwa eine Ausdehnung von 3 - 5 km in der Breite und 45 km in der Länge hat, einen geeigneten Platz innerhalb dieses Salzstock finden werden, an dem sich das Endlager einrichten läßt.

Also, so nachzulesen in einem Papier, was gemacht worden ist von diesem Ausschuss für Forschung und Technologie am 25. Mai 1977, Sitzung - - Ja, das Buch habe ich dabei; das kann jeder nachlesen.

Diese unkritische Positivbewertung des Salzstocks wurde uns - ich muss es mal so ausdrücken - die vergangenen 34 Jahre um die Ohren geschlagen. Keine Rede damals von den - allerdings den Fachleuten doch schon bekannten - Gas- und Kohlenwasserstoffvorkommen im, unter und an den Flanken des Salzstocks.

Wie verheerend sich die aus politischen Gründen getroffene Entscheidung, nur einen einzigen Standort auf seine Eignung als Endlager für hochaktiven Müll zu untersuchen, auswirkte, wurde bei der Informationsveranstaltung der Bundesregierung im Gildehaus Lüchow im November 1981 bereits deutlich. Der Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Professor Wenzel, antwortete auf die Frage von dem Rechtsanwalt Herrn Römmig, der sagte: „Ist es denn möglich, dass hier nur ein einziger Standort untersucht wird, und ist das Tatsache, dass auch nur Salzgestein untersucht werden soll?“, folgendermaßen, und zwar, dass von allen Bundesländern nur Niedersachsen einen einzigen Standort zur Untersuchung freigegeben hätte; man könne keinen anderen Standort untersuchen, und zwar wegen der herrschenden Gesetze.

Bei der Informationsveranstaltung im Oktober 1982 in Hitzacker sprach Professor Kühn wieder darüber, dass man trotz der kurzen Zeiträume, in denen man Untersuchungen in der Asse mache, diese Verhältnisse auf Gorleben extrapolieren könne. Dies gelte insbesondere für den Wärmeeintrag in einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Wenn man das, was er damals gesagt hat, auf den Salzstock Gorleben tatsächlich extrapolieren würde und das im Lichte der Ereignisse, über die wir alle wissen, was da los ist im Forschungslager Asse, dann müsste man eigentlich über eine Weitererkundung des Salzstocks Gorleben gar nicht mehr diskutieren.

Bei dieser gleichen Veranstaltung brachte Professor Dr. Kasig - der ist damals Geologieprofessor in Aachen gewesen - folgenden Beitrag:

Die Veranstaltung müsse doch zum Ziel haben, durch sachliche Informationen Vertrauen zu schaffen, um die Einsicht in die Notwendigkeit der Endlagerung zum Wohle der Allgemeinheit bei der betroffenen und sich betroffen fühlenden Bevölkerung zu fördern. Das könne aber nur dann gelingen, wenn vorher keine Maßnahmen ergriffen würden, die als Schritte zur Schaffung vollendeter Tatsachen und Sachzwänge betrachtet werden müssten. Es führe nichts an der Tatsache vorbei, und wir sollten alle dieses Faktum sorgfältig für die Zukunft aufbewahren, dass es von Beginn an in unserem Lande keine wesentliche Diskussion und interdisziplinäre Zusammenarbeit mit dem Ziel der Erstellung einer umfassenden geo-

wissenschaftlichen und technischen Konzeption für die Endlagerung gegeben habe, und zwar dies, bevor Kernkraftwerke gebaut und betrieben worden seien. Stattdessen sei administrativ vorgegangen und einseitig die geologisch schlechteste Lösung favorisiert worden, nämlich die Salzstockvariante in einem jungen, mobilen Gebiet, das dazu noch nicht einmal voll zugänglich sei, da ein Teil des Salzstocks auf dem Gebiet der DDR liege. Dazu komme, dass es weder Kriterien noch Alternativen für die Endlagerung gebe, wie es zum Beispiel in den USA der Fall sei.

Ich habe das jetzt so ein bisschen ausführlich vorgetragen, weil ich finde, das sagt eigentlich alles über die Art und Weise, wie ja auch mit der Bevölkerung, mit diesen ganzen Problemen umgegangen worden ist. Und ich behaupte, dass wir heute kein Stück weiter sind als 1983, wo es zumindest noch einen einigermaßen nachvollziehbaren Rahmenbetriebsplan für die Erkundung des Salzstocks gegeben hat.

Die jetzt vom Landesbergamt auf der Basis des alten Rahmenbetriebsplans von 1983, der ja kein Umweltverträglichkeitsgutachten und Studie vorsieht - - Diese genehmigte und vollkommen absurde Erkundungsstrecke hat nur den Zweck, Salzrechte, die von mir und von der Kirche nicht abgegeben werden, zu umgehen. Uns als betroffene Bürger hat man nicht überzeugen können, dass auf diese Weise nach menschlichem Ermessen der sicherste Standort für ein Endlager, in dem hochradioaktiver Müll für Millionen von Jahren gelagert werden muss, der beste Standort gefunden werden kann.

In dem ursprünglichen Gutachten von der PTB, an dem auch noch der Professor Duphorn beteiligt war, wurden kritische Passagen auf Veranlassung der damaligen Regierung Kohl herausgestrichen. Darin stand unter anderem:

Über den zentralen Bereichen des Salzstocks Gorleben haben die darüberliegenden tonigen Sedimente keine solche Mächtigkeit, daß sie in der Lage wären, Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre fernzuhalten.

Aus meiner Sicht und der vieler anderer kritischer Mitbürger, die dieses Vorgehen der Betreiber und der öffentlichen Hand seit Jahrzehnten verfolgt haben, war eigentlich nur eine Schlussfolgerung zu ziehen, nämlich: Die Geologie des Salzstocks Gorleben

stand nicht im Mittelpunkt der Auswahlkriterien für den richtigen Standort, sondern viel eher die Lage an der Grenze, die geringe Bevölkerungsdichte, die abgebrannte, riesige Waldbrandfläche usw.

Dabei kann es doch nicht strittig sein, dass der gefährlichste Abfall, den die Menschheit je erzeugt hat, für Millionen von Jahren so sicher gelagert werden muss, dass ein Kontakt zur Biosphäre ausgeschlossen werden muss und dass dafür eben der beste Standort, unter Anwendung von Kriterien, die auch für Laien nachvollziehbar sind, zu suchen ist.

Ich blende noch mal ein bisschen zurück. Wir haben ja dann alle den Bau des Zwischenlagers erlebt. Das war also auch eine interessante Geschichte, dass, nachdem erst mal dieses NEZ noch zur Diskussion stand, da auf einer Fläche, die ich der Bürgerinitiative verpachtet hatte, ein Spielplatz und ein paar Schilder mit kernenergiekritischen Bemerkungen aufgestellt werden sollten, und wir haben uns jahrelang mit dem Landkreis, mit dem Oberkreisdirektor - Herr Poggendorf wird ja heute Nachmittag auch zu Worte kommen - herumgeschlagen, dass das eben kein genehmigtes Bauvorhaben ist und dass das - - Das war also ein Riesenproblem, da diesen kleinen Kinderspielplatz zu bauen, während es mit dem Zwischenlager sehr leicht über die Bühne ging, nämlich: Da gab es keinen Bebauungsplan, keinen Flächennutzungsplan, sondern es gab eine sehr erleichterte Bebauung im Außenbereich, wie man das sonst auch für landwirtschaftliche Scheunen kennt. Das hat also auch nicht zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen.

Sie alle kennen wahrscheinlich diesen Vertrag, den die Betreiber mit der Samtgemeinde Gartow, mit der Gemeinde Gorleben abgeschlossen haben, über die Lagerung von Castorbehältern in Castorlagern. Das ist also ein Vertrag - - Wir nennen ihn „Wohlfühlungsvertrag“, das heißt also: Nur wenn die Gemeinde mit allen Mitteln, die sie hat, die Ansiedelung des Zwischenlagers und die Castortransporte akzeptiert, dann bekommt sie die hohe jährliche Summe von fast 1 Million; je mehr Castorbehälter kommen, desto mehr.

Ich meine, dass - das muss man einfach hier mal sagen; es ist wahrscheinlich auch schon sowieso bekannt - - so was aber überhaupt juristisch möglich ist, die Kommunalpolitiker so unter Druck zu setzen oder mit

denen so einen Vertrag zu machen, ist für mich schon ein kleines Wunder.

Es gibt ein von meinen Vorfahren für den jeweiligen Besitzer des Gutes Gartow vor 300 Jahren verfasstes Familienstatut; es ist also ein riesiger, in Pergament gebundener Band mit vielen Siegeln. Dieses enthält einen großen Katalog von Anforderungen an den Besitzer des Fideikomissgutes, die weit über die sonst üblichen Regeln für ein Fideikommiss hinausgingen. Der Besitzer war gewissermaßen nur Treuhänder des Gutes. Er durfte das Gut nicht verkaufen und sollte es ungeschmälert an seine Nachkommen übertragen. Er sollte nicht auf den eigenen Vorteil sehen, sondern an die Zukunft und das Beste seiner Nachkommen denken.

Diese Ansprüche an die jeweiligen Besitzer, das waren also keine leeren Hülzen, sondern sie wurden seit Errichtung des Familienstatuts 1725 von den Nachfolgern also eng ausgelegt, und diese Gesinnung hat sicher etwas mit dem zu tun, was Sie als mein Verhalten kennen, aber auch viel mit Nachhaltigkeit, wie wir sie in der deutschen Forstwirtschaft schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts kennen.

Es gibt gute Gründe für mich, Mitverantwortung abzulehnen für ein Vorgehen, bei dem durch unsachgemäßen und unverantwortlichen Umgang mit dem hochgefährlichen, Jahrtausende strahlenden Atommüll kommende Generationen belastet werden für Dinge, die wir verursacht haben.

Als Eigentümer von Grund und Boden und Inhaber umfangreicher Salzabbau-gerechtigkeiten habe ich immer wieder meine Rechtsposition genutzt, um zu hinterfragen, ob für ein Endlager für hochaktiven Atommüll in Gorleben, so wie das dort stattfindet, wirklich ein öffentliches Interesse besteht und ob angesichts der vielen Zweifel an der Eignung von Gorleben alternative Standorterkundung nicht dringend geboten ist. Während die Betreiberseite ja mit einem Tross von Anwälten auf Kosten des Steuerzahlers oder der Stromverbraucher bei solchen Prozessen gegenwärtig ist, stehe ich mit allerdings vielen sehr uneigennütigen Bürgern, die die Kosten für Prozesse mittragen, aber manchmal irgendwo sehr allein, und das bitte ich vielleicht auch mal so zu sehen.

Als das Bundesamt für Strahlenschutz die meisten Verträge zur Nutzung der Salzrechte abgeschlossen hatte, war ja der Eingangsschacht, der mit seiner Dimension für ein Endlager ausreicht, bereits ohne ein atom-

rechtliches Planfeststellungsverfahren ausgebaut, nur mit dem Berggesetz. Die damalige CDU-Bundesregierung hatte unter Kohl als Kanzler und Frau Merkel als Umweltministerin nach der Novellierung des Atomgesetzes § 9 d die Enteignung meiner Salzrechte beantragt. Das ist dann auch so ins Atomgesetz aufgenommen worden; das ist Ihnen bekannt. Die Enteignung mithilfe der sogenannten „Lex Bernstorff“ kam dann allerdings nicht zum Zuge und wurde nach unserer Klage zurückgezogen.

Ja, sehr verehrte Frau Dr. Flachsbarth und verehrte Anwesende, ich muss einfach sagen: Politik und Wirtschaft haben es versäumt, den Konsens mit der Bevölkerung in unserem Landkreis zu suchen. Durch Intransparenz und Unaufrichtigkeit ist das Vertrauen in Sachen Atommüll restlos beschädigt. Das hat in eindrucksvoller Weise mal wieder der Castortransport, wie wir ihn am letzten Wochenende erlebt haben, bestätigt. Es wäre die Aufgabe der Politik und Wirtschaft gewesen, eine solche Protestbewegung gar nicht erst entstehen zu lassen.

Die Benennung des Standorts Gorleben aus rein politischen und nicht geologischen Gründen, die weitere Erkundung des Salzstocks Gorleben nach dem veralteten Bergrecht von 1983, die Verheimlichung von wichtigen Fakten wie den Gas- und Kohlenwasserstoffvorkommen im Salzstock, der Asse-Skandal, die Fixierung auf nur einen einzigen Standort durch weitere Castortransporte ins Zwischenlager trotz erhöhter und nicht aufgeklärter Umgebungsstrahlung, die Unfähigkeit der Regierung, glaubhaft zu machen, dass es jetzt wirklich ein alternatives Suchverfahren geben wird - das sage ich jetzt so, weil ja bekannt ist, dass im nächsten Jahr für alternative Standortuntersuchung 3 Millionen Euro zur Verfügung stehen, für die Weitererkundung des Gorlebener Salzstocks irgendwas um 70 Millionen -, all das sind Gründe für mich, im Widerstand jetzt nicht nachzulassen, und auch für meine Weigerung, meine Salzrechte nicht freiwillig abzutreten.

Ja, ich möchte meine jetzt vielleicht doch lang gewordenen Ausführungen wieder mit etwas beenden, was Sie auch so nachlesen können in unserem Familienstatut, was, wie ich doch finde, sehr gut für die Situation passt - wie gesagt, vor 300 Jahren so niedergeschrieben, in der etwas merkwürdigen Sprache damals, mit viel Latein rein-gemengt -:

Omne praesens est momentaneum,

- also, alle Gegenwart ist nur ein Moment -

und gehet bald vorbei, die futura währet lange und können lange währen und muß man wegen eines kleinen kurzen Genusses, das so lange dauern wird, nicht verderben. Endlich hat auch ein jeder sich beständig vorzustellen, daß sein und der seinigen Wohlfahrt mit der Wohlfahrt und dem bene esse auf guten Gouvernemente des Landes, der Republik oder Societas Civilis, worin man lebt und wo man stabiliret ist, mit dem Wohl des Landes untrennbar verbunden ist.

Ja, ich fand, das ist etwas, was so interessant ist, dass das eigentlich auch heute noch sehr, sehr aktuell ist, so ein Ausspruch.

Ich bedanke mich für Ihre Geduld und sehe den Fragen entgegen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Vielen Dank, Herr von Bernstorff, für Ihre einführenden Worte, die ja zugleich ein politisches Statement waren wie auch historische und möglicherweise auch ethische Implikationen hatten.

Wir wollen jetzt versuchen, die Vergangenheit ein wenig zu erhellen. Sie haben auch einige Anmerkungen gemacht zur Zukunft des Gorlebener Salzstocks, zur Zukunft der Endlagerung in Deutschland. Das sind sicherlich ausgesprochen interessante Fragen, die zu lösen allerdings nicht die Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses ist, sondern die vielmehr im Umweltausschuss erörtert werden, und ich freue mich, dass es da jetzt Bewegung zu geben scheint.

Sie haben eben in Ihren Ausführungen bereits angemerkt: Für die vollständige Erkundung des Salzstocks in Gorleben sind Grundstücke - Ihre Grundstücke - von besonderer Bedeutung. Rund 10 Millionen Quadratmeter Ihres Grundeigentums liegen im Bereich des Erkundungsbergwerks Gorleben; das ist auch nachzulesen - für das Protokoll - in MAT A 126, Band 8, Paginierung 166283 bis 84. Das ist ein Vermerk des Bundesumweltministeriums vom 6. August 87: „Betr.: Erwerb von Salzrechten im Zusammenhang mit der untertägigen Erkundung für ein Endlagerbergwerk“.

Jetzt hat es doch eine Entwicklung gegeben - jedenfalls habe ich die so wahrgenommen in den Akten - bezüglich Ihres Verhaltens gegenüber einer möglichen Erkundung

dieses Salzstocks. So haben Sie 1983 in einer Vereinbarung mit dem Bund Ihr Einverständnis zur obertägigen Standorterkundung, unter anderem Sprengsalz mit Pumpversuchen, einschließlich des Abteufens eines Brunnens und einer Kabelverlegung, erklärt. Das entnehme ich MAT A 116, Band 19, Paginierung 540023 ff. Das ist die Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Präsidenten der PTB, und Andreas Graf von Bernstorff, vom 13. Oktober 1983, über die Durchführung von Standorterkundungsmaßnahmen und über die in diesem Zusammenhang zu leistenden Entschädigungen. Dann haben Sie aber, obwohl oder während die Salzrechte fast aller privaten Eigentümer erworben werden könnten, die Abgabe oder den Verkauf Ihrer Salzrechte verweigert, genauso wie die evangelische Kirchengemeinde in Gartow. Das finden wir wiederum unter MAT E 7, Band 28, Paginierung 437 bis 444. Das ist der Stellungnahme des BfS „Vorgehensweise bei der untertägigen Erkundung des Salzstocks Gorleben“ vom 23. Juli 1993 zu entnehmen. Und dann wiederum, im Jahr 1989, machten Sie den Abschluss eines Nutzungsvertrages mit der PTB vom Ausstieg aus der Kernenergie abhängig. Da zitiere ich:

Graf Bernstorff legt anschließend dar, daß ein Abschluß des Nutzungsvertrages für ihn nur in Frage komme, wenn der Bund seine bisherige Haltung zur Kernenergie geändert und den „Ausstieg aus der Kernenergie“ beschlossen habe.

Das finden wir nun wiederum in MAT A 126, Band 8, Paginierung 166205. Das ist ein Protokoll über ein Gespräch am 13. September 1989 in Gartow, übersandt an Andreas Graf von Bernstorff mit PTB-Schreiben vom 20. September 1989, betreffend Nutzung von Salzbergbaugerechtigkeiten am Salzstock Gorleben.

Das, lieber Herr von Bernstorff, zeigt ja möglicherweise eine gewisse Entwicklung oder aber auch eine jeweils andere Schwerpunktsetzung, wenn ich das mal so sagen darf. Könnten Sie erklären, warum Sie auf der einen Seite 1983 gesagt haben: „Okay, obertägige Standorterkundungsmaßnahmen lasse ich zu, damit bin ich einverstanden“, auf der anderen Seite dann aber 1993 noch mal ganz klar festgeschrieben ist in einem Dokument des BfS: „Eine untertägige Erkun-

dung kann nun aber überhaupt nicht sein“? Könnten Sie das bitte erläutern?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, da kann ich schon einiges dazu sagen. Sie müssen das Ganze vielleicht erst mal vor dem Hintergrund sehen: Am Anfang ging es um dieses NEZ-Projekt. Das war ja natürlich noch mal ein ganz anderes Ding als die spätere Benennung Gorlebens als Endlager für hochaktiven Müll. Ich gebe schon zu, dass ich nach der Entscheidung von Ministerpräsident Albrecht - - aber nachdem es eigentlich sicher war, dass es nicht zu einer Wiederaufbereitung kommt, dass ich erst mal gesagt habe: Ich bin offen. - Das ist übrigens auch sowieso meine Haltung. Nachdem die CDU ein Parteiausschlussverfahren gegen mich angeleiert hat, bin ich danach überhaupt nicht wieder - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber nicht wegen Ihrer inhaltlichen Frage!)

- Doch, das wurde mir schon ganz offen so gesagt: dass ich von der Parteilinie abweiche und mich - -

Ich weiß nicht, wie das jetzt hier ist, wer dann jeweils reden soll. Aber ich muss ja erst mal auf die Frage antworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Ehrlich gesagt, Sie und ich, lieber Herr Graf von Bernstorff.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Okay.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber die Wahrheit sagen! - Gegenruf)

- Das tue ich auch.

Also, ich habe mich mit der Durchführung dieser hydrogeologischen Bohrungen einverstanden erklärt; das haben Sie völlig richtig wiedergegeben - ich weiß jetzt nur nicht genau die Termine und Aktenstücke; das kann ich gar nicht wissen -, weil ich gesagt habe: Das ist ja noch weit entfernt von einem Endlagerausbau. Und ich stelle mir das ja auch so vor: Wenn man alternative Standorte erkundet, muss man erst mal solche obertägigen Bohrungen machen. Das war ja dann noch nicht die Situation, die eingetreten war, nachdem der Schacht ausgebaut wurde und nachdem deutlich wurde, dass der Schacht für ein angebliches Erkundungsbergwerk Ausmaße hatte, die man - - Darum ging es ja

nachher auch in den Prozessen, wo man auch ohne Weiteres den Schacht für ein Endlager, also für die Verbringung von Pol-lux-Behältern in den Salzstock, benutzen konnte. Das war einfach eine andere Situation; aber ich möchte einfach mal sagen - ich bitte, mich da auch richtig einzuschätzen -: Ich habe mich grundsätzlich für Gespräche offengehalten mit Anhängern, mit Politikern, mit Betreibern, weil ich mir einfach ein klares Bild verschaffen wollte über das, was da vorgeht, und weil die Entscheidungen, die ich jetzt hier zu treffen hatte, wirklich von großem Gewicht waren, und deswegen habe ich diese Gespräche auch sehr ernsthaft geführt.

Die letzte Frage, die Sie gestellt hatten, können Sie die noch mal - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Ja, das war die Frage, warum sich das entwickeln konnte sozusagen, dass Sie also zunächst eine obertägige Erkundung zugelassen haben, 1983, dann eben gesagt haben: „Eine untertägige Erkundung geht gar nicht“, und dann aber 1989 wiederum gesagt haben: Na ja, ein Abschluss eines Nutzungsvertrages mit der PTB geht nur, wenn die Bundesregierung ihren Ausstieg aus der Kernenergie erklärt. - Das bringe ich jetzt nicht ganz überein mit dem, was Sie in Ihren einführenden Bemerkungen uns dargelegt haben, wo es sich so anhörte, als wenn Sie gesagt hätten: Das kann ich überhaupt nicht zulassen; weil die Frage, ob Kernenergie ethisch überhaupt verantwortbar ist, kann ich eigentlich nur abschlägig bescheiden, und außerdem passt die Geologie dieses Salzstocks überhaupt nicht. - Dennoch haben Sie 89 gesagt: Na ja, wenn die Bundesregierung aussteigt, könnte ich mir vorstellen, einen Nutzungsvertrag abzuschließen. - Das hätte ich jetzt gerne bei Ihnen hinterfragt.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also das kann ich jetzt, ehrlich gesagt, nicht mehr erinnern. Ich finde es ja fabelhaft, dass ich der Meinung war, ich hätte vielleicht ein solches Gewicht, dass die Bundesregierung jetzt aufgrund meiner Einlassung die Kernkraftwerke abstellt. Aber ich kann mir vorstellen, wenn ich das so formuliert habe, habe ich das schon von Anfang an gewusst, dass ich das nicht erreichen werde. Also ich glaube, das würde ich nicht so sehr auf die Waagschale legen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, also, Herr von Bernstorff, wir versuchen hier, wirklich zu verstehen, was denn da passiert ist in der Vergangenheit letztendlich -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das ist ja auch gut.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - genau - und ob es denn vonseiten der Bundesregierung Manipulationen gegeben hat. Sie sind schon ein ganz wesentlicher Akteur in diesem Umfeld, weil eben eine Erkundung des Salzstocks ohne Ihr Einverständnis nicht möglich ist, jedenfalls nicht in dem Umfang, wie zunächst vorgesehen. Von daher sind die Fragen, die wir an Sie richten, schon sehr ernsthafte.

Sie haben uns dargelegt, dass Sie sich sehr ernsthaft mit der ganzen Angelegenheit auseinandergesetzt haben; das ist auch überhaupt nicht in Zweifel zu ziehen. Deshalb fragen wir einen Mann von solcher Ernsthaftigkeit, wie es denn am 20.09.1989 in einem Protokoll, das Ihnen zugeschickt worden ist, eben zu dieser Aussage kommen konnte. Ich will das gerne zitieren:

Im Bezugsgespräch haben Sie

- Graf Bernstorff -

Ihre ablehnende Haltung zur Nutzung der Kernenergie verdeutlicht und eine Einräumung von Nutzungsrechten von dem „Ausstieg aus der Kernenergie“ abhängig gemacht. Wir haben Ihnen erläutert, warum die PTB diese politischen Grundsatzentscheidungen nicht zum Gegenstand der Verhandlungen machen kann.

Meine Frage ist jetzt eben: Das passt jetzt nicht mit dem zusammen, was Sie eben einfürend hier dargelegt haben, nämlich dass Sie aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Nutzung der Kernenergie seien und darüber hinaus Ihrer Überzeugung nach der Salzstock in Gorleben eben geologisch nicht geeignet sei. Das versuche ich jetzt gerade übereinanderzulegen, und deshalb meine Fragen an Sie.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, ich habe das ja schon versucht zu erklären. Das war für mich - das gebe ich ehrlich zu - eine ambivalente Situation. Nachdem das NEZ aufgegeben wurde, habe ich natürlich auch gesagt: Es muss ja ein Endlager gefun-

den werden. Ich bin auch jemand, der überhaupt nicht sagen würde: Wir brauchen kein Endlager. Ganz im Gegenteil; ich finde, es muss alles getan werden, damit man eben an einem Standort, der wirklich die nötige Sicherheit garantiert, dieses Endlager findet. Und ich war damals - - Gut, ich habe eben mit vielen Menschen gesprochen, und wenn man mich hätte davon auf Dauer überzeugen können, dass der Weg, der da eingeschlagen wurde in Gorleben, der richtige gewesen wäre, hätte ich ja auch mitgemacht. Aber es hat sich bei mir dann immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass ich dieses Vorgehen nicht akzeptieren kann, nämlich dass hier nicht nur erkundet wird, sondern dass hier schon ein Endlager gebaut wird. Wir haben ja auch einen Prozess geführt gegen den Schacht, wo allerdings das Bundesverwaltungsgericht unserer Meinung nicht zugestimmt hat. Aber da stand das ja schon im Mittelpunkt: Warum wird hier für ein Erkundungsbergwerk ein Schacht gebaut, den man auch gleich für das spätere Endlager benutzen kann? Das sind Dinge, die haben sich dann sehr verdichtet und - - Das kann ich dazu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben es gerade selbst angesprochen: Es gab zwei Prozesse diesbezüglich, 1990 und 1995 vorm Bundesverwaltungsgericht, wo ebendiese Frage im Mittelpunkt stand, ob eben der Bau der Schächte in der Dimension, wie sie gebaut worden sind, eigentlich schon der Bau eines Endlagers sei oder nicht doch noch dem Erkundungsbergwerk angemessen sei. Das Bundesverwaltungsgericht hat dabei in zwei höchstrichterlichen Urteilen gesagt: Nein, nein, das ist rechtlich so in Ordnung; das muss so sein aufgrund bestimmter geologischer Voraussetzungen. Auch das war Gegenstand unserer Untersuchungen hier. Da will ich jetzt mal fragen, wenn Sie sagen: „Das war jetzt einer der ausschlaggebenden Gründe für mich“: Was hätte denn sonst noch passieren müssen sozusagen in der Vergangenheit, dass Sie dem Vorgehen der Bundesregierung hätten folgen können? Also mehr als bundesobergerichtliche Urteile kann man in so einem Rechtsstaat kaum beibringen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, ich habe das ja schon in meinem Eingangstatement gesagt: Bei der Auswahl von Gorleben - ich glaube, das können alle nachvoll-

ziehen - stand einfach die Geologie des Salzstocks nicht im Mittelpunkt, sondern der Standort für ein so großes NEZ. Und da waren alle Voraussetzungen - natürlich außer der Geologie - - schienen damals sehr günstig: diese riesige abgebrannte Waldbrandfläche, die Bevölkerung der DDR, die sich da sowieso nicht gemuckst hat. Und die Geologie war ja noch gar nicht bekannt oder zumindest nicht so weit bekannt, dass man sagen konnte: Das ist nun der einzige Standort, der infrage kommt. Das hat sich dann bei mir immer mehr verhärtet, oder das wurde eigentlich immer deutlicher - auch nach den vielen Aussagen von der PTB und vom Umweltministerium -, dass Gorleben eben eignungsheißig sei und man mit Sicherheit davon ausgehen könne, dass Gorleben für ein Endlager geeignet ist. Das führt für mich dann zur Schlussfolgerung, dass man, komme, was wolle, weil der Atommüll ja auch untergebracht werden muss - und wenn schon so viel feststeht wie das Zwischenlager mit den inzwischen über 100 Castorbehältern direkt neben dem Eingangsschacht und die Castortransporte - - dass sich die Regierung da unter solchen Zugzwang setzt, dass man eben davon nicht mehr runterkommt. Aber ich glaube, das brauche ich eigentlich gar nicht zu sagen; das ist Ihnen wahrscheinlich allen klar.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist wohl so, und außerdem gehört das nun wiederum nicht zum Kernpunkt unseres Untersuchungsauftrags. Die Castortransporte vom letzten Wochenende würden wir jetzt beiseitelassen, aber darüber können wir - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, aber Sie wollen ja wissen, warum ich mich so verhalten habe, wie Sie das jetzt - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, darüber können wir sehr, sehr gerne sprechen. Das ist jetzt so beantwortet.

Sie haben sich kritisch, aber sehr wohl konstruktiv letztendlich mit einem möglichen Endlagerstandort in Gorleben auseinandergesetzt. Nicht zuletzt gelten Sie als Ideengeber bezüglich des Gorleben-Hearings. Also, Sie haben sich ja dieser Diskussion nicht verweigert. Noch in den - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Darf ich dazu gleich noch mal was sagen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, da will ich auch mal was Positives anmerken. Also, wir haben ja dieses Gorleben-Hearing angeregt, und die damalige Regierung Albrecht - - Ich weiß noch, Gespräche mit Herrn Schnipkoweit, Sozialminister, der ja zuständig war für die Genehmigung, die haben dann tatsächlich ergeben, dass nicht nur dieses große Hearing stattfindet, sondern dass auch die kritischen Wissenschaftler, die wir benannt haben aus aller Welt - - dass das auch finanziert wurde. Und das, fand ich, war ein Umgang mit den Dingen, der angemessen ist und den wir also heute in der Form nicht mehr erleben, wenn es um Endlagerfragen geht. Aber das sage ich jetzt nur, weil Sie ja gesagt haben, ich hätte mich auch durchaus konstruktiv eingebracht, und deswegen wollte ich das mal bemerken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, herzlichen Dank. Das wäre durchaus eine Frage von mir gewesen: Wie ist das in Ihrer Erinnerung? Sind dann eben kritische Wissenschaftler tatsächlich zu Wort gekommen? Hat man dort versucht, abweichende Meinungen, sage ich mal, von der Hoffnung, dass es dort wirklich ein Endlager geben könnte - Wissenschaftler, die gesagt haben: Na ja, ob das wohl wirklich so ist? -, hat man versucht, die zur Seite zu drängen, oder hat man denen durchaus auch ein Forum eingeräumt, dass sie ihre Meinung sagen konnten? Denn dieser Ausschuss beschäftigt sich ja sehr wohl mit der Frage: Inwiefern hat es da Manipulationen gegeben? Also, wenn Sie da aus Ihrer Erinnerung freundlicherweise noch mal berichten könnten. Das ist schon auch eine Frage, die diesen Ausschuss besonders interessiert.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja. Also, es ging bei dem Hearing eigentlich gar nicht um die Geologie des Salzstocks - das war also absolut am Rande -, sondern es ging um die Frage: Soll Deutschland in die Wiederaufbereitung einsteigen? Und damals hat ja Herr von Weizsäcker das Hearing geleitet. Das war natürlich auch eine absolut professionelle Moderation, die er da gemacht hat, und jeder, der das mitgemacht hat, war wirklich sehr beeindruckt, wie das Problem abgehandelt wurde. Es ging ja auch um Proliferation und um Erfahrungen, die man in La Hague, in Windscale gemacht hatte. Ich per-

sönlich habe aus dem Hearing den Schluss gezogen, dass es überhaupt nicht zu verantworten ist, eine Wiederaufbereitung zu machen, während - - Ministerpräsident Albrecht war da eben anderer Meinung; aber gut, das muss man akzeptieren. Er hat nur gesagt, dass - - nach dem Hearing, nach dieser riesigen Demonstration, die in Hannover stattgefunden hat, und nach dem Unfall in Harrisburg, der ja während des Hearings war - das war übrigens auch irgendwie ein bisschen wie ein trauriger Wink, aber vom Himmel - - Also, in der Mitte dieses Hearings kam plötzlich - nachdem es ja noch nie so was gegeben hatte angeblich - dieser Unfall in Harrisburg zur Sprache. Und die meisten von den kritischen Wissenschaftlern aus Amerika mussten sofort dahin fliegen und sich um die Sache kümmern. Ja, also - - aber die Frage von Ihnen, wie dieses Hearing gelaufen sei, denke ich, habe ich damit einigermaßen beantwortet aus meiner Sicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Dieses Hearing war ja nun 1979, und ich höre also, dass Sie wirklich auch heute rückblickend noch sagen: Das war wirklich eine Veranstaltung mit Fundament; da hat man wirklich vernünftig miteinander gesprochen, unterschiedliche Standpunkte ausgetauscht.

Sie haben dann noch in den 1990er-Jahren, am 19. April 1992

(Zuruf)

- 1982 -, sich in einem Schreiben an den damaligen Bundesminister von Bülow gewandt und auch da noch mal deutlich darauf hingewiesen - ich darf mal zitieren -:

Eine Ausuferung in Gewalt konnte unter anderem dadurch verhindert werden, daß die Kernenergie und insbesondere deren problematischer Teil, nämlich die Entsorgung, in Form eines Bürgerdialogs zur Diskussion gestellt wurde. Höhepunkt der Diskussion war, das Gorleben-Hearing in Hannover anzusehen, um die Ergebnisse der Salzstockuntersuchung der Öffentlichkeit in einer der Tragweite der Entsorgungsfrage entsprechenden Form vorzustellen. Es ist unseres Erachtens nach erforderlich, ein Hearing in der Qualität des 1979 in Hannover stattgefundenen Gorleben-Hearings durchzuführen.

Und weiter sagen Sie dann auch:

... der von mir angesprochenen kritischen Begleitung bei der weiteren Erforschung des Salzstocks würden wir Ihnen gerne konkrete Vorschläge unterbreiten.

Also, wie hätte denn Ihrer Meinung nach eine solche Begleitung sozusagen dieser Erkundung aussehen müssen? Was hätte denn da getan werden müssen, damit Sie sagen: „Ja, okay, damit hätte ich leben können; das hätte mir auch eine Entscheidung, so schwer sie mir persönlich gefallen wäre, aber möglicherweise im Sinne des Gemeinwohls notwendig, erleichtert“?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, dazu könnte man jetzt eine lange Ausführung machen. Ich denke mal, das, was ja gar nicht mehr zu ändern war, das war ja, dass Gorleben - das habe ich auch in meinem Eingangsstatement gesagt - - Das war ja festgelegt: Es wird nur in Gorleben erkundet und nirgendwo anders. Das war absolut festgeschrieben. Und ein solches Hearing hätte auch nur dann - würde ich sagen - einen Sinn gehabt, wenn man über die Frage der Festlegung auf einen Standort noch mal hätte diskutieren können, und die ganze Fragwürdigkeit, sich eben auf so eine einseitige Auswahl festzulegen, die hätte eben diskutiert werden müssen. Aber man kann nicht auf Augenhöhe diskutieren, wenn gar keine Offenheit hinsichtlich solcher Entscheidungen besteht. Und deswegen habe ich sicher, wenn ich von einem Hearing gesprochen habe, gemeint, dass man eben auch eine nationale Debatte über die Frage „Wie findet man eigentlich den besten Standort für ein Endlager?“ führen muss.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Neben dieser Frage Gorleben-Hearing 79 waren Sie ja auch Mitglied der Gorleben-Kommission, also einer Kommission, die eben auch eingerichtet worden ist, um diesen Erkundungsprozess zu begleiten. Könnten Sie dazu vielleicht etwas sagen? Könnten Sie sagen, worin denn Ihre Tätigkeit in der Gorleben-Kommission bestand, welchen Zweck die eigentlich hatte, wie die sich zusammengesetzt hat, ob die öffentlich getagt hat - all solche Dinge?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, die hat nicht öffentlich getagt, sondern man konnte sich aber anmelden, oder Frau Fritzen war ja auch hin und wieder dabei. Ich

war übrigens erst seit 87 Mitglied der Gorleben-Kommission; die gab es ja schon vorher.

Die Gorleben-Kommission bestand aus Mitgliedern des Samtgemeinderats der Gemeinde Gorleben, des Kreistags, und es wurden dann eben jeweils von der Betreiberseite, also vom Bundesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe oder auch vom Landesamt für Bodenforschung und natürlich von den Betreibern selbst, vor allem von der PTB - - die haben da schon sozusagen vortragen können. Und ich selber habe aber immer den Eindruck gehabt, dass das eine Kommission ist, die einfach dazu da ist, um Gorleben durchzusetzen, und habe das auch - das ist vielleicht jetzt emotional - - Aber meine kritischen Bemerkungen wurden also immer mit recht großem Ärger zur Kenntnis genommen. Das lag nun dann auch daran, dass in diesem Gremium eben nur sehr wenig Kritiker waren; überwiegend, also die meisten waren eben - - Ich will jetzt gar nicht sagen, dass das undemokratisch zusammengesetzt war; aber damals die Lage war tatsächlich im Landkreis so, ja, dass auch durch diese enormen finanziellen Versprechungen - - Sowohl bei der Samtgemeinde wie bei der Gemeinde Gorleben wie im Landkreis wollte man eben auf diese schönen Gelder nicht verzichten. Und das war so die Stimmung, die mir da entgegengeschlagen ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hatte die Presse freien Zugang zu dieser Kommission? Hat die berichtet?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich glaube, die Presse hatte zunächst keinen freien Zugang, hat dann aber irgendwie prozessiert, und es war dann doch immer jemand von der Presse dabei, also von der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wie ist man mit Ihren Einwürfen umgegangen? Also, ich kann mir vorstellen, dass Sie da Ihre Kritik sehr wohl vorgetragen haben.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na ja, ich habe immer das Gefühl gehabt: Ich bin da so ein Außenseiter, und man will diese ganzen Vorteile, die die Region angeblich hat von dem Projekt - - die wollte ich infrage stellen, und ich würde immer nur gegen alles sein. Also, ich habe mich da - - Die Stimmung war einfach unerfreulich. Es war keine

offene Stimmung, wo also Rede und Gegenrede wirklich gepflegt wird und eine Gesprächskultur stattfindet. Das muss ich einfach so sagen aus meiner Erinnerung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann gebe ich das Frage-recht jetzt weiter an die Unionsfraktion. Bitte schön, Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, ist es richtig, dass Sie bei der Kommunalwahl in Niedersachsen 1981, obwohl Sie CDU-Mitglied waren, auf der Liste der Unabhängigen Wählergemeinschaft kandidiert haben?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist da der Zusammenhang?)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Jawohl, das ist richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist es richtig, dass auch die CDU kandidiert hat mit einer eigenen Liste?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach nein!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Die CDU hat sicher auf einer eigenen Liste kandidiert; aber es war damals so, dass die CDU ein ganz klares Programm gehabt hat, also ein Pro-Gorleben-Programm.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das war nicht meine Frage, sondern meine Frage war, ob die CDU eine eigene Liste hatte.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das nehme ich mal an. Ich weiß es jetzt nicht mehr, aber - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Stimmen Sie mir zu, dass es der klassische Grund ist für einen Parteiausschluss, dass, wenn man als Mitglied einer Partei auf einer anderen Liste gegen die Partei kandidiert, das dann mit einem Parteiausschluss - wie in diesem Fall auch - beantwortet wird?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, das finde ich also überhaupt nicht in Ordnung.

(Heiterkeit bei der SPD, der
LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Also, es ist ja so: Die UWG war damals - - die gab es, glaube ich, überhaupt nur in unserer Samtgemeinde, im ganzen Landkreis. So, und die UWG war also sozusagen auf unterster kommunaler Ebene, wo ich finde, dass man sich auch so verhalten soll, dass man also seine freie Meinung da äußern kann.

Und ich habe - ich bin ganz sicher - das Parteiausschlussverfahren jetzt nicht, weil ich bei der UWG war, sondern weil ich einfach die Pläne der Atomindustrie da heftigst kritisiert und bekämpft habe, dass das der Grund war für das Parteiausschlussverfahren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, das Parteiausschlussverfahren gegen Sie 1982 dann, das Sie ja zunächst beklagt haben, ist durchgeführt worden, weil Sie auf einer anderen Liste als der der CDU kandidiert haben. Stimmen Sie mir darin zu, dass das der Grund war? Wir wollen uns mal bitte hier an die Wahrheitspflicht in diesem Ausschuss halten.

(Zurufe von der SPD, der LINKEN
und dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Der Anlass war es schon, aber nicht der Grund.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Sie haben viel von Geld gesprochen, das Ihnen angeboten worden ist, und von einem Wohlverhaltensvertrag gegenüber der Samtgemeinde Gartow. Sie haben ja den Fragen- und Themenkatalog dieses Untersuchungsausschusses bekommen. Vor diesem Hintergrund werden Sie sich auch vorbereitet haben. Deswegen würde ich gerne von Ihnen wissen, welche Verträge mit Ihnen seitens des Bundes, untergeordneter Einrichtungen, Institutionen des Bundes oder privater Firmen, die im Auftrag des Bundes bei der Erkundung beteiligt waren, abgeschlossen worden sind - etwa für die Zulassung hydrologischer Bohrungen, für Ausgleichsmaßnahmen, für den Ausbau von Wegen - und wie viel Geld Sie dafür bekommen haben.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich weiß nicht, worauf Sie hinaus-

wollen. Die Frage wurde ja schon von Frau Dr. Flachsbarth gestellt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Beantworten Sie doch einfach meine Frage.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich habe sie auch schon beantwortet. Ich habe gesagt, dass ich die hydrogeologischen Bohrungen akzeptiert habe. Ich habe auch akzeptiert, dass auf meinem Gelände Ausgleichsmaßnahmen stattgefunden haben. Und dass das so bezahlt wird, wie das normal ist, dazu stehe ich vollkommen. Da habe ich also gar nichts zu verheimlichen. Und ich kann Ihnen nur sagen: Das sind Beträge, die gezahlt wurden, für Maßnahmen, die auf meinen Grundstücken stattgefunden haben - also zum Beispiel diese Heide-Geschichte. Und das ist ein dermaßen winziger Teil von dem, was ich hätte einkassieren können, wenn ich meine Grundstücke verkauft habe. Also, ich habe auch - das muss ich auch sagen - nicht im Geringsten das Gefühl gehabt, dass ich da meine Seele verkaufe, sondern ich habe einfach versucht, mich den Realitäten zu stellen. Die Ausgleichsmaßnahmen mussten stattfinden, und die waren auch vernünftig, zum größten Teil. Dann habe ich das halt auch mitgemacht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, es wäre nett, wenn Sie meine Frage beantworten -

(Ute Vogt (SPD): Lassen Sie ihn
doch ausreden!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Habe ich doch beantwortet.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - und sagen, wie viel Sie erhalten haben von Bundeseinrichtungen oder privaten Firmen dafür, dass diese Maßnahmen zum Teil auf Ihrem Grundstück stattfinden.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich kann Ihnen das - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich will das erklären - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Es hat keine - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Graf von Bernsdorff, wenn Sie mich freundlicherweise einmal ausreden lassen würden. - Ich will den Hinweis geben, wenn das den Bereich von privaten oder Geschäftsgeheimnissen berühren sollte - denn es ist dezidiert nach Geld und Summen gefragt worden -, so können wir entsprechend § 14 des Untersuchungsausschussgesetzes auch die Öffentlichkeit ausschließen, weil das tatsächlich Tatsachen sind, die einen sehr persönlichen Bereich auch Ihres Betriebs berühren. Wenn Sie das wünschen, dann kann ich die Öffentlichkeit dazu ausschließen. Sonst können Sie selbstverständlich hier dazu weiter Stellung nehmen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich habe da wirklich keine Geheimnisse. Es gab zum Beispiel ein Projekt, das war südlich der Bundesstraße von Trebel nach Gartow, diese Waldbrandflächen, die hatten wir aufgeforstet. Und da war eine Ausgleichsmaßnahme, nämlich dass da Heide hergestellt werden sollte im Zusammenhang mit dieser Nemitzer Heide, was ich begrüßt habe. Und dafür ist halt das gezahlt worden - aber genau das, was man kriegt, wenn man den Wert dieser Stangenhölzer und die Nutzung des Geländes für Ausgleichsmaßnahmen für einen Zeitraum von 30 Jahren - - Also, da habe ich überhaupt gar keine Geheimnisse. Ich kann Ihnen jetzt bloß nicht die Beträge sagen. Wenn Sie die wissen wollen, kann ich die Ihnen gerne schicken. Damit habe ich überhaupt kein Problem.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also kann ich das - - Ich würde mir das mal gerne vorstellen. Sie haben etwa 160 Hektar an Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung gestellt, einschließlich der Bäume. Mir ist zugetragen worden - aber das würde ich eben gerne von Ihnen hören -, dass Sie dafür etwa im Jahr 50 000 Euro bekommen. Ist das richtig?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, 50 000 sind es mit Sicherheit nicht. Das liegt, wenn ich mich jetzt nicht ganz falsch erinnere, unter 30 000. Es ist also so, dass für die Ausgleichsmaßnahmen, die ja dort auch ständig stattfinden - - Da werden wieder Kiefern entnommen, und da wird - - Ich kann da ja keine Forstwirtschaft betreiben. Und das Gelände ist verpachtet für diese Nutzung im Sinne der Ausgleichsmaß-

nahmen, ich glaube, für einen Preis von ungefähr 100 Euro im Jahr oder 150 - das weiß ich jetzt nicht mehr genau -, also ganz normale Pachtsummen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, weil Sie sich nun nicht so genau erinnern, will ich gerne mal einen Sachverhalt aus dem Jahre 2007 nachfragen. Da hat es am 3. Mai 2007 beim Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld - -

(Ute Vogt (SPD): Was hat das denn damit zu tun?)

- Das hat - - zur Glaubwürdigkeit des Zeugen. Wenn Sie die Frage 22 im Katalog mal anschauen - die Mittel, die in die Gegend fließen -, dann ist das sicherlich eine zulässige Frage.

Am 3. Mai 2007 hat es beim Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld eine Besprechung gegeben zwischen dem Oberbergamt, dem BfS und dem Landkreis Lüchow-Dannenberg. Ich erwähne das deshalb, weil Sie den Eindruck erwecken, als ob Sie diese Ausgleichsmaßnahmen so mehr oder weniger widerwillig zulassen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, habe ich gar nicht gesagt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dort ist versucht - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir mal die MAT-Nummer haben? - Weitere Zurufe)

- Da gibt es gar keine MAT-Nummer. Muss ich ja auch nicht, sondern es geht - -

(Zurufe von der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nun lassen Sie mich doch bitte meine Befragung durchführen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es geht um die Glaubwürdigkeit des Zeugen. - Bitte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Bei diesem Gespräch - -

(Zurufe von der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, muss ich überhaupt nicht, sondern ich habe gesagt - -

(Zurufe von der SPD, der LINKEN
und dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Lassen Sie Herrn Grindel noch mal wiederholen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich verstehe gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind. Lassen Sie mich doch den Zeugen befragen.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Wovor haben Sie denn Angst?)

Wovor haben Sie denn so Angst?

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Ein
Vorhalt braucht eine Quelle!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herr Grindel, könnten Sie bitte freundlicherweise noch mal die Quelle wiederholen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich bin sehr gespannt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gibt ja keine.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Das
ist eine unzulässige Frage!)

- Nein, das ist keine unzulässige Frage, sondern es geht mir um die Glaubwürdigkeit des Zeugen, und ich will ihm entgegen - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Ach so, und die wollen Sie jetzt in Zweifel stellen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich würde gerne eine Quelle haben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich will doch gerade fragen. Es hat am 3. Mai 2007 beim Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld eine Besprechung gegeben wegen einer Ausgleichsmaßnahme für Salzhalden.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Da war ich dabei, oder wie?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein. Das müssen Sie ja überhaupt nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Lassen
Sie ihn doch mal ausreden!)

Lassen Sie mich doch mal auf den Punkt kommen.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Eine
Quellenangabe ist das Mindeste! -
Weitere Zurufe)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir müssen das mal im Rahmen einer - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Las-
sen Sie mich doch einmal die
Frage - -)

- Nein, das lasse ich jetzt nicht zu, weil ich habe jetzt dreimal nach der Quelle gefragt. Diese Quelle ist nicht genannt worden. Ich glaube, wir müssen das jetzt im Rahmen einer Beratungssitzung miteinander klären; denn wir müssen selbstverständlich, wenn wir Vorhalte machen, auch Quellen nennen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich
kann doch den Zeugen - -)

- Nein. - Ich berufe jetzt eine Beratungssitzung ein und möchte die Öffentlichkeit bitten, den Saal zu verlassen. Wir geben Ihnen dann einen Hinweis. Sie bitte auch, Herr von Bernstorff.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich soll auch weg?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Ja. - Wir geben Ihnen dann einen Hinweis, wann Sie wiederkommen können. - Bitte schön.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
11.07 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
11.22 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
Andreas Graf von Bernstorff**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So. Bitte schön, Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, Herr Zeuge, noch mal meine Frage: Ist es zutreffend, dass Sie nach dem Mai 2007 einen neuerlichen Vertrag über Ausgleichsflächen für Salzhalden abgeschlossen haben auf Ihrem Grundstück?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, das - - Ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen. Also, da habe ich - - Ich weiß nicht, ob Sie das nicht verwechseln. Ich habe einen Vertrag abgeschlossen über eine Außen-deichfläche, die aber überhaupt gar nichts mit dem Gorleben-Komplex zu tun hat. Und nach Abstimmung mit dem BUND ist das so eine Fläche, die unter Naturschutz steht. Und da habe ich eine kleine Fläche von 25 Hektar an das Land verkauft. Aber das hat überhaupt nichts mit dem ganzen Gorleben-Komplex zu tun.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich versuche das noch mal. Kriegen Sie - - Oder stellen Sie auf Ihren Grundstücken Ausgleichsflächen für Salzhalden im Zuge des Erkundungsbergwerks, die dort anfallen, zur Verfügung?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Für Salzhalden?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich denke doch gar nicht daran. Es ist auch nie darüber gesprochen worden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, Ausgleichs- - Das Salz wird doch dort auf Halden gelagert.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dafür braucht es - - Dafür müssen Ausgleichsflächen geschaffen werden.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Stellen Sie die auf Ihrem Grundstück zur Verfügung?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja. Das habe ich Ihnen doch schon vorher gesagt, dass ich das tue. Das ist so.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wann haben Sie denn diese Verträge dafür abgeschlossen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Wann war das? Ich glaube, das war ungefähr 95 oder so was. Das kann ich jetzt aber nicht mehr genau sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und Sie haben nach dem Jahr 2007 keinen neuerlichen Vertrag darüber abgeschlossen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie wissen auch nichts davon, dass alle anderen Beteiligten, die solche Ausgleichsflächen dann auswählen, außer dem Landkreis Lüchow-Dannenberg, gerne wollten, dass für Fischtreppe und ein Sperrwerk bei einem See im Überflutungsraum der Elbe eine ökologische Maßnahme besonders gefördert wird, dieses aber vom Landkreis Lüchow-Dannenberg abgelehnt wurde, sondern eine Ihrer Flächen als Ausgleichsfläche empfohlen wurde? Diesen Sachverhalt kennen Sie nicht?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, kenne ich nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Dann kann ich es auch nicht ändern.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Tut mir leid. Aber was ich nicht kenne, kann ich nicht beurteilen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber um es mal zu sagen - - Ich sage dazu nichts. Also, Sie haben - um das noch mal präzise zu fragen - nach dem Mai 2007 keine neuen Verträge über Ausgleichsflächen für Salzhalden abgeschlossen, sondern das war alles vor 2007?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. Na, klare Antwort. - So. Dann würde ich Ihnen gerne vorhalten, weil ja hier von der Opposition immer sehr auf Vorhalte Wert gelegt wird, eine Ministervorlage aus dem Jahre 1998 - das ist MAT A 72, Band 15, Seite

70086 ff. - über ein Gespräch, das Sie im Umweltministerium am 19. Februar 1998 geführt haben. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Mit wem?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mit Herrn Hennenhöfer.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, mit Herrn Hennenhöfer habe ich mal ein Gespräch geführt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann möchte ich Ihnen gerne vorhalten und das vorlesen - Sie können das dann auch körperlich bekommen -, was Herr Hennenhöfer über dieses Gespräch dort festgehalten hat.

Am 19. Februar 1998 hatte ich ein 5-stündiges Gespräch mit dem Grafen von Bernstorff über die Salzrechtsproblematik. An dem Gespräch nahm Dr. Werner Müller (vormals VKR) teil.

Bereits vor Monaten hatte ich über Dritte gehört, dass der Graf mit mir in Verbindung treten wollte. Er wollte dies aber nur über einen unparteiischen Mittelsmann tun. Vorgeschlagen wurde u.a. ein Kirchenvertreter. Ich habe dies mit dem Argument abgelehnt, dass es für ein Gespräch mit einem Beamten der Bundesregierung keines unparteiischen Mittlers bedürfe. Einige Wochen später meldete sich dann Dr. Müller als Beauftragter des Grafen bei mir.

Der Graf legte umfassend seine ablehnende Position zur Kernenergie und sein Misstrauen gegenüber den auf diesem Gebiet tätigen staatl. Stellen dar. Gleichzeitig betonte er seine im Prinzip staatstragende Einstellung und begründete damit auch seinen Gesprächswunsch.

Ich habe erläutert, dass die Standortentscheidung für Gorleben - egal wie sie heute zu beurteilen sei - zu Fakten geführt habe, an denen keine Bundesregierung mehr vorbeikomme.

Das war ja im Februar 98, vor der Bundestagswahl.

Selbstverständlich würden wir eine gewissenhafte und an internationalen wissenschaftlichen Kriterien orientierte Eignungsprüfung gewährleisten.

Dr. Müller erläuterte, dass die Berater des Grafen und die Widerstandsgruppen im Wendland die veränderten Verhältnisse im Bezug auf die Kernenergie nicht wahrgenommen hätten. Kernenergie Neubauten stünden heute nicht zur Diskussion. Zunächst gehe es um ein geordnetes Auslaufen, das vor allem eine Regelung der Entsorgungsfragen bedeute. Auch rot/grüne Regierungen würden deshalb das Vorhaben in Gorleben fortführen. Besonderes finanzielles Entgegenkommen könne der Graf von diesen nicht erwarten.

Ich

- also Hennenhöfer -

habe besonders hervorgehoben, dass ...

- wir gleichwohl an einer gütlichen Einigung interessiert seien, weshalb ich ihm für die gesamten Salzrechte eine Übertragung zum Preis von 12 Millionen DM ... angeboten habe.

Der Graf entgegnete,

- dass er sich mit der AtG-Novelle noch nicht abgefunden habe ... ,

- die Verfassungsmäßigkeit der Enteignungsbestimmung ebenfalls umstritten sei

- er vor allem nicht einfach von seinen bisherigen Positionen abfallen könne.

Dr. Müller brachte die Möglichkeit ins Spiel, dass der Bund sich gegenüber dem Grafen ähnlich wie im Verständigungspapier auf ein bestimmtes Vorgehen bei der Endlagerung verpflichte und außerdem für den Fall, dass tatsächlich eingelagert werde, eine „Umsatzbeteiligung“ für den Grafen vereinbart werde.

Dr. Müller hat das angesprochen.

Wir vereinbarten Vertraulichkeit. Allerdings hat Dr. Müller bereits Kontakte zu den EVU geknüpft, da

er sich von denen einen höheren finanziellen Beitrag erhofft. Daher nehme ich an, dass es bald zu Gerüchten kommt.

Fazit: Der Graf sieht, dass seine Felle langsam davonschwimmen. Aber auch Müllersche Formulierungskünste werden nichts daran ändern können, daß er ohne Gesichtsverlust nicht an einem Projekt verdienen kann, das er jahrzehntelang bekämpft hat. Immerhin, das Eis ist etwas gebrochen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Oh.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): So weit das Zitat oder die Zitate aus dem Vermerk von Hennenhöfer für die damalige Ministerin. - Ich würde ganz gerne wissen: Wer war dieser Dr. Müller?

(Lachen bei der LINKEN - Lachen auf der Zuschauertribüne)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Das wissen Sie wahrscheinlich besser als ich. - Also, ich kann mich an das Gespräch erinnern. Ich kann mich allerdings nicht daran erinnern, dass Dr. Müller dabei war. Aber wenn das Herr Hennenhöfer so hinstellt, wird es ja der Fall gewesen sein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wieso sagen Sie, das wüsste ich besser? War das der spätere Bundeswirtschaftsminister Werner Müller?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Das nehme ich mal an.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, Werner Müllers gibt es wahrscheinlich in Deutschland ein paar mehr. Insofern konnte ich mir das nicht erschließen. Aber gut; dann ist es also der spätere Wirtschaftsminister.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hat das Gespräch fünf Stunden gedauert?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Es war ein langes Gespräch. Ob das fünf Stunden gedauert hat? Also, das können Sie

nicht von mir verlangen, dass ich das alles so ganz genau erinnere. Aber ich weiß, dass Herr Hennenhöfer - - dass ich mich mit ihm unterhalten habe. Das habe ich Ihnen ja auch schon vorher gesagt, dass ich grundsätzlich immer gesprächsbereit bin, vor allem wenn es um so wichtige Dinge geht, und mich Gesprächen nicht versperre. Also, es ist ja sehr seriös von Herrn Hennenhöfer, dass er hier sagt, er habe das abgelehnt, dieses Anliegen von Herrn Müller. Aber ich würde mal zu dem Gespräch sagen, dass ich schon ein Interesse hatte, mit Herrn Hennenhöfer zu sprechen, und zwar deswegen, weil da stand ja die AtG-Novelle zur Diskussion, das heißt also die Enteignung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Eben.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
So. Und erst mal wollte ich einschätzen: Wie groß sind die Chancen, mich zu enteignen? Und dann ist es ja auch wichtig, dass man weiß, um was für einen Streitwert es sich handelt. Es ging ja auch um die Prozesse. Das war das eine. Und natürlich will man auch wissen, wie groß das finanzielle Opfer ist, das man bringt für, wie ich mal behaupten will, das Gemeinwohl.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich finde, wenn man Vertraulichkeit vereinbart, wenn eine Verhandlung fünf Stunden dauert, dass das ja schon ernsthafte Verhandlungen gewesen sind.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Es geht ja auch um etwas!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, es geht ja auch - - Es geht ja um viel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und es war eine Situation im Lichte einer Enteignung, die auf Sie zukam.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist es denn richtig, wie Herr Hennenhöfer ja den Eindruck vermittelt, dass Sie sich in der Tat überlegt haben, bevor eine Enteignung droht, muss doch über einen Verkauf der Salzrechte geredet werden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Sicher habe ich mir solche Gedanken immer gemacht. Das sind ja auch - - Die Entscheidungen, die ich getroffen habe, sind ja nicht leicht zu fällen. Ich bin ja auch irgendwo Realist, und ich überlege mir beide Seiten. Und das müssen Sie mir auch zugestehen, dass ich mir natürlich vor so einer Entscheidung, wie ich sie getroffen habe, ganz genau überlege, warum ich sie treffe, und mich auch mit den Menschen unterhalte, die da große - - die da an entscheidenden Stellen sitzen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch völlig in Ordnung. Also, das werfe ich - - Das gestehe ich Ihnen völlig zu. Es geht mir halt darum, herauszuarbeiten, dass offenbar es ja dann zwischen Ihnen ernsthafte Verhandlungen, Gespräche, Überlegungen gegeben hat, dann doch zu einer gütlichen Einigung mit der damaligen Bundesregierung zu kommen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Klar, ich gehe zunächst mal offen in so ein Gespräch hinein. Ich habe natürlich jetzt nicht mir vorher gesagt: Wenn der jetzt 20 Millionen anbietet, dann werde ich weich. - Also da kann ich wirklich für mich garantieren. Aber ich will halt genau wissen, wo ich dran bin. Und dazu muss man ein längeres Gespräch führen. Das habe ich mit - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut, ja. Aber ist es denn richtig - der Herr Dr. Werner Müller, wenn es der Werner Müller dann ist, hat ja in der Tat gute Kontakte schon damals zu den Energieversorgungsunternehmen gehabt -, was Herr Hennenhöfer hier aufschreibt: dass Herr Dr. Müller darauf hingewiesen hat, dass Sie auch Kontakte zu den EVUs über ihn als Berater aufgenommen hatten damals?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich habe Dr. Werner Müller - - Den kenne ich. Ich habe auch mit ihm Kontakt gehabt. Allerdings kann ich mich überhaupt nicht daran erinnern, dass er bei diesem Gespräch dabei war. Dr. Werner Müller hat mir immer gesagt: Mit der Kernenergie ist es sowieso aus. Das lohnt sich überhaupt nicht, noch neue Kernkraftwerke zu bauen. Das ist viel zu teuer. - Aber ich gebe zu, er hatte wohl auch ein gewisses Interesse, das End-

lager in Gorleben - - also, dazu beizutragen, das zu realisieren.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Darf ich dann noch mal auf meine Frage zurückkommen? Hat er Kontakte zu den EVUs gehabt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also auf jeden Fall nicht - - Das nehme ich an. Er war ja damals, glaube ich, VEBA-Kraftwerke-Vorsitzender.

(Zuruf von der Zuschauertribüne:
Genau!)

Es ist ja ganz logisch, dass er da Kontakte hat. Aber nicht in meinem Auftrag. Auf keinen Fall.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, die Passage von Herrn Hennenhöfer, die er hier aufgeschrieben hat:

Wir vereinbarten Vertraulichkeit.

Ist das richtig? Haben Sie Vertraulichkeit über das Gespräch vereinbart?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das kann gut sein. Aber das weiß ich jetzt einfach nicht mehr.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Aber warum auch nicht?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, ist ja alles in Ordnung. - Und dann heißt es weiter:

Allerdings hat Dr. Müller bereits Kontakte zu den EVU geknüpft, da er sich von denen einen höheren finanziellen Beitrag erhofft. Daher nehme ich an, dass es bald zu Gerüchten kommt.

Das muss Herr Dr. Müller ja in dem Gespräch geäußert haben.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Im Gespräch mit mir?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, in dem Gespräch mit Herrn Hennenhöfer am 19. Februar in Bonn.

(Dem Zeugen werden Unterlagen
vorgelegt)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, wie gesagt: Ich kann mich wirklich nicht mehr erinnern - das sage ich jetzt nicht nur so, sondern ich kann mich nicht erinnern -, dass Dr. Müller dabei war. Ich habe ja gesagt, dass ich ihn bei anderer Gelegenheit getroffen habe, aber nicht - - Also, das weiß ich nicht mehr.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hat die Union darüber hinaus noch Fragen? - Herr Kollege Pöls.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Herr von Bernstorff, dann möchte ich da noch mal anknüpfen - die Frage von dem Kollegen Grindel. Haben Sie in den Jahren 1979/1980 für den Ausbau von Forst- und Wirtschaftswegen Beträge bekommen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das ist nicht so gelaufen, sondern die PTB hat - - Oder wer war das damals? Die mussten ja immer zu diesen hydrogeologischen Bohrungen fahren. Und die haben einfach meine Wege abgenutzt. Und dafür habe ich verlangt, dass sie wiederhergestellt werden. Das war ganz klar definiert auf diese Wege, die zu den Bohrplätzen führten. Und das ist ja wohl logisch, dass ich mir das nicht gefallen lasse, dass die meine Wege kaputt fahren und ich mir das angucken muss.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Na ja, wenn Sie so ein entschiedener Gegner der ganzen Anlage sind, dann können Sie denen das ja auch verbieten, dass sie über Ihr Eigentum fahren.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich habe Ihnen doch gesagt, dass ich - - Die hydrogeologischen Bohrungen habe ich ja akzeptiert. Und dann muss ich auch akzeptieren, dass sie betreut werden. Außerdem ist es für mich auch sehr interessant, was zu wissen über die Grundwasserstände in meinem Wald.

(Heiterkeit bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja. - Können Sie sich auch daran erinnern, wie hoch die

Beträge waren? Waren das siebenstelligen Beträge? Sechsstellige, siebenstelligen Beträge?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, das waren gar keine Beträge, sondern die mussten die Wege wiederherstellen.

(Zuruf von der Zuschauertribüne:
Sachleistungen!)

Das waren Sachleistungen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Also wurden da praktisch Ihre Wege ausgebaut, um dort vorbereitende Erkundungsmaßnahmen zu machen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Nein, die haben die Wege wiederhergestellt, die sie benutzt haben, um die hydrogeologischen Bohrplätze aufzusuchen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Dann haben Sie ja auch schon bestätigt, dass Sie Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt haben - unter anderem für die Salzhalde, die ja notwendig ist. Praktisch das Salz, das unten rausgeholt wird, wird ja oberirdisch gelagert auf einer relativ großen Fläche. Und dafür muss der Landkreis bzw. muss der Bund ja Ausgleichsflächen schaffen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Nun ist ja die Frage: Hat der Landkreis Flächen zur Verfügung gestellt, und haben auch Sie dafür Flächen zur Verfügung gestellt? Und meine Frage ist jetzt: Haben Sie dafür Flächen zur Verfügung gestellt? Und haben Sie die über wie viele Jahre dann verpachtet?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Die Frage ist ja eigentlich schon an mich gestellt worden. Ich habe sie eigentlich, bilde ich mir ein, auch schon erschöpfend beantwortet. Also: Ich habe Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt, sogar in Absprache mit dem BUND, der mir das auch noch mal extra empfohlen hat: Wo ist es besonders wichtig für den Naturschutz?

Und was jetzt wahrscheinlich Hintergrund vielleicht Ihrer Frage ist, was ich dafür an Geld bekommen habe: Da kann ich Ihnen nur sagen, dass ich eben auf den Waldbrandflächen diese Aufforstungen - - die dann eben schon 15, 20 Jahre alt waren. Die

mussten ja abgeschlagen werden. Und da ist selbstverständlich aufgrund eines Gutachtens der Landwirtschaftskammer der Wert dieser Bäume entschädigt worden. Und außerdem gibt es einen Pachtvertrag mit einer völlig normalen Pacht, eben für die Benutzung der Ausgleichsflächen und für die Pflege dieser Flächen. - Ich denke aber, das hatte ich eigentlich schon beantwortet.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ja, herzlichen Dank. - Herr von Bernstorff, ich wollte noch mal nach dem Vermerk fragen. Den hat ja damals Herr Hennenhöfer für die Umweltministerin Merkel verfasst. Und er schreibt ja da - - Sie haben ihn jetzt, glaube ich, auch vorliegen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Ute Vogt (SPD): War dieser Vermerk mit Ihnen abgestimmt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, überhaupt nicht. Keine Ahnung. Also, Sie meinen, dass Herr Hennenhöfer den Vermerk an Frau Merkel geschickt hat? Davon weiß ich gar nichts. Das sehe ich ja hier zum ersten Mal.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, diese Formulierungen „Der Graf sieht, dass seine Felle ... davonschwimmen“ oder „Immerhin, das Eis ist etwas gebrochen“: Hätten Sie das auch so als Fazit gesehen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein. Das hätte ich mit Sicherheit so nicht genehmigt. Und ich habe das - - Ich bin - - Wahrscheinlich hat Herr Hennenhöfer einfach aus der Tatsache, dass wir darüber gesprochen haben und über den - - Diese 12 Millionen, die er da genannt hat, kann ich auch jetzt, ehrlich gesagt, nicht mehr erinnern; aber das mag schon sein. Das hat er vielleicht so daraus geschlossen, dass ich meine, mir schwimmen die Felle davon. Natürlich war damals diese Atomgesetznovelle mit der Enteignungsgeschichte natürlich eine - - Ja, da musste ich mich ja erst mal damit auseinandersetzen: Welche Chancen

habe ich, und welche Chancen hat der Antragsteller für die Enteignung?

Ute Vogt (SPD): In dem Vermerk sagt Herr Hennenhöfer ausdrücklich, dass er Ihre im Prinzip staatstragende Einstellung noch mal betont. Das hebt er auf der ersten Seite unten hervor. Können Sie sich vorstellen, dass das zu der Einschätzung geführt hat, im Zweifel werden Sie dann behilflich sein, weil er offenbar - - dass er möglicherweise Ihre grundsätzlich staatstragende Einstellung einfach missdeutet hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, das, finde ich, hat er sehr richtig gedeutet. Ich bin der Meinung, dass meine Einstellung sogar sehr staatstragend ist und dass ich nur meine Rechte als Bürger, aber im wohlverstandenen Interesse des Gemeinwohls, versuche geltend zu machen. Aber gut; darüber kann man verschiedener Meinung sein.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte noch auf einen anderen Vertrag zu sprechen kommen. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement von diesem Wohlverhaltensvertrag gesprochen. Wissen Sie, wo wir den finden könnten? Denn in unseren Unterlagen ist er nicht. Ist der bei der Gemeinde einsehbar?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, da müssen Sie doch nur mal bei der Gemeinde nachfragen, bei der Samtgemeinde. Ich habe diesen Vertrag, weil ich damals ja auch Samtgemeinderatsmitglied war und natürlich heftig dagegen protestiert habe. Aber das kann doch überhaupt kein Geheimnis sein.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich bitten, dass wir den Vertrag auch entsprechend beiziehen als Ausschuss, entweder von der Samtgemeinde oder aus den Archiven von Herrn von Bernstorff.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn es von der Gemeinde wäre, dann müssten wir natürlich einen Beweisbeschluss haben.

Ute Vogt (SPD): Ja, das können wir dann - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wenn Herr von Bernstorff uns den zur Verfügung stellt, wäre es natürlich noch einfacher.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Könnten Sie uns den zur Verfügung stellen? Oder?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, ich meine, vielleicht müsste ich da noch mal eine Rücksprache mit der -

Ute Vogt (SPD): Ja, genau.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: - Gemeinde haben; denn ich will jetzt ja auch nicht irgendwas machen, was nicht erlaubt ist.

Ute Vogt (SPD): Ja. Danke schön. - Dann würde mich noch mal das Thema der wissenschaftlichen Beurteilung des Salzstocks Gorleben interessieren. Sie haben ja vorhin auf die Hearings hingewiesen und auch darauf hingewiesen, dass Wissenschaftler durchaus zu Wort gekommen sind. Können Sie uns noch mal erläutern, ob die kritischen Wertungen aus Ihrer Sicht entsprechend auch dann eingeflossen sind, bzw. uns auch möglicherweise helfen, zu ergründen, warum die kritischen Wortmeldungen vielleicht gar nicht wieder vorgekommen sind dann in den späteren Berichten?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, ich würde sagen, dass ganz entscheidend auch für die, sagen wir, negative Betroffenheit von uns Wendländern - - Die hängt damit zusammen, dass damals, als die PTB dieses Gutachten über den Salzstock gemacht hat, Professor Duphorn ja noch mit sozusagen - - Der war ja beauftragt, diese Quartärgeologie zu untersuchen. Und das endete ja damit, dass er festgestellt hat, dass es diese Gorleben-Rinne gibt. Das heißt also, dass ein Kriterium, das es ursprünglich mal gab, nämlich dass der Salzstock eine geschlossene Tondecke haben muss, dass dieses Kriterium nicht erfüllt ist, also das heißt, diese Barriere eigentlich überhaupt nicht da ist. Und das führte dann aber - - Herr Duphorn hat das ja - das können Sie ja überall nachlesen - auch dokumentiert. Danach wurde er aber nicht mehr an der weiteren Untersuchung beteiligt. Und das war zum Beispiel so ein Punkt, wo man gesagt hat: Was läuft hier eigentlich ab? Das kann doch nicht sein, dass jemand, der

so eine kritische - - der ein fundiertes Gutachten abgibt, dann aus dem weiteren Verfahren ausgeschlossen wird. Das ist so ein Punkt - zu Ihrer Frage.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Herr von Bernstorff, da ich nur stellvertretendes Mitglied bin, bin ich dem Kollegen Grindel außerordentlich dankbar, dass er auf diesen Vermerk noch mal Sie angesprochen hat. Und ich würde gerne noch mal dort weitermachen. Sie haben ihn ja vor sich liegen. Und Sie sehen daraus, dass Herr Hennenhöfer, der ja jetzt Abteilungsleiter im BMU ist, der heutigen Kanzlerin berichtet. Wenn man auf Seite 2 ganz oben diesen Satz - - Ich will Ihnen den einfach noch mal vorhalten:

Ich habe erläutert, dass die Standortentscheidung für Gorleben

- „Standortentscheidung für Gorleben“ -

- egal wie sie heute zu beurteilen sei - zu Fakten geführt habe, an denen keine Bundesregierung mehr vorbeikomme.

Wenn Sie diesen Satz so hier drin lesen, was sehen Sie? Sehen Sie dann nicht, dass der zweite Satz, der dann danach kommt, eine reine Alibifunktion hat? Geht nicht aus diesem Satz deutlich der Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses hervor, dass eben nach dem Motto „Augen zu und durch“ gehandelt wird? Und können Sie sich daran erinnern, wie Herr Hennenhöfer Ihnen gegenüber argumentiert hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, genau, das war natürlich die Stimmung. Die Stimmung war so: Dieser Salzstock ist nicht nur eignungshöflich, sondern da wird ein Endlager gemacht, und wenn Sie das nicht wollen, dann werden Sie enteignet. - Und die Atomgesetznovelle war ja da. Das war eigentlich die Stimmung. Und die wurde - - Ja, das ist ja auch sehr suggestiv, wenn das so dasteht. Also, ich freue mich, ehrlich gesagt, dass das jetzt hier auch mal schwarz auf weiß zu lesen ist.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja, das finde ich. Insofern bin ich dem Kollegen Grindel wirklich sehr dankbar, weil es geht dann ja weiter. Es kommen die drei Spiegelstriche, wo Sie - das ist meine Wertung jetzt - weichgekocht werden sollen: AtG-Novelle etc.

Und dann kommt die Endung. Und das will ich auch hier noch mal vorhalten. Das Fazit, das Herr Hennenhöfer der heutigen Kanzlerin, Frau Dr. Merkel, mitteilt, ist:

Der Graf sieht, dass seine Felle langsam davonschwimmen.

Und zum Schluss sagt er:

... das Eis ist etwas gebrochen.

Also, ich meine, mehr als - - Da spürt man ja förmlich, wie dieses Gespräch abgelaufen sein muss und dass Sie mit allen Mitteln geködert werden sollten, auch unter mehr oder weniger klaren Aussprüchen von Drohungen.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Die Drohung, 12 Millionen zu bekommen?)

Können Sie da noch mal ein bisschen, wenn Sie sich daran erinnern - - Können Sie aus dieser Atmosphäre, die dort bei diesem Gespräch Hennenhöfer - - Oder können Sie sich an vergleichbare Gespräche oder Vorgänge noch erinnern, wo genau suggestiv praktisch Ihnen eine - - ja, das Eis noch weiter brechen sollte?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, der Tenor ist ja auch ein bisschen so, dass Herr Hennenhöfer das ja so darstellt: Wir lassen uns ja nicht darauf ein, jetzt dem Grafen noch besondere Boni zukommen zu lassen, sondern er kriegt eben das, was ihm zusteht. - Insofern klingt das ja ganz moderat, nicht? Aber damals war die Situation eben, muss man sagen, insgesamt von der ganzen Stimmung sehr anders als heute. Diese Enteignung stand bevor. Ich habe natürlich meine Rechtsanwälte. Die haben sich ja sehr eingehend damit befasst. Und das wurde in aller Höflichkeit - - Also, Herr Hennenhöfer hat mich nicht irgendwie - ich weiß nicht, was - - gesagt: Wenn Sie das nicht tun, dann kommt das und das. - Also, das würde ich jetzt - - Das wäre jetzt ungerecht. Aber er hat mir halt ganz klar seine Sicht vor Augen geführt. Und ich habe daraus ja auch dann meine Konsequenzen gezogen. Das heißt: Ich habe mich eben nicht weicklopfen lassen.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Konnten Sie aus diesem Gespräch entnehmen, dass Herr Hennenhöfer im Auftrag von Frau Dr. Merkel unterwegs war zu Ihnen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Nein, das kann ich jetzt nicht.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Das ergibt sich mehr oder weniger jetzt erst aus dem Vermerk. - Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich gerne noch mal nach den Vorgängen einige Jahre vorher fragen, wo es ja auch schon mal um die Salzrechte ging und wo einige Bürgerinnen und Bürger ja durchaus auch Pachtverträge abgeschlossen haben, die zum Teil ja jetzt auch in den nächsten Jahren wieder auslaufen - ich glaube, 2015.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
15, ja.

Ute Vogt (SPD): Könnten Sie uns schildern, wie damals die Situation war, wie man versucht hat, die Salzrechte ja auch von Ihnen, von der Kirche usw. zu bekommen, und vielleicht auch einen Einblick geben, warum der oder die eine oder andere Bürger oder Bürgerin dann doch damals den Vertrag abgeschlossen hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das war natürlich jetzt sozusagen nach dieser, nachdem das NEZ gestorben war - - Das war ja das erste Mal, dass ich wirklich so direkt damit konfrontiert wurde, dass ich sagen musste: Ja oder Nein. Diese Situation kam jetzt wieder mit diesen Nießbrauchsrechten. Und ich habe - - Also, man hatte in dem Fall sehr viel mehr Zeit als bei der ersten Kampagne. Ich glaube, es ging schon so 1988 los, und die Nießbrauchsverträge wurden ja dann 1990 rechtswirksam bis 2015. Und ja, das war natürlich wahnsinnig lukrativ für die Menschen dieses - - Also, wenn man 1 DM bekommt nur für ein Salzrecht, das irgendwo unten drunter liegt, das man sowieso nicht nutzen kann, und dann auch nur für 25 Jahre mit der Chance, dass man dann noch mal das ganze Salzrecht verkaufen kann - - Ja, das muss man sich mal vorstellen, was das bedeutet.

Und ich will mich da jetzt überhaupt nicht - - Ich will jetzt nicht meine Zurückhaltung da als Heldentat bezeichnen, weil es

sicher für mich auch eher möglich war, so einen Verzicht zu leisten, als für die Leute, die in unserer Gegend größte Schwierigkeiten haben, ihren Betrieb auch so zu gestalten, dass sie da vernünftige Einnahmen haben. Aber ich glaube, man muss einfach sehen: Das ist eine große Drucksituation, die da entsteht durch so ein Angebot. - Ich weiß nicht, ob ich jetzt Ihre Frage ausreichend beantwortet habe.

Ute Vogt (SPD): Wenn Sie jetzt Ihre persönliche Situation sehen: Gab es damals auch so ähnliche Verhandlungsversuche wie jetzt Besuche von Herrn Hennenhöfer 98? Gab es das in der damaligen Zeit auch, dass quasi versucht wurde, in Einzelgesprächen Sie zu bearbeiten?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, das gab es eigentlich nicht. Nein, kann ich nicht - - Ich glaube, da hat man mich auch schon irgendwann - auch durch meine Verlautbarungen - so eingeschätzt, dass man wusste, dass ich dafür nicht zu haben bin. Und man muss immer sagen: Ich habe mich ja auch sehr intensiv mit der Kirche, mit allen möglichen Menschen unterhalten. Und ich habe immer versucht, meine Entscheidung auf eine Grundlage zu stellen, wo ich das Gefühl habe: Das ist einigermaßen abgewogen. - Ja. Aber da kann ich mich nicht an irgendwelche Überredungsversuche erinnern.

Ute Vogt (SPD): Okay. - Ich wollte noch mal zurück. Sie haben ja noch mal vorhin eingangs auch Ihr Gespräch mit Ministerpräsident Albrecht erwähnt, wo er eröffnet hat, dass jetzt - - Also, Sie haben auch gesagt, Sie wurden mit der Nachricht überfallen, der Landkreis und Sie, im Februar, dass das Endlager jetzt kommen soll nach Gorleben. Aber können Sie sich an das Gespräch noch erinnern, was die Beweggründe von Ministerpräsident Albrecht waren, warum - - Also, weil wir uns ja immer fragen: Warum ausgerechnet Gorleben? Hat er möglicherweise die Hoffnung gehabt, dass, wenn er Gorleben vorschlägt, das vielleicht von der Bundesregierung dann abgelehnt werden würde? Oder war Ihr Eindruck, dass er auch Gorleben wollte?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, mir gegenüber ist er so aufgetreten: Gorleben, das ist jetzt entschieden; da gibt

es überhaupt kein Zurück mehr, und ich muss mich damit sozusagen abfinden. - Er hat mir damals auch gesagt: Ich kann mir vorstellen, dass Sie das gar nicht witzig finden. - Und ich glaube, es hatte auch vorher in Gartow eine Veranstaltung stattgefunden, wo ich dann schon gesagt habe: Also, da spiele ich auf keinen Fall mit. - Und dann kam eben noch der Ausspruch: In zwei Jahren hat sich die Bevölkerung daran gewöhnt. - Aber da hat er sich ja nun wirklich schwer getäuscht.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Aber ich hatte den Eindruck, dass die Entscheidung gar nicht mehr - - Ja, die war gefallen, und da war nichts mehr dran zu ändern. Und ich war auch so wenig vorher mit dieser ganzen Sache befasst, dass ich auch die ganzen Hintergründe für die Entscheidungsfindung - also damals - überhaupt gar nicht wusste.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Frage-recht jetzt an die FDP-Fraktion, Herrn Kollegen Buschmann. Bitte schön.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Graf von Bernstorff, ich mache an der Stelle weiter, wo Frau Kollegin Vogt gerade aufgehört hat. Sie hat Sie befragt, wie die Stimmung war, wie, ich sage mal, die Umgangsform war mit den Grundbesitzern vor Ort. Und Sie haben den Begriff des Drucks verwendet, wo man ja den Eindruck bekommen könnte, da sei quasi mit dem Daumen, dem eisernen Daumen des Staates auf den schwachen Bürger Druck ausgeübt worden. Vorher hatten Sie allerdings beschrieben, dass dieser Druck im Prinzip ein sehr lukratives Angebot war. Also möchte ich noch mal nachfragen: Was ist eigentlich unter dem Begriff des Drucks zu verstehen? Meinen Sie damit einfach nur, dass es sehr verlockend war, weil es eben finanziell attraktiv war, ein Rechtsgut herzugeben, das im Prinzip keinen Marktwert hat, weil, wie Sie selbst gesagt haben, man es nicht nutzen kann, und Sie mit Druck eigentlich nur meinen, dass es eine große Anzie-

hungskraft ausübt, die Möglichkeit zu haben, schnelles Geld zu machen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Als es damals um das NEZ ging, wurde von der DWK ja ein Vertragsangebot gemacht, wo man innerhalb von einem Monat sich entscheiden musste, ob man verkauft oder nicht. Und da behaupte ich schon, dass das ein enormer Druck ist, weil ja immer dahinter dann die, ich will es jetzt mal nennen, Drohung stand: Wenn man jetzt nicht auf das Angebot eingeht, dann wird man eben enteignet, und dann eben nur zum, na ja, Zehntel des Wertes. - So wurde das überall besprochen. Und das, denke ich, erzeugt schon einen enormen Druck.

Marco Buschmann (FDP): Was ist genau der Gegenstand der Enteignung? Also: Wenn Sie jetzt enteignet würden, was würde man Ihnen exakt wegnehmen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich nehme mal an, jetzt nach der Atomgesetznovelle, die ja auch vorsieht, diese Enteignung wieder ins Atomgesetz - - Die steckt ja wieder drin. Da nehme ich an, dass es um die Salzrechte geht, weil zunächst werden ja nur die Salzrechte gebraucht.

Marco Buschmann (FDP): Inwieweit würde das Ihren Gewerbebetrieb oder forstwirtschaftlichen Betrieb, den Sie auf Ihren Ländereien betreiben, konkret beeinträchtigen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Sie meinen, wenn da erkundet würde? Oder wenn ich meine Salzrechte hergeben würde?

Marco Buschmann (FDP): Wenn Ihnen die Salz- - Also, wenn Sie im Hinblick auf die Salzrechte enteignet würden.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na ja, das würde die Folge haben, dass möglicherweise eben erst mal die Erkundung fortgesetzt wird, zweitens ein Endlager gebaut wird und - das habe ich jetzt ja versucht deutlich zu machen - -

Marco Buschmann (FDP): Aber das ist ja jetzt - - Also, ich verstehe Ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Endlager. Das ist Ihre Position, und das ist ja auch Ihr gutes

Recht. Meine Frage war jetzt, weil das Ziel ist, herauszubekommen, ob da wirklich ein illegitimer Druck aufgebaut wurde. Und ich glaube, dafür ist es wichtig, herauszuarbeiten, worin dieses Opfer eigentlich genau bestand, das jemand im Rahmen einer solchen Enteignung - - Sie haben ja gesagt, die Enteignung ist gewissermaßen eine Drohkulisse gewesen - kurze Fristen, Drohkulisse der Enteignung - - und dass es dafür wichtig ist, zu verstehen, was das konkret für die Betroffenen bedeuten würde, also wie groß dieses Opfer ist. Sie haben ja selber auch von finanziellem Opfer gesprochen. Das versuche ich jetzt herauszubekommen. Deshalb frage ich: Wie sieht die konkrete Beeinträchtigung aus, die aus dieser Drohkulisse denn überhaupt resultiert hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, wenn Sie jetzt vor der Frage stehen: Sie haben, sagen wir mal, 20 Hektar Land, und Ihnen gehören die Salzrechte, und Sie können jetzt sozusagen das Nießbrauchsrecht abtreten. Dann sind das 200 000 DM - wären das -, die man sich dann entgehen lässt. Und ich meine, für den normalen Bürger, würde ich mal sagen - - der sagt: Das wird ja sowieso gemacht. Und wenn ich jetzt nicht mitmache, dann verzichte ich auf dieses Geld. Ich bin doch nicht blöd.

Marco Buschmann (FDP): Das ist aber eine sehr sanfte Form des Druckes - finden Sie nicht auch? -: 200 000 Mark haben oder nicht haben.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das erzeugt doch einen wahnsinnigen Druck. Das ist doch klar.

Marco Buschmann (FDP): Aber das ist der Gegenstand des Drucks, sozusagen die Lukrativität des Angebots?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na ja, da gibt es sicher auch noch was anderes. Es gibt natürlich dann - - Also, sagen wir, in Gorleben ist ja, wenn man das sieht, was da also für Geld hingeflossen ist - - Da gibt es diese fantastische Sporthalle. Also, da sind ja Einrichtungen entstanden. Die hängen ja alle mit Gorleben zusammen. Und ich glaube, dass es da auch ein - aus meiner Sicht nicht sehr erfreuliches - Gemeinschaftsgefühl gibt. Wenn da also einer ausbricht und sagt: „Ich

spiele da nicht mit“, dann macht er sich auch nicht gerade furchtbar beliebt. Und das war ja bei mir auch: Ich musste das ja auch in Kauf nehmen, dass gesagt wurde: Na, der Graf, der verhindert, dass unsere Gegend sich hier wirtschaftlich entwickelt, und der tut unserer Gegend was Böses an. - Damit muss man sich dann auch noch auseinandersetzen. Das ist ja noch das Nächste. Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage richtig beantwortet habe.

Marco Buschmann (FDP): Ja. - Dann wollte ich noch mal konkreter kommen auf diesen Begriff des finanziellen Opfers. Den Begriff haben Sie ja selber eingeführt. Ich habe vorliegen einen Artikel aus dem *Hamburger Abendblatt* vom 03.11.2010. Kopien stelle ich auch gleich, falls das noch nicht zur Verfügung steht, gerne zur Verfügung. Darin heißt es, dass Ihnen 36 Millionen Mark von den Endlagerbetreibern für Ihre Ländereien angeboten worden seien. Und dann kommt ein wörtliches Zitat - aber da muss man immer vorsichtig sein, ob wirklich korrekt zitiert wurde -:

... sagt Andreas von Bernstorff:

- Zitat -

Das Zehnfache des üblichen Marktpreises. Aber ich bin nicht schwach geworden.

Entspricht das den wirtschaftlichen Verhältnissen, dass Ihnen ein Betrag angeboten wurde, der dem Zehnfachen des Marktpreises entspricht?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, man muss das so sehen: Das waren ja damals - - 1975 sind ja diese riesigen Flächen abgebrannt, und dass praktisch - - Da, wo das NEZ entstehen sollte, war ja eine riesige Waldbrandfläche. Die war ja auch noch gar nicht aufgeforstet. Außerdem ist es ein ganz leichter Boden. Also, wenn man das überhaupt hätte verkaufen können, dann hätte man nicht mehr als 35 Pfennig pro Quadratmeter bekommen können. Und geboten wurden aber 3,50 Mark. Insofern: Mit dem Zehntel, das ist sehr korrekt.

Marco Buschmann (FDP): Ich bestreite das auch gar nicht.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Damals war das so. Heute sieht das wieder

anders aus. Heute ist ja Wald wieder viel interessanter. Aber damals war das mit Sicherheit nicht mehr wert.

Marco Buschmann (FDP): Ja. Wie gesagt, ich bestreite das gar nicht. Ich wollte erst mal nur wissen, ob das zutreffend ist. Aber vor dem Hintergrund kann man eigentlich in Anbetracht der Optionen, die Ihnen da eröffnet wurden - sei es dieses Angebot oder dieses Angebot mit den 12 Millionen -, ja eigentlich nicht davon sprechen, dass Sie am Ende - bei rein finanzieller Betrachtung - als Opfer dagestanden hätten, sondern Ihnen wurde im Prinzip ein finanziell roter Teppich ausgerollt - über den Sie dann nicht gehen wollten, was Ihr gutes Recht ist. Aber man kann ja nicht davon sprechen, dass das ein nicht attraktives Angebot gewesen wäre und dass das, sagen wir mal, eine illegitime Form des Druckes gewesen wäre, sondern man hat ja versucht, Ihnen sehr, sehr weit entgegenzukommen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na ja, ich finde nur: Durch diese Art, dass man so ein Vertragsangebot macht und das terminiert auf einen Monat, entsteht schon ein enormer Druck. Das muss man einfach sagen. Also, bei mir hätten sie wahrscheinlich - - oder bei mir wurde das auch noch verlängert. Aber Sie müssen sich mal die Lage jedes Einzelnen vorstellen, der da so ein Angebot bekommt. Das kann ich nicht anders als einen Druck bezeichnen. Sonst wäre das ja gar nicht nötig gewesen, da so eine Terminsetzung zu machen. Dann hätte man gesagt - das wäre anständig gewesen -: Hier, überlegt euch das. Wir wollen das hier machen, und wir zahlen euch das und das. - Aber mit diesem Termin war doch ganz klar, dass das irgendwie durchgesetzt werden sollte. Und das finde ich auch nicht in Ordnung, dass die Politik das sozusagen auch noch unterstützt hat damals.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist das Fragerecht schon erschöpft und geht jetzt weiter an die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte doch vorne anfangen in dem zeitlichen Ablauf, Herr von Bernstorff. Bin ich richtig informiert, dass Sie vor der Standortbenennung durch den Ministerpräsidenten sehr wohl auch mit ihm

befreundet waren und es einen guten Kontakt zu Ministerpräsident Albrecht gab?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, es ist nicht so, dass ich ihn besonders gut kannte. Aber ich habe doch immer eine sehr positive Einstellung zu ihm gehabt. Und wenn Sie genau danach fragen: Ein Jahr vorher war er auch bei uns zur Jagd eingeladen und ist auch gekommen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Daraus könnte sich ja der Eindruck ergeben, dass Ministerpräsident Albrecht der Einschätzung war, mit Ihnen wäre so ein Projekt zu machen. Wie hat sich denn dann nach der Standortbenennung das Verhältnis entwickelt? Oder welches Gewicht hatte danach Ihre Meinung? Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie die Benennung von Gorleben auch überfallartig erlebt haben und offensichtlich vorher keine Gespräche stattfanden. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das haben Sie ganz richtig verstanden. Also, ich muss auch sagen: Bei der Größenordnung, die da zur Diskussion stand, und bei dieser riesigen Fläche, die man von mir haben wollte, wäre es nach meinem Verständnis der richtige Weg gewesen, mit mir vorher darüber zu sprechen und nicht die Dinge als gegeben und nicht mehr abänderlich darzustellen. Aber so ist es nun mal gelaufen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Seit wann wussten Sie oder auch Ihre Vorfahren, dass unter dem Gelände Salz, aber auch andere Bodenschätze zu finden sind? War das Ihnen bei der Benennung schon bekannt oder vor der Benennung?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein. Also, davon wusste ich gar nichts. Von diesem furchtbaren Unfall bei der Bohrung in Lenzen habe ich auch jetzt eigentlich erst gehört. Und damals wurden solche Informationen auch unterdrückt. Das muss man wirklich sagen. Die kamen eigentlich überhaupt nicht zur Sprache.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also in Ihrer Familie war es auch nicht Thema, dass Anfang des 20. Jahrhunderts sehr wohl schon eine Reihe Salz- und Gasbohrungen in der Region stattgefunden haben? Das

haben Sie auf jeden Fall nicht mit Ihrem Grund und Boden in Zusammenhang gebracht?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Nein, also überhaupt nicht. Bevor man über Gorleben diskutierte, waren diese Gasbohrungen - - Also, ich weiß, da gab es den berühmten Herrn Pfeiffer. Das stimmt. Der sprach immer von Gasbohrungen, und zwar im Hölbeck-Bereich. Aber das hat meine Familie damals nicht tangiert.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sind Sie jemals offiziell darüber informiert worden, dass das niedersächsische Landeskabinett am 22.12.1976 beschlossen hat, dass im Bereich des Salzstockes Gorleben keine Bohrungen mehr nach Öl oder Gas getätigt werden dürfen, weil dort die Suche nach dem Atomülllager Vorrang vor der Aufsuchung und Förderung von Erdgasvorkommen haben sollte? Das findet sich - für das Protokoll - in MAT E 6, Band 19, Paginierung 228/229.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Davon wusste ich überhaupt nichts. Sie müssen sich einfach mal vorstellen: Vor 1977 - - Also, das erste Mal, dass ich mich überhaupt damit befasst habe, war, als da über diese Standorte Wahn, Lutterloh und Lichtenhorst - - Und ich hatte wirklich restlos andere Dinge im Kopf. Ich musste da irgendwie meinen - - Ich hatte meinen Besitz übernommen und bin eigentlich - - Ich bin Forstmann. Und ich muss auch ganz ehrlich sagen, ich hatte auch keine Probleme bis dahin mit der Atomenergie. Das ist eigentlich alles erst gekommen durch die zwangsläufige Beschäftigung mit dieser Frage.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber selbst wenn Sie zu der Zeit nicht wussten, dass unter Ihrem Grund und Boden jetzt doch Bodenschätze sind, stellt natürlich so ein Beschluss so etwas wie eine kalte Enteignung dar, wenn also einem Eigentümer verboten wird, sein sonst übliches und verbrieftes Recht wahrzunehmen. Wie stellt sich das für Sie dar, dass Sie fast 35 Jahre lang über diese Beschlüsse wohl auch nicht informiert wurden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Die Materie ist für mich jetzt so ein bisschen

neu, muss ich sagen. Ich hatte ja schon gesagt, ich habe mich damit überhaupt nicht beschäftigt. Es ist ja auch so, dass einem nicht - - Also, das Salz unter meinem Grundstück gehört mir, aber das Gas zum Beispiel nicht. Das Gas, da muss ich natürlich eine Genehmigung erteilen, und dafür wird man wahrscheinlich auch entschädigt. Aber es ist ja so: Wenn nach Gas gebohrt wird, dann gibt es dieses Mittel der Grundabtretung über das Berggesetz. Das kann man als Eigentümer auch nicht verhindern. Aber ich bin mir jetzt nicht ganz klar, worauf Sie hinauswollen - ob Sie meinen, das wäre so ein enteignungsgleicher Tatbestand.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Na ja, das Verbot, sowohl weiter Salz abzubauen als auch nach Gas und Öl suchen zu lassen, ist ja zumindest eine Einschränkung in der Verfügung über die im Grundbuch verbrieften Rechte.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na, das haben wir ja mit dem Salz auch immer gesagt. Der Salzabbau ist ein Recht, das man als Grundstückseigentümer, dessen Salzrechte eben eingetragen sind ins Salzgrundbuch, ja hat. Und das ist natürlich schon eine Art Enteignung, wenn man das Salz unter seinem Grundstück nicht mehr ausbeuten darf. Und darum ist ja auch gesetzlich verankert die Veränderungssperre. Das heißt also, auch wenn ich jetzt wollte, könnte ich das Salz nicht ausbeuten. Und da sind wir immer noch dabei. Mit Salinas haben wir ja den Antrag auf einen Rahmenbetriebsplan gestellt. Und das geht ja nun schon seit Jahren hin und her.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Da vielleicht nicht jeder hier weiß, was Salinas ist: Könnten Sie das bitte kurz ausführen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich habe an Salinas ein Grundstück bzw. ein Salzrecht verpachtet, also ein Nießbrauchsrecht. Salinas GmbH hat das Anliegen, eben das Salz in Gorleben zu nutzen, und zwar auch mit dem Hintergrund, dass die Ausbeutung von Salz oder von Bodenschätzen nach dem Berggesetz Vorrang hat vor anderen Nutzungen eines solchen Salzstocks. Und Salinas hat eben auf dieser Rechtsbasis Anträge gestellt auf Erlass eines Rahmenbetriebsplans, um eine Bohrung runterzubringen. Aber wie Sie wissen, ist das bisher

nicht erfolgreich. Da gibt es ja eine lange Geschichte. Die müsste man auch noch mal dokumentieren. Aber durch diese Veränderungssperre ist das zurzeit nicht möglich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist das Fragerecht der Linken zunächst vorbei und geht jetzt weiter an die Grünen. Bitte schön, Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Graf von Bernstorff!

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Guten Tag!

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Druck, von dem Sie geredet haben, unter dem Sie standen und auch andere, war ja auch an anderen Orten vorhanden. Das heißt, auch die Bundesregierung stand unter massivem Druck in diesen Jahren, mal wieder, weil sie mit dem Problem Gorleben an einer Problemkante hing. Es ging nicht weiter, weil sie die Salzrechte nicht hatten. Sie mussten aber weiterkommen, weil sonst der Entsorgungsvorsorgenachweis nicht mehr geleistet hätte werden können. Das heißt, dieser Druck, der da herrschte, muss massiv gewesen sein. Und üblicherweise wird solcher Druck ja von oben nach unten durchgegeben.

Da will ich in dem Zusammenhang noch mal auf diesen Bericht kommen von dem fünfstündigen - oder wie lange auch immer - Gespräch zwischen Herrn Hennenhöfer und Ihnen, den Herr Hennenhöfer dann an seine Ministerin, Frau Merkel, geschickt hat. Er sagt ja gleich im ersten Abschnitt, dass Sie schon längere Zeit mit ihm Kontakt aufnehmen wollten, und zwar über einen unparteiischen Mittelsmann. Nachher wird dann Herr Müller genannt, der Ihr Beauftragter gewesen sei.

Ich will jetzt mal sagen: Ich habe aus zwei Gründen Zweifel daran. Zum einen kommen Sie mir bisher überhaupt nicht wie jemand vor, der sich nicht erinnert. Sie sagten: Sie erinnern sich nicht, dass Herr Müller dabei war. - Ich glaube, ob jemand Dritter bei einem Gespräch dabei war, das man mit einem anderen Kontrahenten über das eigentliche Thema führt - - das kann passieren. Aber einen Beauftragten, den man sozusagen selber beauftragt hat, für einen das Wort zu ergreifen, würde man, glaube ich,

nicht vergessen. Zum anderen kann ich mir schlecht vorstellen, wie ausgerechnet Herr Müller ein unparteiischer Mittelsmann hätte sein sollen. Der hatte ja auch ganz klare Interessen von der Energieseite her.

Deshalb meine Frage noch mal an Sie: Aus Ihrer Erinnerung in dem Zusammenhang mit diesem Gespräch, welche Rolle könnte Herr Müller da gespielt haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich kann mir eigentlich das nur so vorstellen, dass die Atomlobby, wenn ich sie mal so nennen will, zu der ich auch Herrn Hennenhöfer zähle, dass die jetzt versucht haben, irgendwie an mich ranzukommen, und dass man vielleicht geglaubt hat, dass Herr Müller dazu der richtige Mann ist. Aber ich kann mich in der Tat nun wirklich nicht daran erinnern, dass Herr Müller bei diesem Gespräch anwesend war. Ich frage mich auch, warum das hier steht. Ich denke mal, das könnte man aber noch rauskriegen. Und das, was schon ganz und gar nicht stimmt: dass ich etwa Herrn Müller da als Mittler beauftragt hätte. Das ist also einfach nicht wahr.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass Herr Müller sich bei Ihnen gemeldet hat und das Gespräch vermittelt hat? Dann sagte Herr Hennenhöfer: Ist jetzt -- hätte dann und dann Zeit?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, nein. Das ist nicht so. Wie gesagt, ich habe auf einem anderen Weg eine Verbindung mit Herrn Müller gehabt. Aber das hat mit Herrn Hennenhöfer gar nichts zu tun.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, dann haben wir hier zumindest mal einen Dissens zwischen dem, woran Sie sich erinnern, und dem, was in diesem Bericht steht.

Ich glaube ja, dass Herr Hennenhöfer unter einer gewissen Bringschuld in seinem Amt als Staatssekretär stand, gegenüber der Ministerin nun auch Fortschritte zu bringen. Ich will deshalb noch mal auf das Gespräch kommen und Sie da auch nach Ihrer Erinnerung fragen. Ich meine, wir haben hier ja eigenartige Formulierungen in dem Fazit - vor allem:

Der Graf sieht, dass seine Felle langsam davonschwimmen.

Es wird

... nichts daran ändern können, daß er ohne Gesichtsverlust nicht an einem Projekt verdienen kann, das er jahrzehntelang bekämpft hat.

Hier wird ja der Eindruck erweckt, Sie seien eigentlich doch schon ganz schön angereizt worden jetzt in dem Gespräch, vielleicht doch auf dieses Geschäft einzugehen, weil Sie merken, dass es anders nichts mehr wird. Also: Der Mann will irgendwie Geld da rausschlagen, und wir kochen den schon noch weich. - Das ist ja die Botschaft, die da an Frau Merkel geschickt wird. Entspricht das der Gesprächssituation? Also: Hat sich Herr Hennenhöfer im Gespräch Ihnen gegenüber auch so verhalten, dass Sie es jetzt, sage ich mal, nicht wundert, dass er so ein Fazit zieht?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das ist vielleicht ein bisschen meine persönliche Art, dass ich sehr offen in so ein Gespräch gehe. Also, ich führe nicht ein Gespräch und sage gleich: „Alles, was ihr macht, ist Mist, und Sie sind überhaupt ein widerlicher Kerl“, sondern ich versuche einfach, offen ein Gespräch zu führen. Ich will wissen, was mein Gesprächsgegenüber mir zu sagen hat, und ich sage das, was ich denke. Und ich kann mir vorstellen, dass Herr Hennenhöfer das dann irgendwie so interpretiert, wenn ich einfach zuhöre, dass er meint, mir schwimmen die Felle davon. Aber das entspricht auf jeden Fall nicht -- Das entspricht nicht den Tatsachen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie den Ton angemessen dem Gespräch, das Sie vorher geführt hatten? Er „sieht, dass seine Felle ... davonschwimmen“ - ich meine, das ist ja jetzt nicht gerade die höflichste Umgangsform.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, das hat er ja auch geschrieben. Ich meine, das hat er mir natürlich so nicht mitgeteilt. Also, ich habe ja schon gesagt: Herr Hennenhöfer war höflich mit mir im Gespräch. Und das ist auch selbstverständlich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, er war im Gespräch mit Ihnen höflich, wie man das normalerweise auch erwarten würde, und schreibt anschließend einen Bericht an seine Ministerin, in

dem er so ein bisschen den Eindruck erweckt, er hat da ein Gespräch geführt, wo er dabei ist, den anderen um den Finger zu wickeln und schon noch weiczukriegen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, so - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben den Vermerk ja vor sich liegen. Sie können das ja vergleichen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: So würde ich das auch interpretieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann würde ich gerne auch hier noch fragen: Auf der Seite 2 steht in der Mitte die AtG-Novelle - das war ja ein Teil der Drohkulisse -, die durch das Vorgehen von Salinas notwendig geworden sei. Wie ist das zu verstehen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das liegt daran, dass Salinas ja einen Antrag gestellt hat auf einen Rahmenbetriebsplan, um diese Bohrung runterzubringen. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde auch der Rahmenbetriebsplan zunächst genehmigt vom Oberbergamt. Und das war nach außen hin einer der Gründe, um diese AtG-Novelle zu machen. Aber ich glaube, der Hauptgrund, ehrlich gesagt, bestand darin, mich zu enteignen, also die Möglichkeiten zu haben, weil die Salzrechte, die ich hatte, waren natürlich sehr viel - - Also, man muss dazusagen: Salinas hat ja nur ein ganz kleines - - ein Grundstück gepachtet und die damit zusammenhängenden Salzrechte. Also, wenn es hier heißt, die AtG-Novelle wäre nötig gewesen wegen Salinas: Das glaube ich nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein großes Gesetz wegen eines kleinen Stückchen Land.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Frau Kotting-Uhl. Tut mir leid. Nächste Runde. - Wir sind jetzt am Ende der ersten Berliner Runde. - Die Beauftragte der Bundesregierung, Frau Meyer zu Rheda.

MRin Elisabeth Meyer zu Rheda (BMU): Ich wollte nur eine ganz kleine Anmerkung machen. Frau Kotting-Uhl, Sie hatten eben

gesagt, Herr Hennenhöfer sei Staatssekretär. Er war Abteilungsleiter zu der Zeit und ist es auch jetzt. Also nur eine ganz kleine redaktionelle Korrektur.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt! Das war ein Versprecher! Das weiß ich eigentlich auch!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Damit ist das aber jetzt im Protokoll auch klargestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten mal miteinander vereinbart, dass wir nach jeweils zwei Stunden eine kurze, zehnmündige Pause machen wollten. Dann wäre jetzt dazu Zeit. Trifft das Ihr Einverständnis? - Dann zehn Minuten. Um halb eins fangen wir wieder an, bitte schön.

(Unterbrechung von
12.19 bis 12.32 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zumindest sind alle Fraktionen wieder da. Dann können wir wieder beginnen. - Das Fragerecht hat jetzt die Unionsfraktion. Herr Kollege Grindel, bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich will auch noch mal zurückkommen auf das Gespräch, weil das ja doch eine zentrale Frage ist. Sie haben gesagt, Sie gehen offen in solche Gespräche. Trotzdem ist dort ja Vertraulichkeit vereinbart worden. Warum eigentlich? Hätten Ihre Freunde im Wendland das nicht erfahren können, dass Sie mit dem Umweltministerium in Gesprächen sind?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich finde, dass man - - Warum soll ich denn nicht vertrauliche Gespräche führen? Ich möchte einfach einen hohen Informationsstand haben. Und wenn die andere Seite darauf Wert legt, dass es vertraulich ist, dann habe ich da kein Problem mit. Also, ich denke - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Ihre Freunde im Wendland hätten vielleicht ein Problem damit, wenn sie gewusst hätten, dass Sie hinterrücks, sage ich mal, Gespräche im Umweltministerium führen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Nein, damit haben meine Freunde überhaupt gar kein Problem. Die wissen nämlich ganz genau, wie sie bei mir dran sind. Und die würden mir das in keiner Weise verübeln, wenn ich mir das Recht rausnehme, vertrauliche Gespräche mit allen möglichen Menschen - - Das habe ich ja die ganze Zeit getan, einfach weil ich mich, wie gesagt, gesprächsbereit halte. Und das Recht, das gestehe ich mir auch zu.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dass es dann am Ende - das muss man natürlich sagen - zu weiteren Vertragsschlüssen nicht gekommen ist, lag natürlich am Regierungswechsel. Insofern ist meine Frage, weil Sie gesagt haben, den Herrn Müller haben Sie auf anderen Wegen kennengelernt: Was waren das denn für Wege?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich kann Ihnen das ganz offen sagen. Ein Freund von mir ist bei Vattenfall. Und es ist ja nicht so, dass jetzt alle Leute meine Feinde sind, die, sagen wir mal, sich für Atomenergie einsetzen. Und der hat mir gesagt: Lass dich doch mal informieren von Herrn Müller; der ist auch - - der ist also keineswegs ein Kernenergiefreund. - Und dann habe ich diese Gespräche geführt. Daran ist doch überhaupt nichts auszusetzen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was heißt „diese Gespräche geführt“?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich habe mich mit ihm über die Frage unterhalten: Wie sieht es überhaupt aus mit der Kernenergie; was hat die für eine Zukunft? Und solche Leute wissen halt wahnsinnig gut Bescheid. Und ich habe immer das Bedürfnis nach einem sehr hohen Informationsniveau. Und das ist ja auch richtig. Ich meine, ich sitze an einer Stelle, wo ich ja auch meine Entscheidungen irgendwie vertreten können muss. Und deswegen spreche ich eben mit allen Seiten. Und das, finde ich, kann man mir doch zugestehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben aber auch gesagt, über die Atomgesetznovelle selber hätten Sie mit Ihren Rechtsanwälten gesprochen. Das heißt, Rechtsrat brauchten Sie nicht mehr. Insofern ging es ja doch um eine Abwägung: Welche Chancen

habe ich, und welche Preise kann ich erzielen, wenn ich verkaufe? Ist das eine falsche Bewertung? Denn ich meine, rechtlich kann ja bei dem Gespräch mit Hennenhöfer - - Das war nicht nötig. Die Rechtslage kannten Sie durch die Gespräche mit Ihren Anwälten.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, das habe ich doch vorhin gesagt. Mir war ja klar, dass das jetzt zumindest sehr strittig ist, ob es zu einer Enteignung kommt oder nicht. Und die Rechtsanwälte wissen ja vorher auch noch nicht, wie so ein Prozess ausgeht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Klar.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Und ich finde, deswegen muss man vorher - - muss man sehen, muss man mit allen Seiten sprechen und seine Chancen abstecken. Und da spielte eben der Wert dieser Nießbrauchsrechte auch eine Rolle.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich kann mir - ich habe auch Frau Kotting-Uhl so nicht verstanden - nicht vorstellen, dass Herr Hennenhöfer sich das ausdenkt, dass Herr Müller bei dem Gespräch mit dabei gewesen ist. Ist er denn - - Oder andersherum: In welcher Rolle könnte er denn an dem Gespräch teilgenommen haben? Also, ich habe den Eindruck daraus gewonnen, dass er schon mit Ihnen zusammen zu dem Gespräch gekommen ist. Sonst wären Sie ja auch alleine. Das unterstelle ich mal, dass Sie alleine, ohne Begleitung, so ein Gespräch auch nicht führen würden. Aber daran haben Sie keine Erinnerung mehr?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich meine, dass ich sogar mit einem Rechtsanwalt dabei gewesen bin. Aber ich kann es echt nicht - - Sie überfallen mich jetzt ja auch mit Dingen, die Sie jetzt genau studiert haben. Und ich muss mich jetzt an alles erinnern. Aber ich kann mich echt nicht daran erinnern, dass ich mit Herrn Müller zusammen bei Herrn Hennenhöfer gewesen bin, und schon gar nicht, dass ich ihn da als Vermittler beauftragt habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, in unserem Ausschuss mussten Leute sich schon an viel länger zurückliegende Sachverhalte erinnern. Insofern ist die Frage nicht

ganz ungehörig, sage ich mal. - Haben Sie denn hinterher mit Herrn Müller Kontakt gehabt, als er Minister war?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, dann habe ich überhaupt keinen Kontakt mehr mit ihm gehabt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Warum nicht?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Weil, es gab nichts mehr zu besprechen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil - ist die Bewertung falsch? - die Atomgesetznovelle und die Enteignungsvorschrift sich eben erledigt hatten durch die rot-grüne Gesetzgebungsentscheidung?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und insofern hätten Sie ohne erheblichen Geschäftsverlust eben nicht mehr verkaufen können. Es gab im Grunde genommen keinen Grund mehr, vor Ort zu vertreten, warum man verkauft.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Es lief ja dann so, dass die - - Es gab ja einen Enteignungsantrag der Regierung, also unter Frau Merkel. Und dann hat die - - Also, wir haben gesagt: Das, was da abläuft, nämlich diese Lex Bernstorff, ist ein Einzelfallgesetz, und das kann nicht verfassungsgemäß sein. - Aber dann hat die Regierung ja den Antrag von sich aus zurückgestellt. Und damit war ich weiterhin Besitzer meiner Salzrechte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Ich würde doch gern noch mal Sie bitten, bei der Frage, welche Verträge Sie für Ausgleichsmaßnahmen haben, intensiv zu überlegen und uns darzulegen, wie viele Verträge Sie haben und was wir uns dort finanziell - - was Sie jetzt meinetwegen, um es Ihnen etwas leichter zu machen, aktuell für einen Umfang an Finanzmitteln dafür erhalten.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich merke schon aus Ihren Fragen, dass Sie mich da irgendwie als dann doch bestechlich oder so heraus - - dass Sie da so was im Hinterkopf haben. Ich habe wirklich

überhaupt gar kein Problem - und das wissen auch meine Freunde im Wendland, dass ich diese Verträge abgeschlossen habe -, Ihnen zu sagen, was ich da für Verträge habe. Das sind Verträge für die Schäden, die ich habe, erst mal. Also das dreht sich da um diese Waldbrandfläche, die aufgeforstet wurde und die dann wieder zur Halde gemacht worden ist. Und dann gab es nach den Empfehlungen des BUND mehrere Ausgleichsmaßnahmen, zum Beispiel Erhaltung von einzelnen Kiefern als Spechtbäume. Das hat es alles - - Im Rahmen eines großen Ausgleichsprogramms - das hat man aber genauso auch mit vielen anderen Grundbesitzern abgeschlossen - sind diese Maßnahmen gemacht worden. Und nach ganz normalen Sätzen, die die Landwirtschaftskammer erarbeitet, ist das bezahlt worden.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, also Pachtverträge, haben wir schon gehört, auf 30 Jahre. Ist das richtig, dass die eine Laufzeit von 30 Jahren haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das stimmt. Weil sonst eine Ausgleichsmaßnahme keinen Sinn hat. Wenn Sie jetzt Heide machen, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, ist ja in Ordnung.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: - und dann wird nach zehn Jahren wieder aufgeforstet, dann bringt das nichts.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nur: Das Volumen ist natürlich dann, wenn man das auf 30 Jahre fest hat, schon mal ganz erheblich. - Können Sie denn ungefähr sagen, welches Volumen diese Verträge jährlich haben? Ich meine, Sie haben bis 2010 Ihr Unternehmen persönlich geführt. Da müssten Sie ja ungefähr wissen, welches Volumen diese - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Erst mal kann ich Ihnen sagen: Im Verhältnis zu dem Umsatz, den ich in meinem Unternehmen mache, kann man das vergessen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Umsatz ist ja nicht Gewinn.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na ja, oder auch zum Gewinn. - Und das sind, wie gesagt, diese Pachtflächen. Andere Sachen sind gleich entschädigt worden. Also, wie viel das ist, weiß ich nicht. Aber, wie gesagt, da habe ich überhaupt gar kein Geheimnis. Ich kann Ihnen das auch sagen. Es ist auch völlig klar, dass man für Naturschutzmaßnahmen da Vertragsnaturschutzverträge abschließt. Und, wie gesagt: Das ist für mich eine andere Ebene als die Gorleben-Frage selbst.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich frage deshalb, weil Sie in der Sendung *Maybrit Illner* am 11. November 2010 gesagt haben unter anderem:

Also, ich muss mal vielleicht dazu was sagen. Ich habe zwar einen großen Betrieb mit einem wunderschönen Wald und Landwirtschaft, aber mit unglaublich vielen Verpflichtungen. Ich habe wirklich größte Schwierigkeiten, das Ganze ökonomisch wirklich so zu erhalten, wie ich gerne möchte.

Insofern ist für mich schon die Frage interessant, ob zu dem ökonomischen Erfolg auch diese Beträge einen Beitrag leisten, die Sie dort erhalten für Ausgleichsmaßnahmen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, Sie wissen ja da - - Sie haben sich ja sehr eingehend hier mit meiner Person und dem, was ich mal irgendwann gesagt habe, beschäftigt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist ja unsere Pflicht.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Aber das ist ganz klar. So ein Betrieb hat unheimlich viele Verpflichtungen. Und bei einem Kiefernwald ist es natürlich auch nicht das Einfachste, so einen Wald mit Erfolg zu bewirtschaften - und die ganzen Gebäude, die man unterhalten muss. Das ist sicher nicht ohne. Aber es ist jetzt überhaupt nicht so, dass der Betrieb existenziell von solchen Ausgleichsmaßnahmen abhängt. Das ist nicht der Fall. Das sind einfach ganz andere Größenordnungen, um die es da geht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie können trotzdem, auch wenn es keine existenziellen Auswirkungen hat, nicht sagen, in

welcher Größenordnung ich mir die Leistungen, die Sie da jährlich bekommen, vorstellen muss?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich würde sagen, das liegt so bei 30 000 Euro ungefähr - also auf jeden Fall nicht 55.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Paul, bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich an der Stelle noch mal weitermachen. Also, wenn ich höre die Größenordnung, die Sie jetzt schildern: Das muss ich ja dann mit 30 multiplizieren, um eine Größenordnung mir vorzustellen, wie viel Geld jetzt insgesamt vonseiten des Bundes an Sie fließt. Und da komme ich ja an eine Größenordnung, die knapp auf 1 Million Euro hinausläuft. Ist das richtig?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich finde diese Fragen wirklich sehr nervig, muss ich mal sagen, weil ich finde, da wird auf so einer Ebene mit mir diskutiert, die finde ich wirklich schon - - Ja, also das geht schon so ein bisschen unter die Gürtellinie. Also, es ist doch ganz normal, dass man als Besitzer von Wald und Landwirtschaft Vertragsnaturschutz macht. Das mache ich mit allen möglichen Partnern, die dazu bereit sind. Das mache ich auch mit der Industrie - also ich meine nicht die Atomindustrie. Das ist ein Programm, was ja nicht für mich gemacht wurde, sondern ein Programm mit Ausgleichsmaßnahmen. Und da mache ich halt mit. Und ich weiß nicht, warum das jetzt so eine - - Also, irgendwie wollen Sie mir jetzt unterstellen, dass ich jetzt dadurch bestechlich bin, oder ich weiß nicht.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich frage noch einmal. Sie haben die Frage nicht beantwortet.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Einen Moment. Wir stoppen mal gerade die Zeit. - Frau Kollegin Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde darum bitten, wenn es jetzt weiterhin eine gute Begründung dafür gibt, nicht zum Untersuchungsgegenstand zu kommen, dass uns diese Begründung dargelegt wird. Es hieß vorhin: Das hat mit der Glaubwürdigkeit zu tun. Aber dieselbe Frage in Variationen sozusagen über zehn Minuten und wieder zehn Minuten zu stellen - - Irgendwann ist mal die Frage, wie es mit der Glaubwürdigkeit aussieht, vielleicht auch beantwortet. Deswegen würde ich da um eine weitere Begründung bitten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich darf dazu auf die Frage 22 des Untersuchungsauftrags verweisen, die lautet:

Welche Finanzmittel wurden seitens des Bundes oder durch Unternehmen und Verbände wann, von wem und auf welcher Basis in die Region Gorleben transferiert, und sollten diese dazu dienen, die Akzeptanz des geplanten Endlagers bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen?

Das ist eine Frage, die, glaube ich, aus Ihrer Feder stammt. Wenn Sie sich nicht vorgestellt haben, dass man damit auch Herrn von Bernstorff konfrontieren kann, ist das Ihr Problem. Aber die Frage deckt 100 Prozent das ab, was ich gefragt habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, Sie kennen das Prinzip von Ausgleichsmaßnahmen nicht. Vielleicht sollte man das hier mal erklären. Das hat mit solchen Geldern überhaupt nichts zu tun.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Naturschutzgesetz!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann können Sie, Frau Kotting-Uhl, das vielleicht gleich im Rahmen Ihrer Fragen machen. - Jetzt ist zunächst das Fragerecht bei der Unionsfraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, ich habe eine Frage an Sie gerichtet, nämlich dass sich das über die 30 Jahre auf knapp

1 Million Euro summiert. Und die Antwort sind Sie mir noch schuldig.

(Ute Vogt (SPD): Kannst du nicht rechnen? Also ehrlich!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Was soll ich Ihnen jetzt darauf antworten? Sie haben das jetzt irgendwie ausgerechnet. 30 000 mal 30 Jahre sind - - Ja, okay.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das ist so. Aber ich habe ja dafür auch einen Schaden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wieso das denn?)

Sie müssen auch immer noch sehen: Ich habe ja zum Beispiel eine Durchforstung gemacht. Ich habe diese 600 Hektar Waldbrandflächen durchforstet - die erste Durchforstung, also nördlich der Bundesstraße. Und das bringt - - Gut - das gebe ich zu -, das war früher schwieriger. Jetzt ist die Nachfrage nach Holz höher. Aber mit dem Wald kann ich wirklich echt Geld verdienen, und zwar wesentlich mehr als diese 30 000. Und das heißt: Wenn ich darauf verzichte, das 30 Jahre zu nutzen, dann muss das - aber hallo! - entschädigt werden. Das ist doch wohl klar. Ich meine, ich bin doch kein Idiot.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ein Wald entwickelt sich doch nicht in 30 Jahren!)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Um hier noch mal auf den Anwurf von Frau Kotting-Uhl zu sprechen zu kommen:

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einwurf, nicht Anwurf!)

Es geht ja darum, dass hier ein Ausgleich für einen Eingriff, der vorgenommen wurde, gemacht wird.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Richtig.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So. Und jetzt stelle ich Ihnen mal die konkrete Frage: Musste dieser Ausgleich bei Ihnen auf Ihrem Grundstück erfolgen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Der Ausgleich ist ja nicht von mir vorgeschlagen, sondern der ist vom - - Da können Sie Herrn Professor Wilkens fragen. Der hat ein großes Netz von Ausgleichsmaßnahmen sozusagen vorgeschlagen. Und das ist ja bei anderen noch - - Der Unterschied ist nur: Die Landwirte in Prezelle haben ihr Land verkauft für diese Ausgleichsmaßnahmen. Ich habe das nicht gemacht, weil ich, wie gesagt, nicht - - nur wirklich äußerst ungerne Land verkaufe. Und diese Ausgleichsmaßnahmen sind eben für die Schäden, die die vorhandene Salzhalde - die ist ja da; die kann ich ja nicht wegzaubern - in der Umgebung anrichtet. Dafür werden diese Ausgleichsmaßnahmen gemacht. Und dafür werden dann die Grundstückseigentümer entschädigt. Da habe ich echt nichts zu verbergen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Aber noch mal: Sie waren doch nicht gezwungen, das bei sich auf dem Gelände zu machen, auf Ihrem Eigentum. Die Ausgleichsmaßnahme hätte auch woanders stattfinden können, naturschutzrechtlich.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Selbstverständlich war ich nicht gezwungen. Aber ich habe gesagt: Die finden sowieso statt. Und wenn das aus Naturschutzgründen - - und wenn ich das mit meinen Besitzinteressen vereinbaren kann, dann mache ich das mit. - Damit habe ich ja überhaupt nicht Gorleben zugestimmt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es handelt sich ja um den Ausgleich für einen Eingriff, der entstanden ist, weil man das Endlagerprojekt Gorleben erkundet. Und Sie geben zu, Sie hätten den Vertrag gar nicht schließen müssen.

(Kirsten Lüthmann (SPD): Warum hätte er das denn nicht tun sollen?)

Das heißt ja: Diese 1 Million Euro, die hätte gar nicht bei Ihnen landen müssen, sondern auch woanders.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Die ist ja auch woanders - - Die ist ja verteilt worden auf die ganze Region.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die konkreten Ausgleichsmaßnahmen, über die wir jetzt sprechen, für die Sie 30 000 Euro im

Jahr ungefähr bekommen, die sind doch bei Ihnen auf dem Gelände.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Aber bei den anderen doch genauso. Die haben ja mindestens eine Fläche von - - Ich weiß nicht, was. Ich glaube, 1 000 Hektar noch, also außerhalb dieses Bereiches der Salzhalde, haben die Betreiber gekauft, um da Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen. Das ist halt ein sehr umfangreiches Programm.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Die anderen sitzen heute halt nicht hier. Deshalb frage ich Sie.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja. Wie gesagt, das - -

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr von Bernstorff, kommen wir noch mal auf die Frage der Enteignung der Salzrechte zu sprechen. Wenn ich mir jetzt mal vorstelle, das wäre gemacht worden: Was hätte das denn für konkrete Auswirkungen auf Ihren landwirtschaftlichen bzw. forstwirtschaftlichen Betrieb, auf Ihr Jagdrecht gehabt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, die Frage ist mir ja auch schon mal gestellt worden. Ich kann dazu nur sagen: Da das Vertrauen nicht da ist, dass es sich hier nur um eine Erkundung handelt, sondern da alles dafür spricht, wenigstens bisher, dass hier ein Endlager gebaut werden soll - - Dann hat das aber erhebliche Auswirkungen. Und ich meine, auch das, was bisher gelaufen ist, hat für mich natürlich auch sowieso - - Ich meine, wenn ich bedenke, wie viel Lebenszeit ich dafür geopfert habe, um mich diesem Problem zu widmen. Also, dafür sind die 30 000, ehrlich gesagt - - Mit dem, was ich sonst hätte machen können - - fallen nicht ins Gewicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Nur - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Und das werden Sie doch wahrscheinlich auch so sehen: Wenn sich alles auf diesen Standort konzentriert - das Zwischenlager, die Pilotkonditionierungsanlage, mit der man die Brennelemente konditionieren will - und dann da in dem Salzstock erkundet wird, dann bedarf es einer erheblichen, großen

Anstrengung, sozusagen diese Festlegung wieder aufzubrechen. Und darum geht es ja letzten Endes, dass hier ein vernünftiger Weg für die Zukunft gefunden wird.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Mich interessiert natürlich auch: Was wären denn die Belastungen, die da auf Sie zukämen, würde da enteignet? Und deshalb meine Frage: Was für Auswirkungen hätte das gehabt? Die Frage haben Sie jetzt so nicht direkt beantwortet. Ich frage vielleicht mal etwas anders. Könnten Sie weiter Forstwirtschaft auf Ihrem Grund und Boden betreiben, wenn die Salzrechte enteignet wären?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Aber selbstverständlich könnte ich das. Warum auch nicht?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das Jagdrecht könnten Sie dort auch ausüben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich könnte sicher über dem Boden alles machen, was ich sonst auch darf. Aber es geht ja eher auch um eine ethische Frage. Es geht darum: Kann ich das verantworten, dass auf meinem Grund und Boden - und, wie gesagt, ich verfolge diese ganze Gorleben-Angelegenheit seit 34 Jahren - etwas passiert, was unendlich viele Generationen aufs Schlimmste betreffen kann? Und da, finde ich, müsste mein Verhalten - das möchte ich noch mal begründen -, mit meinem Besitz zu hinterfragen: „Ist das, was hier passiert, im öffentlichen Interesse?“, eigentlich für Sie auch verständlich sein.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich kann es verstehen. Nur, es ist halt widersprüchlich. Sie lassen zu, dass man eben Ausgleich für Eingriffe, die man vornimmt, um ein Endlager zu erkunden, bei Ihnen vornimmt. Das heißt, damit machen Sie Geld hier. Und auf der anderen Seite stellen Sie sich hin und sagen: Ich tue hier alles, um das Projekt zu verhindern. - Das passt aus meiner Sicht - Entschuldigung, wenn ich das so sage - nicht zusammen.

Aber noch eine Frage: Die Salzrechte - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Sie meinen, bei meiner Haltung sollte ich auch für Schäden, die mir zugefügt werden - mit Schäden meine ich in dem Fall eben,

dass ich Teile, die ich sonst wirtschaftlich nutzen kann, nicht mehr nutzen kann -, keinen Anspruch darauf haben, mir das entschädigen zu lassen?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also, die Fragen stelle ich. Aber ich antworte trotzdem gerne auf diese Frage. Ich sage Ihnen: Niemand hat Sie gezwungen, diese Verträge abzuschließen, mit denen letztlich das Projekt Gorleben natürlich vorangetrieben wird.

(Ute Vogt (SPD): Hey!)

Aber noch eine letzte Frage von meiner Seite: Die Salzrechte - das war ja eine Besonderheit auch in Niedersachsen - mussten ja neu beantragt werden im Grunde genommen. Das ist Ihnen wahrscheinlich bekannt.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wann haben Sie diese Salzrechte denn für Ihren Grund und Boden beantragt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, die mussten ja nicht beantragt werden, sondern man musste sie - - Die waren ja da. Aber sie mussten eingetragen werden noch mal ins Grundbuch. Und das habe ich - - Ich glaube, das habe ich 1977 oder 78 - - Auf jeden Fall, da gab es einen bestimmten Zeitraum, in dem musste man die Eintragung beantragen. Und den habe ich natürlich genutzt. Das hätten Sie auch gemacht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Haben das Ihre Nachbarn auch gemacht? Wissen Sie das?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das haben die auch gemacht, ja. Also, einige haben es nicht gemacht, aber jetzt aus Unwissen. Aber es hat natürlich jeder - - Die einen haben es gemacht, um ihre Rechte zu wahren. Die anderen haben gesagt, um sie möglicherweise mal verkaufen zu können.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Graf von Bernstorff, ich darf mal weitermachen. Ich habe eins nicht verstanden. Da gestatten Sie mir noch eine Nachfrage. Sie haben das vorhin zu den Waldbränden erzählt und dass zur Beseitigung der Schäden durch die Waldbrände - jedenfalls habe ich das so verstanden - Sie dort dann diese Aus-

gleichsmaßnahmen haben geschehen lassen, will ich das mal neutral formulieren. Wer hatte denn die Waldbrände verursacht? Gibt es da - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, da fragen Sie mich lieber nicht; denn da könnte ich - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Aber ich meine, wenn man entschädigt wird - - So habe ich das verstanden. So kenne ich das. Wenn man entschädigt wird, dann muss es einen Verursacher geben. Sonst muss man ja nicht entschädigen. Das heißt - ich habe jetzt das bei Ihnen so herausgehört; gestatten Sie, dass ich das so formuliere -, dass aufgrund der Maßnahmen in Gorleben und der Aktivitäten dort es zu Waldbränden gekommen ist und Sie deshalb entschädigt werden mussten. Oder habe ich das falsch verstanden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Die Waldbrände waren ja 1975, also zwei Jahre vor der Benennung von Gorleben als NEZ. Und eindeutig liegt eine Brandstiftung vor. Ich meine, ich kann natürlich - - Es gibt keine Beweise, wer es gewesen ist. Aber was einem natürlich sehr mulmig vorkommt, ist, dass an drei Standorten, die zur Diskussion standen, diese Brände stattgefunden haben. Aber, wie gesagt - -

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Gut. Aber ich habe das richtig verstanden: Es gibt keine nachgewiesene Verursachung?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, es war Brandstiftung. Das ist nachgewiesen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Es war Brandstiftung. Aber die konnte nicht irgendwelchen Gorleben-Befürwortern zugeordnet werden. Es war Brandstiftung. Aber der Täter ist nicht ermittelt worden. Darf ich das so formulieren?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Der Täter ist nicht gefunden worden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das heißt also, ein Entschädigungsanspruch gegen einen Täter konnte für Sie dabei nicht realisiert werden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein. Das ist ja - - So ein Waldbrand ist natürlich - - Man ist ja versichert, aber nur sehr mäßig.

Und was jetzt diese Ausgleichsmaßnahme betrifft: Da muss man sich vorstellen, das war ja nach - - Wir haben diese Flächen 77/78 wieder aufgeforstet, nach dem Waldbrand von 75. Und als das zur Diskussion stand mit diesen Ausgleichsmaßnahmen, da war das eben schon richtig intakter Wald. Das war schon - - Das waren Kiefernbestände, die wieder abgeholzt wurden. Und das ist natürlich ein Verlust, den ich aber halt in Kauf genommen habe dafür, dass ich auch der Meinung war: Das ist eine gute Maßnahme für den Naturschutz.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Pardon. Darf ich vom Zeitablauf noch mal nachhaken? Sie haben also 95/96 diese abgebrannten Bestände dann auch weggeräumt, abgeholzt, und dann wieder aufgeforstet?

(Kirsten Lühmann (SPD): Nein!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Und wann haben Sie die - - So habe ich Sie gerade verstanden.

(Ute Vogt (SPD): Zuhören!)

Nach dem Waldbrand ist - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Der Waldbrand war ja 1975. Und dann haben wir relativ kurz - - Ich glaube, bis 1979 haben wir diese ganze Fläche - bis auf die eine Fläche, die ich der Bürgerinitiative verpachtet habe; die hat aber auch mit einem großen Einsatz da Aufforstungsarbeiten gemacht - als Betrieb aufgeforstet. Und davon, von diesen etwa 600 Hektar, sind 150 Hektar für diese Naturschutzmaßnahme wieder abgeholzt worden. Und dafür bin ich entschädigt worden.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Danke sehr erst mal.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann würden wir jetzt noch zentraler zum Untersuchungsgegenstand kommen. Ich bitte die SPD um ihre Fragen.

Kirsten Lühmann (SPD): Na ja, vielleicht möchten wir auch bei dem Thema bleiben, wo es doch so schön aufgemacht wurde. Aber zuerst möchte ich noch mal etwas klarstellen. Ich habe das Gefühl, dass hier hin und wieder Unklarheit über einige Dinge herrscht. Herr Pols hat gesagt, dass Ihre Feldwege ausgebaut wurden. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wurden die nicht ausgebaut, sondern sie wurden durch die Arbeiten beschädigt, und hinterher wurden sie wiederhergestellt. Das heißt, sie wurden in den Zustand gebracht, wie sie vor den Arbeiten waren. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, da sind ein paar Wege nicht richtig befestigt. Aber da ist so ein Schotter draufgekommen - aber auch deswegen, weil die Wege ja ständig weiter benutzt wurden, und die Betreiber wollten natürlich jetzt nicht jedes Jahr da irgendwie die Wege wieder neu machen. Aber Ausbau ist auch - - Also, das ist so ein Mittelding zwischen - - Also, wenn die Wege fest sein sollen, dann macht man ja im Wald - - dann werden die mit Ziegelschotter etwas befestigt, sodass sie dann nicht laufend unterhalten werden müssen.

Kirsten Lühmann (SPD): Okay. Danke schön. - Dann möchte ich noch mal darauf kommen, ob Sie denn nun verpflichtet waren, da in irgendeiner Art und Weise mitzuwirken, und dass Ihnen keine Schäden entstanden sind. Wenn ich das richtig verstanden habe - auch das Gespräch, aus dem wir zitiert haben -, war Ihre Situation so, dass Ihnen ein Angebot gemacht wurde von erheblicher Höhe. Sie sagen, Sie wissen nicht mehr genau, wie es war. Aus dem Schreiben wurden 12 Millionen D-Mark genannt. Ich habe auch gehört, dass dieses Angebot noch mal erhöht wurde. Ihnen wurden also 12 Millionen D-Mark angeboten für Rechte. Wenn Sie die abgetreten hätten, dann wäre Ihr aktueller Betrieb in keinsten Weise behindert worden oder so was. Das heißt: Sie hätten die 12 Millionen Euro [sic!] eigentlich on top gehabt.

Als Alternative wurde Ihnen gesagt: Wenn Sie auf dieses Angebot nicht eingehen, dann enteignen wir dich, und du kriegst nicht die 12 Millionen, sondern du kriegst deutlich weniger. - Und trotzdem haben Sie dieses Angebot ausgeschlagen. Ist das so richtig? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, so ist es gewesen. Man hat mir natürlich jetzt nicht gesagt: Wenn Sie das jetzt ausschlagen, dann werden Sie enteignet. - So ungeschickt ist die andere Seite auch nicht. Aber das war ja nun bekannt, dass zumindest dieses Damoklesschwert da über mir hing. Und es ist auf jeden Fall so: Wenn ich das realisiert hätte, hätte ich 12 Millionen DM mehr gehabt als vorher, wie Sie sagen: on top.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich möchte noch mal auf die Situation kommen, als diese Angebote gemacht wurden. Ich habe hier einen Artikel aus dem *Spiegel* vom 17.07.1978. Und ich möchte Ihnen einen Teil vorlesen und fragen, ob aus Ihrer Erinnerung das aus dem *Spiegel* richtig wiedergegeben ist oder ob das nicht stimmt. Ich zitiere aus diesem Artikel:

Daß die DWK lange vor Abschluß der mannigfaltigen Prüfungen des Projekts bei Gorleben schon mal vollendete Tatsachen schaffen wollte, ergibt sich unschwer aus den Methoden, mit denen sie die Grundstückseigentümer, überwiegend schlichte Bauern, im Handstreich gefügig zu machen versuchte - Methoden, die sogar der niedersächsische CDU-Vorsitzende und Bundesratsminister Wilfried Hasselmann als „spätkapitalistisch“ bezeichnete.

Graf Bernstorff ist sich sicher, daß die Eigentümer „unter einem sagenhaften Druck“ gestanden hätten. In der Gemeinde Trebel weiß Bürgermeister Fritz Kraack, daß viele sich „erpreßt gefühlt“ haben, und eine „Bürgerinitiative Lebensschutz“ in Uelzen spricht davon, die gleichwohl abgeschlossenen Verträge seien nur „unter massiver psychischer Gewaltanwendung“ zustande gekommen.

Dann wird erläutert, dass man also sechs Wochen Zeit hatte, um sich zu entscheiden, und dass das, was angeboten wurde, wesentlich höher war als der Verkehrswert. Hier wird geschrieben: „Verkehrswert von 45 Pfennig“. Dazu gab es „einen Standortzuschlag von 65 Pfennig plus einen ... Interessenzuschlag von ... drei Mark ...“. Das heißt, wir kommen da etwa auf 800 Prozent des Verkehrswertes.

(Dem Zeugen werden Unterlagen
vorgelegt)

Dann:

Zunächst streute die Gesellschaft auf der Hannover-Messe Ende April, also vor Ablauf der Frist des Kaufangebotes, den Hinweis aus, sie werde nach Ablauf der Frist unverzüglich Enteignungsverfahren gegen alle Eigentümer einleiten, die das Angebot nicht akzeptiert hätten, und das hieß für die Bauern auf deutsch: entweder jetzt zu 4,10 Mark zu verkaufen oder später mit 45 Pfennig enteignet zu werden.

Entspricht das der Stimmung, die Sie wahrgenommen haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, das war so, dass wir ja kurz nach der Benennung des Standorts Gorleben einen Verein ins Leben gerufen haben, und zwar einem Umweltschutzverein, der sich aber nur zusammensetzte aus Landwirten im Wesentlichen und mir, die Flächen in diesem 12-Quadratkilometer-Bereich hatten. Und unsere Maxime war: Wir versuchen alles, was wir können, zu verhindern, dass dieses NEZ hier entsteht. Und dann kam eben dieses Angebot von der DWK mit dieser versteckten Drohung: Wenn man jetzt nicht einsteigt, dann muss man eben in Kauf nehmen, dass man enteignet wird zu einem Minipreis. - Und das hat natürlich eine furchtbare Stimmung bei uns ergeben. Die einen haben das - - Oder die meisten sind dann da auch irgendwie eingestiegen. Aber man wusste das nicht genau. Und dann war das eben - -

Da gab es ja diese berühmte Geschichte, dass die Bürgerinitiative versucht hat, da eine Fläche von einem Landwirt zu kaufen, auch zu dem von der DWK angebotenen Preis. Und dann wurde der Bauer, der in diesem Konflikt stand - - Der war sicher auch in einer ganz schwierigen Situation. Der hat dann eben doch das Verkaufsangebot der DWK wahrgenommen. Es war einfach eine ganz schwierige, schlechte Stimmung zwischen, sagen wir mal, denen, die diese Angebote angenommen haben und verkauft haben, und denen, die der Meinung waren, da - - Also, das ist ja bekannt, dass wir jetzt Jahrzehnte darunter leiden, dass die Bevölkerung gespalten ist in Pro und Kontra. Und ich denke mal, wenn das Ganze anders angegangen worden wäre, hätte das verhindert

werden können. - Ich weiß nicht, ob ich jetzt Ihre Frage - -

Kirsten Lühmann (SPD): Es wurde ja vorhin gesagt, dass die Bauern oder die Landbesitzenden sich ja freiwillig entscheiden konnten, ob sie verkaufen oder nicht. Wenn das tatsächlich so ist, wie Sie es auch schildern, dass man die Alternative hatte - 4,10 Mark oder 45 Pfennig -, aus Überzeugung: Waren die Landbesitzenden der Meinung, dass sie da eine Wahl haben, eine Freiwilligkeit haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich denke mal, letzten Endes muss jeder das vor seinem Gewissen verantworten können. Und ich finde, es ist ja nicht so, dass denen in der Form gedroht wurde - ich weiß nicht was -: „Wir bringen euch um“, oder sonst was. Also, das hat ja alles - ich bin ja ein überzeugter Demokrat - in einem Rechtsraum stattgefunden, der - - Ich finde nur: Man kann sich nicht wundern, dass diese Methode zu diesem enormen Unfrieden geführt hat. Und das habe ich auch in meinem Eingangsstatement gesagt, dass das ganz - - Also, diese Frage Entsorgung ist einfach unglaublich schiefgelaufen und hätte einfach ganz anders angegangen werden müssen, damit man die Menschen vor Ort mitnimmt. Und die Chance, das jetzt auf einen neuen Weg zu bringen, die sehe ich ja gegeben. Aber die hat man damals eben nicht erkannt. Und das hat zu diesem Dilemma geführt.

Ute Vogt (SPD): Ich würde gern noch mal auf die ursprüngliche Standortentscheidung zurückkommen. Es gibt ja eine Studie von Herrn Tiggemann. Für das Protokoll: MAT A 93; ich zitiere von Seite 24. Da nimmt Herr Tiggemann Bezug auf ein Zeitzeugengespräch mit Ministerialrat Stuhr. Ich zitiere jetzt:

Im Zeitzeugengespräch ... erwähnte Stuhr ..., dass ihm die Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg wegen der mit dem NEZ verbundenen Chancen „unablässig im Genick“ saßen. Kurt-Dieter Grill bezeichnete der Beamte im Nachhinein als „nachdrücklichen Befürworter der gesamten Anlage“.

Können Sie so eine Einschätzung von Herrn Stuhr bestätigen, dass es dort auch

Kräfte gab, die sehr für das NEZ im Landkreis geworben haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Das kann ich natürlich nur bestätigen. Die Stimmung in der Kommunalpolitik war eben damals sehr für dieses NEZ. Und es wurden auch wirklich alle möglichen Versuche unternommen, da Einfluss zu nehmen und die Menschen dazu zu bringen, dass sie da irgendwie mitmachen. Das habe ich ja auch gesagt, dass das auch die Stimmung in der Gorleben-Kommission war. Also, man hatte damals immer den Eindruck, das soll hier irgendwie durchgesetzt werden. Und Gegenargumente - daran merkt man das ja immer - waren auch gar nicht erwünscht. Und ich finde, das ist eben schon schlimm, wenn so eine Stimmung entsteht, dass man die Leute, die einem Projekt und dem Vorgehen gegenüber kritisch sind, so halbwegs zu Staatsfeinden abstempelt. Und das ist so ein Gefühl, das mir auch sehr oft gegeben wurde.

Ute Vogt (SPD): Erinnern Sie sich in dem Zusammenhang an Klaus Poggendorf, der damals von 78 bis 96 Oberkreisdirektor war und später Landrat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Natürlich erinnere ich mich an Herrn Poggendorf. Mit dem habe ich ja auch viel zu tun gehabt. Und ich würde sagen, seine Bewertung der Sache war so - er wird ja heute Nachmittag hier noch auftreten -, dass er sich auf jeden Fall - ich glaube, dazu steht er immer noch - vehement für das NEZ, dann später aber vor allem auch für die ganzen Gorleben-Anlagen eingesetzt hat und auch als Oberkreisdirektor da natürlich erheblichen Einfluss ausgeübt hat.

Diese Geschichte damals mit diesem Spielplatz in Abteilung 240, was ich an die Bürgerinitiative verpachtet hatte: Was das für einen Aufwand verursacht hat und wie also mit allen Mitteln versucht wurde, das zu verhindern, weil man da eben die ganz große Gefahr für den Staat sah, und die Leichtigkeit, mit der dann das Zwischenlager über die Bühne ging, das wird einem doch sehr auffallen, wenn man sich mal die alten Akten zu Gemüte führt.

Ute Vogt (SPD): Das können wir ja dann später auch noch mal nachfragen beim nächsten Zeugen. - Ich habe noch mal eine Frage zu einem Komplex, der das Thema

Transparenz auch der Erkundungsvorgänge betrifft. Und zwar gab es am 08.06.1979 - für das Protokoll: MAT E 6, Band 3, Paginierung 339340 - ein Gespräch - Sie erhalten die Gesprächsnotiz -, wo Sie und Rechtsanwalt Müller-Kemler und Professor Grimmel und Herr Wosnik und Herr Rösel offenbar zusammensaßen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Es gibt dann einen Gesprächsvermerk, der sich vor allem bezieht auf die Aussagen von Herrn Grimmel, der da sagt:

Gorleben wurde der PTB und dem Bund ... „untergeschoben“ - es besteht kein Zweifel, daß die Salzstöcke Wahn, Lichtenhorst und Lutterloh besser geeignet sind.

Er weist noch mal darauf hin: „In den Bohrungen wurde Salzwasser angetroffen!“, und beschreibt ähnliche Bedenken noch mal und gibt zum Schluss den Eindruck wieder - ich zitiere von der zweiten Seite -:

Grimmel zählt zum Beraterkreis Bernstorffs und unterstützt diesen, NEZ und Endlager in Gorleben zu verhindern.

War das so, dass Sie sich gezielt Wissenschaftler geholt haben, um kritische Bemerkungen, also um da wissenschaftliche Kritik hervorzubringen? Oder war es so, dass es Wissenschaftler gab, die durch Kritik aufgefallen sind und dann eben auch sich weiter engagiert haben? Einfach: Wie kam es dann dazu, dass doch mehrere Wissenschaftler sich geäußert haben? Wie erschienen die auf der Bildfläche? Haben Sie die alle verpflichtet?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, Herr Grimmel hat sich zu dem Salzstock geäußert, ohne dass ich ihn überhaupt kannte. Und ich glaube, er war zwar nicht direkt beauftragt, aber er hat sich eben sehr intensiv als Geologe, als Geomorphologe mit den Fragen beschäftigt. Und natürlich habe ich mit ihm Kontakt gehabt und habe seine Veranstaltung mit angehört. Es hat mich damals natürlich immer beeindruckt, dass nicht alle ins gleiche Horn stoßen. Und Herr Grimmel, dessen Ansichten ja später sehr angefochten wurden, während Herr Duphorn - - Die Erkenntnisse, die Herr Duphorn gewonnen hat, die aus seiner Sicht dann letztendlich auch den Salzstock als

geeignetes Medium für ein Endlager aus-schließen - - Diese Entdeckung von Profes-sor Duphorn konnte nicht widerlegt werden, während Herr Grimmel, von dem ich meine, dass er auch ein sehr seriöser Wissen-schaftler ist, ein bisschen Schwierigkeiten gehabt hat, sich da durchzusetzen.

Aber ich habe Ihre Frage, ob die Wissen-schaftler in meinem Auftrag gearbeitet ha-ben - - Das ist einfach überhaupt nicht der Fall. Darauf wollen Sie ja hinaus, nicht?

Ute Vogt (SPD): So steht es in dem Ver-merk. Im Grunde kann man es aus dem Vermerk lesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nachfragen würden wir in der nächsten Runde machen.

Ute Vogt (SPD): Aber wenn Sie Nein sa-gen, dann ist die Frage ja beantwortet. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht jetzt zunächst an die FDP-Fraktion. Frau Kollegin Brunkhorst, bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr von Bernstorff, ich würde noch mal gerne von Ihnen wissen wollen: Sie haben ja nun Ihr ganzes Leben, zumindest die letzten 34, 35 Jahre, der Sache verschrieben, das End-lager zu verhindern. Und Sie sprechen ja auch immer wieder von einer Verhinderungs-strategie. Wie ist die zu verstehen? Also: Hat es richtig einen Plan gegeben, Schritt A bis Z? Könnten Sie dazu noch mal was sagen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich glaube, dass Sie das so nicht richtig ausdrü-cken. Also, meine Strategie war von Anfang an, meinen Besitz dafür einzusetzen - weil ich etwas andere Rechte habe als jemand, der dort keine Grundstücke hat -, das öffent-liche Interesse oder, sagen wir mal, das Ge-meinwohl - - zu hinterfragen, ob das mit Gorleben gegeben ist. Aber wenn Sie sagen oder meinen, ich hätte so eine klare Strate-gie, Gorleben zu verhindern: Das ist eigent-lich nicht mein Part. Mein Part ist wirklich, die Finger auf die Wunde zu legen und zu sa-gen: Kinder, was macht ihr da?

Angelika Brunkhorst (FDP): Aber Sie haben ja ganz konkret viele Prozesse ge-führt. Können Sie sich noch erinnern, wie viele Prozesse das insgesamt waren? Kön-nen Sie noch mal aufzählen, welche Pro-zeesse das zu Beginn und in der Folge wa-ren?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, bitte nicht. Da überfordern Sie mich jetzt. Es waren auch gar nicht so viele. Also, der Hauptprozess war ja damals gegen den Schacht. Und diese Prozesse führe ich ja gerade deswegen, um herauszubekommen - ich meine, ich habe im Prinzip ja auch Ver-trauen in die Gerichte -: Ist das wirklich ver-antwortbar, was da passiert?

Angelika Brunkhorst (FDP): Aber Sie haben ja nicht obsiegt bei Gericht, soweit ich das gelesen habe. Aber Sie lassen sich da - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich habe mich doch ganz gut hier gehalten.

Angelika Brunkhorst (FDP): Sie haben ja auch im Sommer 78 einen Rechtshilfe-fonds initiiert, gegründet. Von wem sind in diesen Fonds Mittel eingezahlt worden? Von Ihnen selbst auch? Wissen Sie irgendwelche Spender, die dort eingezahlt haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, das ist nicht so, dass ich den gegründet habe, sondern der hat sich einfach gebildet von kritischen Bürgern, die gesagt haben: Es müssen Prozesse geführt werden. Und klar, dass die Prozesse von mir weitgehend ge-führt werden, weil ich eben eine andere Rechtsgrundlage habe. Das ist damit unter-stützt worden. Aber es ist auch nicht so, dass ich diese Rechtshilfe gegründet habe, son-dern die hat sich von alleine gebildet, weil - das muss man auch wirklich sagen - das ein enormer Einsatz von vielen Bürgern ist, die sich einfach in dieser Sache engagieren und wo man auch wirklich das Gefühl hat, man steht da zusammen. Und da gibt es auch keinen Streit mehr, wer sich da welche Ver-dienste zuzuschreiben hat, sondern da ist eine ganz große Solidarität.

Angelika Brunkhorst (FDP): Waren denn diese Prozesse finanziell sehr aufwen-dig? Oder hielt sich das im Rahmen? Haben Sie selbst auch dann sozusagen diese Pro-

zesse aus dem Rechtshilfefonds beglichen bekommen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, ich habe natürlich den Rechtshilfefonds auch finanziell mit unterstützt. Aber letzten Endes werden die Prozesse über den Rechtshilfefonds finanziert. Und daran sind halt viele beteiligt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte noch mal auf die Gründung des Unternehmens Salinas GmbH zu sprechen kommen. Sie haben ja das Ganze dahin gehend unterstützt, dass Sie dort Flächen verpachtet haben. Und Sie haben es in diesem Aufsatz oder Buch „ÜberMacht & Phantasie“ so kommentiert auf Seite 86 - ich zitiere jetzt wörtlich -:

Das ist ein wenig, würde ich sagen, ein Teil meiner Verhinderungsstrategie, weil dieser Teil muss mit erkundet werden, wenn man sagen will, man hat eine seriöse Erkundung durchgeführt.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Können Sie noch mal wiederholen? Das habe ich eben nicht verstanden.

Angelika Brunkhorst (FDP): Den ganzen Satz?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, den letzten Teil von dem Satz.

Angelika Brunkhorst (FDP):

... ein Teil meiner Verhinderungsstrategie, weil dieser Teil muss mit erkundet werden, wenn man sagen will, man hat eine seriöse Erkundung durchgeführt.

Also die These, dass Sie sagen: Der südliche Teil muss mit erkundet werden; nur dann kann man eine seriöse Aussage machen.

Dann möchte ich Sie konfrontieren: Es ist ja so gewesen, dass das Verwaltungsgericht Lüneburg ja nun dazu gesagt hat - - Ich zitiere auch hier wiederum. Die Quelle ist ziemlich lang. Ich sage jetzt einfach mal: Es wird hier noch mal aus der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* vom 10.02.05 zitiert. Darin soll das Verwaltungsgericht dermaßen zitiert worden sein - ich zitiere jetzt sozusagen in zweiter Linie -:

Denn sollten die Erkundungen im nordöstlichen Teil des Salzstockes ergeben, dass dort für die Atommüll-Lagerung ausreichend Salzpartien vorhanden seien, wäre eine weitere Erkundung im südwestlichen Teil gar nicht mehr erforderlich.

Das ist die Haltung des Verwaltungsgerichts in Lüneburg gewesen. Und diese Entscheidung haben Sie ja akzeptieren müssen. Ich meine, damit stellt sich natürlich auch die weitere Frage. Es hätte ja die Möglichkeit gegeben, zu enteignen. Ist das für Sie mit einer Begründung, dass es vielleicht doch nicht notwendig war, dass man nicht enteignet hat? Haben Sie sich nicht gewundert, dass man Sie nicht enteignet hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das ist ja gut, dass Sie das bemerken. Das ist ja etwas, worüber man mal nachdenken muss. Was ist da eigentlich abgelaufen? Erst mal hieß es nämlich, man muss den Salzstock insgesamt untersuchen. Und dann kam plötzlich die ganz entgegengesetzte Aussage: Das reicht ja völlig. - Das hat ja damals auch Frau Merkel gesagt: Wir brauchen den Bernstorff'schen Teil gar nicht; wir machen das im nordöstlichen Teil. - Das widerspricht ja allen ernsthaften geologischen Aussagen. Zwar haben das einige Wissenschaftler dann auch sozusagen nachgeplappert. Aber der Salzstock muss als Ganzes untersucht werden, wenn man eine Aussage zur Eignung des Salzstocks machen will.

Ich weiß nicht, ob Ihre Frage jetzt dahin geht, dass Sie wissen wollen, warum ich dann den südwestlichen Teil nicht zur Verfügung gestellt habe. Oder?

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein, das ist nicht meine Frage, sondern die Überlegung dabei ist: Es hat ja den Vorwurf gegeben, das Konzept wäre zunächst mal so gewesen, dass man den Salzstock in Gänze hätte untersuchen wollen. Aber es hat im energiepolitischen Umfeld ja auch Veränderungen gegeben. Man wollte ja zunächst dort auch ein nationales Entsorgungszentrum bauen. Davon ist man ja dann irgendwann auch abgegangen. Also, die Frage, dass man sagt: „Okay, der nordöstliche Teil ist eventuell auch ausreichend“, hat auch mit einer, sagen wir mal, ganz anderen Anforderungslage dann zu tun, dass eben die Abfallmengen gar nicht in diesem Umfang, wie

man sie ursprünglich erwartet hat, mehr angefallen wären oder anfallen werden. Insofern haben uns auch einige der Sachverständigen und der Zeugen gesagt, dass man natürlich zunächst den nordöstlichen Teil untersucht und dass durchaus dabei auch herauskommen kann, dass er so mächtig ist, dass er alleine ausreichen könne; nur wenn dann irgendwo erkennbar ist, dass er nicht mächtig genug ist oder nicht geeignet ist, dass sich dann natürlich eine neue Fragestellung stellt. Aber wie konkret war denn die Bedrohung oder die Bedrohungslage jetzt ganz persönlich, emotional für Sie, dass Sie gesagt haben: „Vielleicht enteignen die mich tatsächlich“?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Natürlich musste ich damit rechnen, dass das passieren kann. Und deswegen habe ich mich natürlich auch dagegen gewehrt. Aber was Sie mit dem Volumen sagen: Man muss ja auf der anderen Seite sehen, dass dieser hochaktive Müll 99 Prozent der Radioaktivität enthält und dass - - Also, nach allem, was ich weiß, ist einfach nicht - - Man muss den gesamten Salzstock untersuchen. Und das waren übrigens Erkenntnisse, die man auch schon vor der Benennung von Gorleben gehabt hat. Da ging es ja um diese Lenzener Geschichte. Der Salzstock hat ja bekanntlich eine Ausdehnung durch die Elbe hindurch über diesen Rudower und Rambower See bei Lenzen. Und da wurde plötzlich behauptet, der Salzstock geht ja nur - - Es gibt nur noch so einen ganz kleinen Stummel, und die Explosion, die es in Lenzen gegeben hat, hat gar nichts mit dem Gorlebener Salzstock zu tun. Und ich glaube, alle ernsthaften Geologen und Wissenschaftler haben immer gesagt, man muss den gesamten Salzstock untersuchen. Und alleine die Tatsache, dass es diese Gasexplosion in dem gleichen Salzstock gegeben hat, der also zu dem Gorlebener Salzstock gehört, wäre nach vielen Aussagen eigentlich schon ein Ausschlusskriterium für den Gorlebener Salzstock gewesen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut. - Meine Fragezeit ist vorbei. Aber ich werde da noch mal anknüpfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Genau; denn das Frage-recht geht jetzt zunächst an die Linken. Bitte schön, Frau Kollegin Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Dann mache ich genau an der Stelle noch mal weiter. Die niedersächsische Landesregierung hat es ja lange so dargestellt, als ob nur ein ganz kleiner Stummel dieses Salzstockes noch in DDR-Gebiet hineinreichen würde und das alles gar keinen Bezug zu der Bohrung von Lenzen hatte. War das Auffassung von Ihnen, von den Menschen vor Ort? Und wann ist Ihnen zur Kenntnis geworden, dass vielleicht die Landesregierung auch ihre Auffassung verändert hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Dass der Salzstock unter der Elbe zu diesem - - also etwa mindestens noch mal 6, 7 Kilometer länger ist, das war eigentlich sehr früh bekannt. Ich glaube, schon 1981/82 war das ja auch öffentlich. Also das wusste man sowieso.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Aber warum jetzt da plötzlich behauptet wird, da gibt es nur diesen 1-Kilometer-Stummel, das ist - - Ja, jetzt kann man das hier sehen. Ich weiß nicht, wer das veröffentlicht hat - aber 29.10.1977. Da sieht man also den Salzstock tatsächlich nur ein ganz kleines Stück über die Elbe gehen. Und das entspricht überhaupt nicht den Tatsachen. Das heißt also: Da wurde offensichtlich auch manipuliert, damit man einen Grund hatte, den Gorlebener Salzstock sozusagen als Endlager oder als eignungshöflich zu akzeptieren. Und das ist aber - - Ja, das ist dann eine Zeit lang gar nicht diskutiert worden.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, danke. - Für das Protokoll reiche ich nach: Das ist MAT A 138, Band 29, PTB-Akte, und dann Karte der PTB vom 27.10.77, Akte aus dem Bundeskanzleramt. Das hatten wir dem Zeugen übermittelt.

Sie sind vorhin ausgiebig befragt worden über die Frage Entschädigung usw. Habe ich Sie bei Ihren Einleitungen richtig verstanden, dass Ihr Grundeigentum nicht von Ihnen erworben wurde, sondern seit vielen Jahrhunderten im Familienbesitz ist und folglich auch als, ich sage mal, Durchlaufposten für Sie begriffen wird und von daher nicht nur eine Einschränkung Ihrer persönlichen Nutzung jetzt maßgeblich ist für Entscheidungen, sondern auch mögliche zukünftige Gefahren? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich denke ja. Also, rein rechtlich bin ich natürlich nicht an dieses Familienstatut gebunden. Es gibt ja Familienstiftungen; da wird das auch rechtlich richtig fixiert. Das ist aber nicht so. Im Grunde genommen kann ich also machen, was ich will - also im Rahmen der Gesetze natürlich -, und meine Nachkommen auch. Aber das ist halt eine ganz starke ethische Bindung. Also, ich habe mich da von Anfang an mit diesem Familienstatut immer auseinandergesetzt. Und das wird auch von Generation zu Generation weitervermittelt. Ob das nun so bleibt, weiß ich nicht. Aber ich finde, es zeigt eben, dass man sozusagen für sich, sagen wir mal, die Verpflichtung sieht, dass man für das, was auf dem eigenen Grund und Boden passiert, auch verantwortlich ist, soweit man das beeinflussen kann.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und ich habe Sie des Weiteren richtig verstanden, dass es ursprünglich erst mal den Ansatz gab, das Grundstück käuflich zu erwerben, und dann später den Ansatz gab, die Salzrechte nur zu erwerben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich würde Sie zum einen bitten, mir noch mal zu sagen, wie jeweils die Verhältnisse der Kauf- bzw. Nutzungsentgeltangebote waren und wie hoch die Enteignungs- oder zu erwartenden Enteignungsbeträge gewesen wären, also Entschädigung bei Enteignung.

Und zum Zweiten würde ich Sie bitten: Es haben ja manche Grundeigentümer - vielleicht auch aus ökonomischer Notwendigkeit - für eine gewisse Zeit die Salzrechte übertragen. Nach meinem Kenntnisstand laufen die 2015 aus. Bedeutet das dann, dass die untertägig aufgefahrenen Strecken unter diesen Grundstücken dann nicht mehr genutzt werden dürfen? Oder wie ist das rechtlich? Sie müssen ja die Vertragslage eigentlich kennen, wenn man mit Ihnen über solche Möglichkeiten auch verhandelt hat.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich habe noch nicht so ganz rausgekriegt, was Ihre Fragestellung ist. Wenn Sie Ihre Frage vielleicht noch mal kurz zusammenfassen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Zum einen wollte ich wissen, wie hoch die ange-

botenen Kaufpreise oder dann eine mögliche Entschädigungszahlung bei Grundstückserwerb gewesen wäre, was für Beträge da in Betracht waren, und wie diese Beträge aussahen bei der Frage: nur Erwerb des Salzrechtes bzw. Enteignung des Salzrechtes.

Und zum Zweiten: Nach meinem Kenntnisstand laufen bei anderen Grundeigentümern, die Salzrechte übertragen haben, diese Nutzungsvereinbarungen 2015 aus. Und da Sie ja sicherlich als jemand, mit dem verhandelt wurde, die Verträge kannten: Wie ist das dann ab 2015? Müssen dann die unterirdisch aufgefahrenen Strecken unter diesen übertragenen Salzrechten in der Nutzung aufgegeben werden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, vielleicht zum ersten Teil Ihrer Frage: Wenn man gleich am Anfang verkauft hätte, und zwar die Grundstücke, wo das NEZ geplant war, dann hätte man eben diese 3,50 Mark bekommen. Das galt dann natürlich für die Grundstücke mit den Salzrechten. Und jetzt bei den späteren Verträgen ging es ja um eine Abtretung des Nießbrauchsrechts an den Salzrechten - also nicht an den Grundstücken, sondern an den Salzrechten. Und das ist für diesen Zeitraum von 25 Jahren mit 1 DM pro Quadratmeter vergütet worden. Deswegen muss ich sagen: Im Nachhinein wundert mich das auch, dass ich für meine Salzrechte mehr angeboten bekommen habe, obwohl ich da ja überhaupt gar nicht verhandelt habe. Aber das geht ja aus dem Vermerk von Herrn Hennenhöfer hervor. Bei 12 Millionen wären das ungefähr 2 DM pro Quadratmeter Grundstück.

Und jetzt zu Ihrer weiteren Frage: Soviel ich weiß, können die Salzrechtsinhaber 2015 über ihre Salzrechte wieder verfügen, wobei es so einen Vorbehalt in diesem Nießbrauchsvertrag gibt - das kann ich aber jetzt rechtlich nicht einschätzen -, dass man, wenn man mal diesen Nießbrauchsvertrag abgeschlossen hat, dann auch Nachfolgeverträge - - Die sind nicht genau formuliert, aber dass man zumindest verpflichtet ist, darüber zu verhandeln. Das bedarf noch einer juristischen Klärung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Wunderbar. Das sind auch spannende Fragen, insbesondere für die Zukunft, die wir dann wieder in diesem Ausschuss nicht erörtern, sondern möglicherweise in einem

anderen. - Darüber hinaus geht das Frage-recht jetzt an die Grünen. Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr von Bernstorff, es ist ja vorhin mehrfach versucht worden, eine Verbindung herzustellen zwischen einer Zustimmung zu Gorleben und den Erstattungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf Ihren Grundstücken. Jetzt sieht das Niedersächsische Naturschutzgesetz in allen seinen Fassungen der 90er- und der 2000er-Jahre - da gab es drei Änderungen - aber genau dieses vor - vor allem, dass irgendwelche Eingriffe, die ausgeglichen werden müssen, relativ nahe am Eingriffsort stattfinden werden sollen. Würden Sie mir zustimmen, dass es eigentlich eine staatsbürgerliche Verpflichtung für Grundbesitzer ist, sich dann auch an der Zurverfügungstellung von Ausgleichsflächen zu beteiligen bzw. der Zulassung von Ausgleichsmaßnahmen zuzustimmen, so wie Sie das gemacht haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ob ich das jetzt in jedem Fall befürworten kann, weiß ich nicht. Ob man sich nun als Grundeigentümer verpflichtet fühlen muss, jetzt eine Ausgleichsmaßnahme zu akzeptieren? Wenn ich die nicht vernünftig finden würde, würde ich das wahrscheinlich auch nicht akzeptieren. Aber in dem Fall ist es ja tatsächlich so, dass diese Salzhalde ja auch - das hat man ja auch genau zu erfassen versucht -, dass diese Salzverwehungen ja auch Schäden bedeuten. Und da ich nun gerade mit meinem Wald sozusagen rundherum meine Grundstücke habe, also meinen Wald, muss ich deswegen auch davon ausgehen, dass da Schäden passieren - genauso wie ich meine, dass auch unbedingt untersucht werden muss, welche Auswirkungen die radioaktive Strahlung aus dem Zwischenlager auf das Pflanzenwachstum hat. Aber da passiert leider im Moment gar nichts. Aber insofern denke ich schon - weil die Salzhalde natürlich direkt von meinem Wald umgeben ist -, liegt das sehr auf der Hand.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke. Das war jetzt noch ein wertvoller Hinweis, dem wir im Umweltausschuss ja tatsächlich mal nachgehen können. - Aber mir war es eben nur wichtig, mal zu trennen zwischen nach dem Naturschutzrecht erforderlichen Maßnahmen und mög-

lichen Unterstellungen, dass hier Einverständnis erkaufte werden sollte zur Erkundung in Gorleben. Das haben wir aber, glaube ich, jetzt auch deutlich gemacht.

Ich wollte auch noch mal zur Zustimmung und Verankerung des Erkundungsprojekts in der Bevölkerung zurückkommen. Es gab ja seit Bekanntwerden der Auswahl Gorlebens und dann seit Beginn der obertägigen Erkundung erst mal erheblichen Widerstand auf der einen Seite. Das ist ja auch einer der Gründe, warum wir hier alle in diesem Untersuchungsausschuss sitzen. Und auf der anderen Seite haben Sie in Ihrem Eingangstatement vorhin schon mal anklingen lassen, dass es da durchaus Diskussionen mit Gemeindevertretern gab und dass es da sogar eine vertragliche Vereinbarung gab - den, wie Sie es genannt haben, sogenannten Wohlverhaltensvertrag. Wenn ich das richtig sehe, ist das, glaube ich, mit der Samtgemeinde Gartow abgeschlossen worden. Und ich würde jetzt gerne mehr über diesen Wohlverhaltensvertrag von Ihnen wissen. Das bezieht sich auf den Punkt 22 des Untersuchungsauftrags:

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau, 22!)

Welche Finanzmittel wurden wo, wann und auf welcher Basis in die Region Gorleben transferiert?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Mich wundert es, ehrlich gesagt, dass Sie nicht viel mehr darüber wissen als ich; denn ich habe ja diesen Vertrag nicht abgeschlossen. Aber was ja völlig bekannt ist, ist, dass das eben Zahlungen sind. Da sind einmal Zahlungen geleistet worden für Castortransporte, die schon stattgefunden hatten. Ich glaube, das war irgendwie - - Also, fragen Sie mich bitte nicht nach Zahlen. Da bin ich einfach sehr schlecht. Aber es geht da immer so um einen Millionenbetrag. Und es steht eben jedes Jahr dort mindestens ein Betrag von 800 000 Euro. Aber, wie gesagt, das ist bitte nicht auf die Goldwaage zu legen. Wenigstens für so eine Gemeinde sind das enorme Beträge.

Und was eben in dem Vertrag drinsteht, ist, dass die Gemeinde, also der Zahlungsempfänger, das Zwischenlager in jeder Hinsicht unterstützen muss und dass die Gelder auch nicht weitergegeben werden dürfen an Dritte, die sich sozusagen gegen das Zwischenlager in irgendeiner Weise artikulieren.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Aber ich habe jetzt den genauen Wortlaut nicht da. Aber ich denke mal - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, den haben wir ja auch nicht. Sie haben ja, glaube ich, mitbekommen, dass wir vorhin auch jetzt erst gebeten haben, uns den zu überlassen. Und mit dem werden wir uns sicher noch genauer auseinandersetzen. Aber das war ja schon mal ein Einstieg.

Wenn ich das richtig sehe, hat das ja früh angefangen - wir wissen es aber auch nicht genau -, vielleicht 83/84. Aber ich habe Ihren Worten entnommen, dass der vermutlich jetzt noch läuft. Wir haben zum ersten Mal von dem Vertrag gehört in der Vernehmung der Zeugin Marianne Fritzen, die uns auch darauf hingewiesen hat, dass es heftige Auseinandersetzungen gab und dass eben die Gemeinderatsmitglieder sich dafür eingesetzt haben, weil sie gesagt haben: „Wirtschaftliches Wohlergehen, das bringt uns was für Gorleben“, während Kritiker im Gemeinderat - Sie zum Beispiel - als sehr negativ betrachtet worden sind, als Blockierer der wirtschaftlichen Entwicklung Gorlebens. War das so? Können Sie uns das etwas näher schildern?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich meine, man kann das ja durchaus vertreten, dass die Gemeinde sich entschädigen lässt für die Maßnahmen, die da getroffen werden. Es ist eine große Belastung für die Gemeinde. Das war ja ursprünglich mal der Sinn auch dieser Gorleben-Pauschale. Bloß, diese Klausel, dass das an das Wohlverhalten gebunden ist, ist, finde ich, eben echt ein Hammer. Und ich denke mal, das muss wirklich mal erörtert werden. Ich dachte, das wäre sowieso überall bekannt. Deswegen wundert es mich sehr, dass das echt keiner weiß.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem kommen wir jetzt erst ein bisschen genauer auf die Spur. - Und könnte das auch damit zusammenhängen, wenn man keine entsprechende Bürgerbeteiligung bei Findung des Standorts, nachher bei der Diskussion über die Qualität des Standorts hat, dass das den Verdacht bei vielen Be-

troffenen nahelegt: „Wenn sie die Zustimmung nicht kriegen, dann erkaufen sie die von bestimmten Vertretern mit solchen Leistungen wie dem Wohlverhaltensvertrag“? Kann man das so sehen, dass das viele Leute so empfinden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Das wird von den Kritikern so gesehen. Diejenigen, die da zugestimmt haben, sagen natürlich: Wir tun das für unsere Region. - Und ich meine, wenn ich noch an unseren Altbürgermeister, Herrn Rathje, denke, der hat das so formuliert: Warum dürfen wir uns denn nicht mit verantwortlich fühlen für die Entsorgung der Atomlasten? - So ähnlich. Also, ich denke mal, die Leute, die das akzeptiert haben, sollen dann aber auch dazu stehen, dass das so ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. - Ich mache noch mal darauf aufmerksam, dass wir den Zeugen möglichst wenig nach Einschätzungen fragen wollten. Aber das machen wir ja dann auch nur relativ selten. - Wir sind jetzt am Ende der zweiten Berliner Runde, und das Frage-recht geht jetzt wieder an die Unionsfraktion. Bitte schön, Herr Dr. Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr von Bernstorff, ich möchte noch mal nachhaken bei Ihrer Bekanntschaft mit dem späteren Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller, der ja, wenn ich das so richtig in Erinnerung habe, zumindest den moralisch zweifelhaften Abgang hatte, dass er erst die Genehmigung zur Fusion für ein Unternehmen erteilt und dann in den Vorstand desselben gewechselt ist.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil das auch Gegenstand des Untersuchungsauftrags ist?)

Meine Frage lautet: Sie sprachen davon, dass Sie Herrn Müller über einen Bekannten, der bei Vattenfall arbeitet, kennengelernt haben. Vattenfall ist in Deutschland ja erst seit, wenn ich nicht irre, 2002 aktiv, als sie die HEW übernommen haben. Heißt das, dass Sie ihn erst nach 2002 kennengelernt haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Moment mal! - Nein, das war vorher. Das war mit Sicherheit vorher.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, Ihr Bekannter war also nicht bei Vattenfall, sondern bei der Vorgängerfirma beschäftigt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Genau. Der war bei der - wie hieß sie noch? - die ostdeutschen VEAG, oder?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): VEAG, ja, die gab es. - Die Gespräche, die Sie mit Herrn Müller geführt haben: Wann war das?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Wie gesagt, ich bin auf Ihre Frage überhaupt nicht vorbereitet. Insofern müsste ich jetzt einfach mal in meinen Unterlagen wühlen. Aber das war mit Sicherheit vor 2000. Also, ich meine, das war so um 1998.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Und dabei ging es - habe ich das richtig verstanden? - darum, dass Sie Informationen über Fragen der Kernenergie haben wollten?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das hatte nichts damit zu tun, dass Herr Müller bei der Energiewirtschaft beschäftigt war, ein enger Freund von Gerhard Schröder war?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Vom Bundeskanzler?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So ist es.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nun gut, der Bundeskanzler war ja auch ein Kritiker der Gorleben-Anlagen. Also, da konnte ich ja nun nicht davon ausgehen, dass Herr Müller ein großer Kernenergiefan ist. Das ist er ja wohl auch nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt aber, Sie haben mit ihm auch Gespräche geführt, bevor er Wirtschaftsminister war? Das habe ich jetzt richtig verstanden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also vor Ende 98?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Wann ist er denn Wirtschaftsminister geworden?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ende 98.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, dann war das vorher. Also, als er Wirtschaftsminister war, habe ich ihn nie wieder gesehen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): War er denn zu dem Zeitpunkt noch bei der Energiewirtschaft beschäftigt? Wissen Sie das?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Was war er denn vorher, vor 98?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich meine, der war bei VEBA gewesen. Aber dann gab es eine Zeit, wo er dann als unabhängiger Berater tätig war, bevor er Minister wurde.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, dann war er wohl Berater.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann war er Berater. Aber Sie haben ihn nicht als Berater angestellt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, überhaupt nicht. Ich habe einfach nur mit ihm Gespräche geführt, wie gesagt, wie ich das eigentlich immer gemacht habe. Mit dem Ministerpräsident Schröder habe ich viele Gespräche gehabt. Ich habe mit allen Bundesumweltministern gesprochen. Ich wüsste wirklich kaum jemanden, mit dem ich nicht geredet hätte. Und das ist eben auch meine - - Ich versuche, mir ja ein Bild zu machen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Aber es war nicht so, dass Sie ihn als Berater engagiert haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Oder hat er Geld bekommen von Ihnen jetzt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, um Gottes willen. Weit davon entfernt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Im Vermerk von Herrn Hennenhöfer, über den wir jetzt schon verschiedentlich gesprochen haben, wird ja die Rolle von Herrn Müller in dem Gespräch in einer gewissen Weise dar-

gestellt. Sie sagen, Sie können sich gar nicht daran erinnern, dass Müller überhaupt dabei war. Können Sie sich denn vorstellen, wenn er dabei gewesen war, dass das sich so zuge tragen haben könnte, wie Herr Hennenhöfer das aufgeschrieben hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Sie meinen, dass er dann als mein Berater tätig war?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, das, was Müller da auch so vorgeschlagen hat. Da sind ja bestimmte Vorschläge - Umsatzbeteiligung und sonst was alles - dann angeführt.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Sie meinen, ob ich mir das vorstellen kann, dass Herr Müller das - -

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Kann ich jetzt wirklich nicht - - Dazu kann ich jetzt nichts sagen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. Gut.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist auch nicht die Aufgabe des Zeugen, Vorstellungen zu äußern!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Dafür ist das, ehrlich gesagt, auch zu lange her.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. Gut. - Dann hat, glaube ich, Herr Kollege Pöls noch ein paar Fragen.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Herr von Bernstorff, dann mache ich mal weiter. War Ihr Vater eigentlich mal Bürgermeister in Gartow oder in Gorleben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Mein Vater ist 1946 im Januar gestorben an den Folgen des Krieges. Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Er war auch nicht davor Bürgermeister?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Gut. - Danke.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Er hatte gar keine Gelegenheit. Er war im Krieg.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Von wann bis wann waren Sie denn Gemeinderatsmitglied oder Samtgemeinderatsmitglied? Was waren Sie: Gemeinderatsmitglied oder Samtgemeinderatsmitglied?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich war Samtgemeinderatsmitglied.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Von wann bis wann waren Sie das?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich glaube, so 81 bin ich schon im Samtgemeinderat - - Aber ich bin wahnsinnig schlecht mit Zahlen. Also, wenn ich gewusst hätte, was Sie mich alles fragen, dann hätte ich - -

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Ja, das ist auch nicht ganz entscheidend. Wichtig ist eigentlich eine andere Frage für mich. Sie haben eben so ein bisschen diese ungefähre Summe von 800 000 - D-Mark oder Euro, sei jetzt auch mal dahingestellt - kritisiert, dass man sich damit Wohlgefallen einkauft. Haben Sie eigentlich mal als Gemeinderats- oder Samtgemeinderatsmitglied Anträge gestellt auf Nicht-mehr-Zahlen dieser Leistung oder Nicht-mehr-Erhalt dieser Leistung?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich habe auf jeden Fall gegen diesen Vertrag gestimmt. Ich habe das, soviel ich mich erinnere, immer abgelehnt.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Sind auch Anträge im Samtgemeinderat gelaufen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, ich war ja nur - - Es gab noch Frau Abbas (?) und Herrn Neuschulz (?). Wir waren also drei UWG-Leute im Samtgemeinderat. Wir waren da natürlich eine kleine Minderheit.

Eckhard Pöls (CDU/CSU): Auch eine Minderheit kann Anträge stellen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Anträge haben wir mit Sicherheit gestellt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke. - Dann möchte ich noch mal auf das zurückkommen, was die Kollegen Lühmann gesagt hat, zu dem Wiederherrichten der Wirtschaftswege oder Forst- und Wirtschaftswege. Muss ich mir das so vorstellen, dass das vorher unbefestigte Waldwege waren, die ja in dem Sinne keinen Schotter hatten, wie Sie es dargestellt haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, das waren zum Teil schon geschotterte Wege. Aber ich weiß nicht - - Ist das jetzt so eine wichtige Frage?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es ist eine zulässige Frage. Ob sie wichtig ist, weiß ich nicht. - Bitte schön.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Sie meinen also, wenn die dann vielleicht einen Schlag mehr getan haben, als der Weg vorher war? Also, damit können Sie mich auch nicht beeindrucken.

(Heiterkeit bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nein, ich will Sie etwas anderes fragen. Wer war denn Auftraggeber? Waren Sie dann nachher Auftraggeber, die Forst- und Wirtschaftswege herzustellen? Ist das Geld praktisch über Sie geflossen, und Sie haben dann die betreffenden Firmen bezahlt? Oder haben Sie es letztendlich selber gemacht, dass Sie praktisch, um das schöne Wort Ausgleich wieder zu benutzen - - Ist das so gegangen? Oder hat der Betreiber die Firmen beauftragt und dann auch bezahlt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, soweit ich mich erinnere, hat das der Betreiber selber gemacht. Ich habe das natürlich beanstandet und habe gesagt: Die Wege müssen wiederhergestellt werden. - Und dann haben wir uns zusammengesetzt, und dann wurde genau besprochen, was gemacht wird. Und dann ist das von denen in Auftrag gegeben worden. Also ich meine, ich habe da kein Geld bekommen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also Sie haben jetzt, sage ich einfach mal, keine

1,5 Millionen bekommen, um die Wege wiederherzustellen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, um Gottes willen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay. Danke. - Dann noch mal zu den Ausgleichsflächen, für die Sie ja, wie Sie sagten, über 30 Jahre jetzt ungefähr 30 000 Euro bekommen. Hat es im Vorwege Sonderzahlungen oder Sofortzahlungen gegeben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, es hat damals für die Maßnahme, diese Kiefernbestände abzuholzen, eine Einmalzahlung gegeben, und zwar - das hatte ich Ihnen schon gesagt - hat die Landwirtschaftskammer ein Gutachten gemacht und gesagt, was dieser Bestand wert ist. Und das ist bezahlt worden. Und das Zweite war dann eben dieser Pachtvertrag über 30 Jahre.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber Sie haben eine Sofortzahlung in welcher Höhe bekommen?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Ausgleichszahlung, Herr Pols! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er begreift es nicht!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das war irgendwas 340 000 DM ungefähr. Es waren immerhin 150 Hektar. Aber, wie gesagt, das ist alles gutachterlich und nicht von - - Also, wenn Sie so nachfragen, dann habe ich das Gefühl, dass Sie meinen, ich hätte da jemanden beauftragt, der da besonders viel Geld raushandeln soll.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, das ist der Kern. Sie sollen ja als harter Verhandler aufgetreten sein und auch Dienste Dritter benutzt haben, die für Sie als Verhandler aufgetreten sind.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, was ist denn daran Besonderes? Warum soll ich denn da als weicher Verhandler auftreten?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut. Sie bestätigen also, dass Sie ein harter Verhandler waren. Darauf wollte ich ja hinaus. Und das ist ja auch gut so.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Gut.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nein, weil - - Sie sagen ja selber, es hat Sofortzahlungen oder Einmalzahlungen oder Vorauszahlungen, wie man es auch immer nennen will, gegeben.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ausgleichs-
zahlungen!)

Kann es sein, dass Sie sich von diesem Geld Waldflächen in Sachsen-Anhalt gekauft haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Oh. Das sind ja - - Also, ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen. Ich meine, ich habe auch sonst noch Geld. Es ist ja nicht so, dass ich jetzt - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Na ja, Sie haben ja - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Sie können mir natürlich jetzt unterstellen, dass ich jetzt dieses Geld bekommen haben, um das - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nein, ich komme da nur drauf, weil Sie bei Maybrit Illner gesagt haben, wie der Kollege Grindel Ihnen das ja auch vorgehalten hat, dass so ein Betrieb ja auch hohe Kosten erwirtschaftet und Sie zusehen müssen, dass Sie diese Kosten dann auch decken können. Deswegen ist jetzt meine Frage: Haben Sie von den Sofortzahlungen sich anderweitig Wälder gekauft und die dann durchgeforstet?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herr Kollege Pols, das ist jetzt wirklich die Frage. Die Frage ist sicherlich, ob diese Gelder geflossen sind. Das ist in Ordnung. Was der Zeuge dann mit seinem Geld macht, das ist, ehrlich gesagt, in sein Belieben gestellt.

(Dorothea Menzner (DIE LINKE):
Genau so ist es!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das bringt nichts zur Aufklärung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Deshalb sollten wir uns jetzt wirklich auf den Untersuchungsauftrag konzentrieren.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut. - Mir ging es ja nur darum, herauszuarbeiten, Herr von Bernstorff,

(Dorothea Menzner (DIE LINKE):
Wenn in Ihrem Betrieb einer einen Schaden anrichtet, wollen Sie doch auch einen Ausgleich haben!)

ob Sie Einmalzahlungen oder Sonderzahlungen bekommen haben. Und das haben Sie ja auch bestätigt, dass Sie das zusätzlich zu der, ich nenne es mal, Leibrente,

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Pacht!)

die Sie über 30 Jahre kriegen, dann auch bekommen haben.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das mit der
Leibrente wollen wir aber noch mal
klarstellen!)

Herr von Bernstorff, das ZDF hat am 06.11.2011 in der Sendung *planet e* einen Beitrag mit dem Titel „Atommüll in meinem Garten“ ausgestrahlt, Quelle: zdf.de, ZDF-Mediathek. Eine der Hauptfiguren in diesem Fernsehbeitrag sind ja Sie. Und dort haben Sie gesagt - ich zitiere -:

Es werden jetzt - das hoffe ich wenigstens - verschiedene Standorte miteinander verglichen in einem transparenten Verfahren. Das muss gefordert werden. Aber das weiß eigentlich jeder, dass es nicht anders geht. Und dann muss man eben nach wissenschaftlichen Kriterien sich für den besten Standort entscheiden. Und ich denke, das geht nur in einem überparteilichen Prozess. Das kann eine einzelne Region gar nicht entscheiden. Und wenn es sich tatsächlich erweisen sollte, dass Gorleben der beste Standort ist, ja dann würde ich mich letzten Endes damit abfinden müssen. Mir bleibt ja gar nichts anderes übrig.

Sie sagen, Herr von Bernstorff:

... wenn es sich tatsächlich erweisen soll, dass Gorleben der beste Standort ist, ja dann würde ich mich letzten Endes damit abfinden müssen. Mir bleibt ja gar nichts anderes übrig.

Das heißt doch, dass aus Ihrer Sicht der Salzstock Gorleben fachlich nicht ungeeignet ist oder sein kann,

(Ute Vogt (SPD): Wie bitte?)

dass Sie gar nicht beurteilen können, ob er geeignet oder ungeeignet ist. Was ist denn eigentlich nun richtig?

(Ute Vogt (SPD): Was ist denn nun richtig?)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, ich vertrete doch hartnäckig den Standpunkt - damit bin ich nicht alleine -, dass es wichtig ist, jetzt die Standorte in Deutschland, die für die Endlagerung infrage kommen, zu untersuchen. Und ich glaube, da gibt es unendlich viele Gründe, die dafür sprechen, dass man das so macht. Ich bin da vielleicht auch ein bisschen anderer Meinung als die Bürgerinitiative oder als die sonstigen Kritiker. Ich glaube zwar auch, dass Gorleben sehr, sehr belastet ist mit der ganzen Vorgeschichte. Aber wenn es zu einem Standortvergleich kommt und die anderen Standorte sozusagen auf Augenhöhe mit Gorleben untersucht werden und wirklich die Bevölkerung und ich davon überzeugt werden, dass diese Untersuchung mit rechten Dingen zugeht, dann würde ich das akzeptieren. Aber das findet ja nicht statt. Und ich habe ja in meinem Eingangsstatement schon gesagt: So, wie das jetzt läuft, kann ich mir nicht vorstellen, dass es zu einer wirklichen Abwägung kommt. Denn wenn man jetzt gerade mal 3 Millionen Euro für die Alternativstandortsuche ausgibt, dann ist das einfach ein Ausdruck dafür, dass man die gar nicht will, sondern dass man nur so tut. Ich finde, mit solchen Zahlen in dieser Größenordnung zu operieren, das spricht ja dafür, dass das überhaupt nicht ernst gemeint ist. Und wenn es wirklich ernst gemeint sein sollte, dann muss mindestens die weitere Erkundung von Gorleben unterbrochen werden. Das ist wirklich die Mindestforderung, die wir stellen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Man kann aber Ihre Äußerung so verstehen, dass Sie aber auch für Gorleben ein Ergebnis haben wollen. Und das kann man ja eigentlich nur haben, wenn man weiter erkundet oder zu Ende erkundet.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, aber ohne dass diese Festlegung durch diese vielen Komponenten, über die wir gesprochen haben, durch das Zwischenlager,

durch die Castorbehälter, durch - - Das bedarf einer riesigen Anstrengung, da zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Ich möchte da auch nicht in der Haut der Entscheider stecken. Aber sie ist einfach nötig.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber für Sie, sage ich einfach mal, als Bereitsteller vieler Flächen kann es doch eigentlich nur von Vorteil sein, dass es lange genug weitergeht; denn umso länger würden Sie ja dann auch Gelder aus den Ausgleichsmaßnahmen bekommen.

(Ute Vogt (SPD): Nein! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat es immer noch nicht begriffen!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ach so.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, so kann man das doch sehen. Deswegen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, Herr Pols; jetzt beim allerbesten Willen! Das sind alles Fragen zu zukünftigen Entwicklungen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich bekomme ja gar keine Gelder mehr. Das ist ja - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber Sie kriegen doch - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Herr Kollege Pols, das sind Fragen nach zukünftigen Entwicklungen. Die sind hochinteressant. Herr von Bernstorff, mir fällt auch noch das eine oder andere ein, was ich da mit Ihnen besprechen können, wollen würde - aber alles das nicht im Rahmen dieses Ausschusses. Ich bitte sehr herzlich darum, auf das zu rekurrieren, was in der Vergangenheit liegt, was Aufgabe dieses Ausschusses ist. - Bitte schön.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ich will ja nur darauf hinaus, dass ich es nicht verstehe, Herr von Bernstorff, dass Sie hier jetzt als der große Kritiker dieser ganzen Geschichte in Gorleben auftreten, aber für mich der größte finanzielle Profiteur praktisch dieser ganzen Anlage sind, -

(Zurufe von der SPD, der LINKEN
und dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Ach so.

Eckhard Pols (CDU/CSU): - dass Sie über 30 Jahre und länger und vorher Zahlungen bekommen haben. Ich kann auch verstehen, warum Sie die 12 Millionen abgelehnt haben; denn aus steuerlicher Sicht ist es für Sie ja interessanter, wenn Sie einzelne Zahlungen bekommen. Also von daher gesehen, Herr von Bernstorff, müssen Sie mir diesen Widerspruch eigentlich mal aufklären. Auf der einen Seite sind Sie total gegen

(Zurufe der Abg. Ute Vogt (SPD)
und Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

- lassen Sie mich bitte mal ausreden - eine Erkundung von Gorleben. Aber auf der anderen Seite sind Sie für mich der größte Profiteur.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Was ist denn die
Frage?)

Denn warum nimmt man eigentlich Ihre Flächen als Ausgleichsflächen? Warum nimmt man nicht wertvollere Flächen, die dem Landkreis gehören? Das ist auch so ein Widerspruch, den man mal aufklären müsste.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Schmerzensgeld
für solche Fragen! - Zurufe von der
Zuschauertribüne)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Also, ich weiß nicht, ob ich mich dazu jetzt positionieren muss. Ich finde das echt lächerlich, was Sie fragen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nein, ich finde das nicht lächerlich.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Doch. Ich finde das einfach - -

Eckhard Pols (CDU/CSU): Diese Diskrepanz müssen Sie mal aufklären, Herr von Bernstorff.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bitte darum, jetzt wirklich in einem vernünftigen Ton miteinander zu sprechen. Ich bitte das Publikum, sich bei aller Emotionalität der Diskussion hier unten jeglicher Meinungsäußerung zu enthalten. - Bitte schön.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Herr von Bernstorff, dann noch mal meine Frage: Wie erklären Sie sich den Widerspruch, als Ikone des Widerstandes mit aufzutreten - Sie und Ihre Familie -, aber gleichzeitig vom BfS, vom Bund über verschiedene Verträge - mindestens fünf habe ich hier heute Morgen gezahlt -, über mindestens fünf Verträge Zahlungen zu bekommen über Jahrzehnte hinweg?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich bekomme Zahlungen für Naturschutzmaßnahmen, die auf meinen Flächen durchgeführt werden, die ich übrigens genauso mit - - Der eine Bereich ist Gorleben. Aber das andere ist, dass der Staat das ja auch macht. Das sind ganz normale Naturschutzverträge, die man abschließt. Und da bekomme ich Ausgleich dafür, dass ich finanziell geschädigt werde. Das ist ein Ausgleich. Aber - ich habe Ihnen das schon gesagt - wenn ich das zum Beispiel in Trebel nicht gemacht hätte, dann wäre da jetzt Wald, und den könnte ich nutzen. Und da hätte ich einen sehr viel größeren Vorteil als von dieser sehr niedrigen Pachtzahlung.

Also, ich weiß nicht. Ich finde, diese Unterstellungen gehen wirklich sehr unter die Gürtellinie. Und ich glaube, Ihre Denke ist, ich versuche da also, einen maximalen finanziellen Vorteil für mich rauszuschlagen; das ist also der Grund für meine Haltung. Ich meine, das lasse ich mir einfach nicht unterstellen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Sie können mir aber zugestehen, dass man auf den Gedanken kommen könnte?

(Lachen bei der SPD, der LINKEN
und dem BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Johanna Voß (DIE
LINKE): Das spricht für sich!)

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Das ist aber schon sehr abwegig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herr Kollege Pols, wir müssen hier auch

nicht etwas zugestehen oder so etwas. Wir fragen den Zeugen nach Sachverhalten aus der Vergangenheit im Rahmen unseres Untersuchungsauftrages. Der Zeuge hat nicht zu bewerten. Wir haben nichts zu unterstellen, sondern haben nach Tatsachen zu fragen, und der Zeuge antwortet entsprechend. Diesbezüglich bitte ich Sie jetzt fortzufahren.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut. Danke, Frau Vorsitzende. - Dann möchte ich Sie fragen, ob Sie aus einem Vertrag - - Jetzt muss ich mal gucken. Es gibt Verträge zwischen Ihnen und dem BfS vom 27.07.1990 über die Gestattung einer Rohrleitung auf dem Gelände zur Ableitung von Salzsole; 2 000 Meter à 2 DM. Das ist MAT A 116, Band 25, Blatt 412004 bis 412008. Für die Beeinträchtigung der Fischereirechte haben Sie 14 300 DM gefordert. Das ist MAT A 116, Band 25, Blatt 412002 bis 412003. Schließlich haben Sie sich mit dem BfS auf 7 500 DM jährlich geeinigt. Wie lange ist da die Laufzeit?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Solange die Salzeinleitung stattfindet. Und das läuft übrigens so: Das Geld wird ausgegeben für den Einsatz von Fischen in die Elbe, weil man eben davon ausgeht, dass durch die Salzeinleitung die Ökologie der Elbe gestört wird und dass der Fischbestand darunter leidet. Und das ist auch alles mit dem Fischermeister, mit Herrn Kütker (?), abgestimmt - dass diese Maßnahmen wirklich eben auch zum Ausgleich für Schäden, die an der Fischerei entstehen, finanziert werden müssen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Dann haben Sie vorhin gesagt oder bestätigt, dass Sie für die Flächen, die Sie als Ausgleichsmaßnahme zur Verfügung gestellt haben, wofür Sie ja auch das Geld bekommen, sich aber das Jagdrecht vorbehalten haben. Ist das so richtig?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Das ist richtig?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das ist absolut richtig.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Und ist das normal üblich, dass man das macht? Oder war das ein Zugeständnis? Oder haben Sie das verhandelt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na klar habe ich das verhandelt. Ich meine, ich lasse mir ja nicht mehr Rechte wegnehmen, als sein muss. Und außerdem: Das Jagdrecht ist ja auch mit dem Grund und Boden verbunden. Und es muss da auch gejagt werden. Das sehen beide Seiten so.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kann man so ein Jagdrecht auch in einer Summe beziffern?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ob man das beziffern kann? Ja, je nachdem, wie Sie damit umgehen - ob Sie selber da jagen oder ob Sie das verpachten oder ob Sie Jagderlaubnisscheine vergeben oder ob Sie Wildabschüsse verkaufen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gibt es oder gab es bei der Bereitstellung dieser Ausgleichsflächen auch Verpachtung von einzelnen Bäumen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja. Also, wie gesagt, da müssen Sie sich einfach mal das ganze Programm angucken. Da gibt es ein großes Programm für Ausgleichsmaßnahmen in dem ganzen Gebiet. Wie gesagt, das betrifft die ganze Gegend rund um die Anlagen. Und da können Sie sich ein Bild davon machen, wie das aussieht. Also, da gibt es Maßnahmen für Brutbäume, dass man Bäume mal länger stehen lässt, dass man sie also nicht nach 120 Jahren Umtriebszeit - - Aber, wie gesagt, solche Verträge sind einfach absolut üblich mit Waldbesitzern. Und das macht - - Also, ich möchte wissen, worauf Sie eigentlich hinauswollen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das wüssten wir
auch gerne!)

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber dass Sie dadurch ja noch mal extra entschädigt werden.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, aber das ist doch klar. Wenn ich darauf verzichte, einen Baum zu nutzen, dann kriege

ich halt das Geld, was es gebracht hätte, wenn ich den verkauft hätte.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie mir denn vielleicht noch mal erläutern, warum man eigentlich nicht die Landkreisflächen vorrangig benutzt hat, sondern vorrangig Ihre Flächen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das stimmt einfach nicht. Es stimmt nicht. Es sind alle. Es ist rundherum. In Prezelle, dann in Gartow, Umgebung, Hühbeck sind überall solche Ausgleichsmaßnahmen. Das ist ein großes Programm. Und das ist halt durchgeführt worden. Ich weiß gar nicht - - Sie sind offensichtlich so informiert worden, dass alle diese Flächen - - also dass nur bei mir Ausgleich gemacht wird. Das stimmt überhaupt nicht. Und, wie gesagt, das ist vom BUND. Der hat diese Vorschläge gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Damit ist die Fragezeit der Union zunächst wieder erschöpft. Außerdem ist es 14 Uhr.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich bin auch erschöpft.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das glaube ich sofort. - Wir haben jetzt eine Pause, lieber Herr von Bernstorff, zumindest bis 15 Uhr. Wie es im Moment aussieht, ist die auf 14.30 Uhr angesetzte namentliche Abstimmung jetzt eine halbe Stunde später. Also würden wir uns unmittelbar nach der namentlichen Abstimmung treffen, ja? - Danke schön. Dann unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von
14.03 bis 15.12 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann eröffne ich unsere unterbrochene Sitzung. Das Fragerecht hat nun die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr von Bernstorff, ich will jetzt auf die Frage verzichten, wie viele Waldwege man für 12 Millionen DM bauen könnte, und will mich doch lieber wieder dem Untersuchungsgegenstand zuwenden.

Das eine ist noch mal die Frage der Erkundung des Salzstocks; denn wir hatten hier im Ausschuss verschiedene Aussagen be-

züglich der Notwendigkeit der Erkundung des südwestlichen Teils. So hat sich Herr Thomauske zum Beispiel in der letzten Sitzung so geäußert, dass man quasi diesen südwestlichen Teil möglicherweise gar nicht brauchen würde. Jetzt haben wir aber - wenn man das Atomgesetz anschaut - ja 1998 unter Bundesministerin Merkel diesen § 9 d für die Enteignung, der dort eingefügt wurde; der wurde dann 2001 aufgehoben, allerdings 2010 von Bundesminister Röttgen wieder eingeführt. Spricht das aus Ihrer Sicht dafür, dass der südwestliche Teil zur Erkundung verzichtbar sei?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, das spricht nicht unbedingt dafür, denn es zieht sich eigentlich wie ein roter Faden durch diese ganze Geschichte des - - habe ich immer wieder auch von den Geologen gehört: Für so ein Projekt wie Endlagerung von diesem hochaktiven Müll muss man den ganzen Salzstock untersuchen, und da geht es nicht an, nur einen Teil zu untersuchen, zumal gerade in diesem Teil, den sie jetzt untersuchen, ja der wichtigste, vielleicht der größte Teil dieser Gorleben-Rinne ist. Und was man auch immer noch sagen muss: Es wurde wohl verschwiegen damals, dass der Salzstock unter der Elbe eben noch weit in die damalige DDR hineinreicht. Es sah ja zeitweise, als gerade der Gorlebener Salzstock durchgesetzt werden sollte für ein Endlager, so aus, als wenn der Salzstock an der Elbe so ungefähr endet. Und das war eigentlich von Anfang an gedacht: Wenn es tatsächlich der gleiche Salzstock ist, wo auch diese Explosion in Lenzen stattgefunden hat, dann kommt er gar nicht infrage für ein Endlager. Also, da ist einfach gemauschelt worden, und ich kann das jetzt nicht genau rekonstruieren, was da abgelaufen ist; aber das ist nicht mit rechten Dingen damals zugegangen.

Ute Vogt (SPD): Dann hätte ich noch von meiner Seite eine vorerst letzte Frage zu dem ganzen Bereich der Transparenz. Wir hatten vorhin schon mal das Gespräch - wo wir Ihnen auch die Notiz ausgehändigt haben - von 1979, wo Sie mit Professor Grimm, Herrn Müller-Kemler und Herrn Wosnik und Herrn Rösler zusammensaßen. Und dieser Gesprächsvermerk bezieht sich dann auf der Seite 339 unten auf bestimmte Forderungen. Da wird offensichtlich von Ihrer Seite oder von Herrn Grimm gefordert:

„Beobachtungen der Bohrungen durch Geowissenschaftler nach freier Wahl“ und auf der anderen Seite: „Überlassung der Bohrerergebnisse an ‚kritische‘ Geowissenschaftler eigener Wahl“. Hat so was dann stattgefunden, dass man also auch die Ergebnisse bekommen hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Die habe ich nie bekommen, und das hat sich auch wirklich beschränkt auf die Gespräche, die ich halt mit den Geowissenschaftlern hatte. Aber es ist nicht so, dass ich - - Ja, das wurde ja eigentlich vorhin schon mal gefragt, ob ich da so ein Geowissenschaftlerteam beauftragt hätte. Das ist also so nicht der Fall. Zielte darauf Ihre Frage ab, ob ich - -

Ute Vogt (SPD): Nein, die Frage zielte darauf ab, ob Sie die Ergebnisse bekommen haben praktisch, die Bohrerergebnisse. Mir liegt noch mal ein Brief vor, den Sie selbst an die PTB geschickt haben, der ist dann vom April 82. Und da haben Sie noch mal ausdrücklich - - Für das Protokoll: MATE 3, Band 10, Paginierung 408. Und von der ersten Seite Ihres Briefes an die PTB zitiere ich jetzt:

Mit Herrn Schneider, Universität Kiel, sprach ich über die Bohrerergebnisse der Quartärgeologischen Untersuchungen. Ich hatte seinerzeit diese Untersuchungen auf meinem Gelände genehmigt, und mir wurde im gleichen Zuge von Herrn Schneider zugesagt, dass ich die Bohrerergebnisse nach Abschluss der Untersuchungen ausgehändigt bekomme.

Und Sie haben dann in diesem Brief noch mal darauf hingewiesen, dass Sie sie halt gerne hätten. Deshalb war nur meine Frage, ob Ihnen da Ergebnisse bekannt geworden sind oder zugesandt worden sind - sagen wir mal -, offizieller, also auf offiziellem Weg.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Also, ich bin selber nicht in der Lage, solche Bohrerergebnisse zu interpretieren. Aber ich kann es jetzt ehrlich gesagt nicht beantworten, ob ich die bekommen habe. Ich weiß nur, dass ich nachher mit Professor Grimmel darüber gesprochen habe und auch mit Professor Duphorn. Also, für mich lag nur ganz klar zutage - und das haben mir diese quartärgeologischen Untersuchungen erbracht -,

dass es eben mit der Quartärgeologie sehr schlimm aussieht und dass diese Tonabdeckung, die eigentlich da sein muss, um die Radioaktivität von der Biosphäre sozusagen fernzuhalten, nicht existiert. Und dann kamen ja diese ganzen Gespräche auf. Das muss ich vielleicht auch noch mal sagen: Damals wurde ja dann plötzlich dieses sogenannte PSE, Projekt Sicherheit Entsorgung [sic!] - - Da hatte man also mit einem Programm, mit Datenverarbeitung, ausgerechnet, dass sich das alles, auch wenn das Deckgebirge nicht dicht ist, so wunderschön verteilt, und das kommt dann eben mit sehr wenig Millirem irgendwann mal an die Oberfläche. Das war eigentlich für uns so der Vertrauensbruch, wo man das Gefühl hat: Hier wird nicht ernsthaft argumentiert, sondern hier wird irgendwie der Salzstock durchgeboxt als Endlager.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, das Deckgebirge war am Anfang des Prozesses als Bedingung für die Sicherheit genannt worden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: So war das immer gesagt: dass ein intaktes Deckgebirge vorliegen muss, damit diese zweite Barriere, eben nicht nur die Barriere Salz, sondern auch die Barriere Ton, das verhindert, dass Radioaktivität an die Biosphäre kommt.

Ute Vogt (SPD): Und das heißt, es gab da einen Wechsel praktisch in der Argumentation. Nachdem man feststellen musste, das Deckgebirge taugt doch nicht, war es auf einmal nicht mehr wichtig.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Genau. Da brauchte man es plötzlich nicht mehr. Ich glaube, das haben die meisten von Ihnen wahrscheinlich damals noch gar nicht miterlebt, aber das war eben ein großer Einbruch in das Vertrauen in diese Untersuchungen, die gemacht wurden. Und da hatte man eben das Gefühl: Egal, was man jetzt vorfindet bei der Erkundung, man macht den Salzstock irgendwie geeignet.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, die Kriterien wurden quasi angepasst den Ergebnissen, die - -

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das wurde ja zum Teil auch ganz offen gesagt. Es wurde ja auch gesagt: Wenn das

nicht so ist, wie es vielleicht optimal wäre, dann werden wir das Containment so verpacken, dass es dann letzten Endes auch sicher ist. Und das ist natürlich angesichts dessen, was da wirklich gemacht werden muss - nämlich diese Sicherheit für so einen unglaublich langen Zeitraum -, völlig unangemessen, so eine Betrachtungsweise. Und wenn man das nachvollzieht, mit welchen Argumenten wir da konfrontiert wurden, dann muss man das auch verstehen, dass wir das nicht akzeptieren konnten vor Ort.

Ute Vogt (SPD): Finde ich nachvollziehbar. - Herzlichen Dank. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Dann geht das Fragerecht jetzt weiter an die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Graf von Bernstorff, ich schließe mich wieder an an den Komplex der Kollegin Vogt, wie in der letzten Runde auch.

Wir haben gerade über fachliche Einschätzungen, also über Sicherheitseinschätzungen, gesprochen. Sie sind ja hier als Zeuge geladen. Jetzt gibt es natürlich auch sachverständige Zeugen. Nur für das Protokoll - und ich bitte das nicht als sozusagen Ehrenrührigkeit zu betrachten -: Sie sind von Ihrer beruflichen Qualifikation was?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich bin Land- und Forstwirt, und ich betrachte mich auch in keiner Weise als Fachmann in diesen Fragen.

Marco Buschmann (FDP): Okay. Das wollen wir nur noch mal für das Protokoll festhalten. - Das heißt, Sie berichten hier von Einschätzungen, die Sie von Fachleuten wahrgenommen haben. Könnten Sie das näher konkretisieren, wer diese ja sehr apodiktischen Kriterien, so wie Sie sie hier vortragen, dass es ein vollständig intaktes Deckgebirge geben muss, dass es eine geschlossene Tonschicht geben muss usw. - - Können Sie uns nähere Ausführungen dazu machen, wer das wann sozusagen als ein so apodiktisches Kriterium aufgestellt hat?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Das war die anfängliche Euphorie der Betrei-

ber. Und das reichte natürlich nur so lange, bis man eben festgestellt hat, dass diese Barriere nicht funktioniert. Natürlich, Sie haben in gewisser Weise Recht. So ganz klar wurden die Kriterien nicht vermittelt. Aber mit dieser geschlossenen Tondecke als zweite Barriere - - kann ich nun nicht genau sagen, wie das festgehalten worden ist. Aber ich weiß noch, dass die PTB davon ausgegangen ist, also die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, und dass das ja immer ein Kriterium war. Ich meine, das können Sie sich ja auch vorstellen. Wenn man nach der Eignung so eines Salzstocks fragt, dann muss es ja irgendwie Kriterien geben. Und nachdem sich herausgestellt hat, dass dieses Deckgebirge nicht funktioniert, wurde dann plötzlich eine völlig neue Richtung eingeschlagen. Und dann gab es dieses Schlagwort von dem gebirgswirksamen Einschluss, dass man also in einem ausreichend großen Salzstein oder im älteren Steinsalz eben auch angeblich die Sicherheit hätte. Aber da müsste ich jetzt - - Also, ich meine, das ist nicht schwer rauszukriegen. Es gab am Anfang diese ganz einfachen, paar klaren Kriterien: Man braucht älteres Steinsalz, und zwar in großem Block, und man braucht ein Deckgebirge, und es muss in jedem Fall Wasserzugänglichkeit zu dem Endlager verhindert werden.

Marco Buschmann (FDP): Also Ihrer Erinnerung nach hat die PTB dieses Kriterium „geschlossene Tonschicht“ aufgestellt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Die PTB und - gut, aber da nageln Sie mich jetzt nicht fest - - aber ich meine auch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe.

Marco Buschmann (FDP): Danke schön. - Dann wollte ich noch mal zu einem zweiten Thema kommen. Sie haben uns berichtet, dass Sie ursprünglich eine unkritische Haltung gegenüber der Kernenergie und damit natürlich auch gegenüber der Entsorgung hatten und sich dann im Laufe der Beschäftigung Ihre Meinung geändert hat. Ich habe auch in Artikeln gelesen - ich habe hier wieder das *Hamburger Abendblatt*, 03.11.2010 -, dass Sie Formulierungen verwenden, wie, dass es Ihnen darum geht, dass - - Da gibt es ein wörtliches Zitat von Ihnen - ich lese es Ihnen einfach vor -:

Es ist aber nicht nur unsere Aufgabe, familiäre Traditionen zu wahren,

- darüber haben wir schon gesprochen im Laufe des Vormittags -

wir müssen auch im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür sorgen, dass nachfolgende Generationen hier gute Lebensbedingungen vorfinden.

Da kann man die Idee entwickeln, und ich stelle die Frage offen, weil ich Ihnen da auch nichts Ehrenrühriges vorwerfen möchte - Man kann aber auch auf die Idee kommen, dass das so ein bisschen Sankt-Florians-Prinzip ist. Sie sagen: Man muss die Endlagerfrage lösen. Sie sagen, eigentlich hatten Sie ursprünglich eine unkritische Haltung zu diesen ganzen Themen. Und in dem Moment, wo Sie unmittelbar betroffen sind, weil das einen Einfluss auf Ihre Ländereien hat, beschäftigen Sie sich mit den Dingen und sagen plötzlich: Also, jetzt ändert sich meine Haltung ganz stark; ich bin jetzt plötzlich ein Atomkraftgegner; ich finde das Endlagerkonzept nicht korrekt.

Sie hatten eingangs gesagt, dass Sie eigentlich wünschen, dass diese Abfälle nie wieder in Berührung kommen mit der Biosphäre. Gleichzeitig gibt es Vermerke, in denen behauptet wird, dass Sie sagen, dass Sie eigentlich Vertreter eines Konzepts der rückholbaren Endlagerung sind. Da kann man ja auf die Idee kommen, dass möglicherweise nicht nur fachliche Kriterien, sondern einfach die persönliche Betroffenheit diesen Gesinnungswandel ausgelöst hat. Wie würden Sie das sehen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, das will ich jetzt auch gar nicht abstreiten, dass ich einfach am Anfang sehr persönlich betroffen war und das ein Schock war: dieses riesige Projekt, was dann natürlich auch unsere Landschaft völlig verändert hätte. Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen das Wendland kennen. Das ist wirklich noch ein Naturreservat ganz einzigartiger Weise. Aber, wissen Sie, wenn man sich, so wie ich, dann zwangsläufig mit dieser Materie beschäftigt, dann kommt man mit diesem Floriansprinzip überhaupt nicht weiter. Und ich mache mich ja damit auch bei den Kritikern relativ unbeliebt, wenn ich sage: Ich könnte mir auch vorstellen, dass Gorleben im Rennen bleibt. - Also, damit mache ich ja

eigentlich deutlich, dass es mir nicht um das Floriansprinzip geht, sondern dass mir wirklich daran liegt, dass hier mit allerhöchster Verantwortung - Und das habe ich, ich würde sagen, mit der Muttermilch eingesogen. Das ist auch, wenn man Forstmann ist - Wissen Sie, man gibt Geld aus für - Man pflanzt Bäume dann, und vielleicht nach 80, 100 Jahren haben die Nachkommen was davon; also dieses nachhaltige Denken. Da bin ich nicht der Einzige, sondern das ist, glaube ich, Forstleuten einfach angeboren. Und deswegen geht es mir wirklich nicht um das Floriansprinzip, sondern es geht darum, dass hier nach bestem Wissen und Gewissen der richtige Standort für dieses - ja, man kann sagen - gigantische Problem gefunden wird.

(Marco Buschmann (FDP): Darf ich da einhaken?)

Und deswegen, meine ich auch, kann man jetzt hier über - was weiß ich - Fischtreppe und solche Sachen nicht reden, wenn es um so eine gravierende Frage geht wie: Was machen wir mit diesem Plutonium? Und das sind einfach Größenordnungen, die sprengen solche kleinlichen Überlegungen.

Marco Buschmann (FDP): Da sind wir hier ja einer Meinung, weil wir ja alle die Endlagerfrage lösen wollen. - Jetzt habe ich da aber eine Nachfrage: Also, das, was Sie sagen, deckt sich ja auch mit den Aussagen, dass Sie durchaus eine staatstragende Haltung haben. Damit ist ja gemeint, eine grundsätzlich konstruktive Haltung an den Tag legen in dieser Frage.

Jetzt ist aber hier ja schon das Thema aufgeworfen worden der Salinas GmbH, die ja sozusagen über den Hebel des Salzabbaus das Projekt per se verhindern will und selbst dann, wenn eine Eignung vorliegen würde, die sich also naturwissenschaftlich bestätigen würde, durch vorsätzliche Beschädigung - durch vorsätzliche Beschädigung! - den Salzstock, selbst wenn er tauglich wäre, untauglich machen wollte. Ich möchte Ihnen dazu zitieren die Aussage einer Gesellschafterin dieser GmbH. Frau Fritzen ist ja hier schon als Zeugin vorgeladen worden, und sie hat berichtet, was ihre Motivation ist. Sie hat uns - hier wörtliches Zitat aus dem Stenografischen Protokoll, 31. Sitzung, 27. Januar 2011, Seite 88 - gesagt: Ich

würde ... einen großen Driller oder eine Bohrmaschine nehmen und würde mitten in den Elbstrom gehen und würde so lange bohren, bis das ganze Wasser unten im Salzstock ist.

(Zuruf von Marianne Fritzen von der Zuschauertribüne: Genau, *ich* würde!)

Marco Buschmann (FDP): Ja, Frau Fritzen. - Also, Frau Fritzen ist eine Gesellschafterin dieser Salinas GmbH. Die Salinas GmbH macht doch überhaupt keinen Hehl daraus - das haben Sie auch gemacht -, dass man sozusagen über Bande das Projekt blockieren will. Wie passt das denn zusammen, dass Sie ein solches Projekt unterstützen, das sogar billigend in Kauf nimmt, selbst wenn der Salzstock geeignet wäre - was wir ja noch nicht wissen, weil wir noch nicht am Ende der Erkundung sind -, ihn so zu beschädigen, dass er auf keinen Fall tauglich sein kann? Passt das mit einer konstruktiven, staatstragenden Haltung bei dieser wichtigen Frage zusammen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, das Staatstragende ist ja, dass es ein Bundesberggesetz gibt, was die Ausbeutung von Salz, also von Bodenschätzen sozusagen - - die hat Vorrang vor anderen Nutzungen des Salzes. Und auf der Basis dieses Bundesberggesetzes haben wir diesen Antrag gestellt nach einem Rahmenbetriebsplan. Und natürlich steckt dahinter, weil mir auch die Haltung - - dass ich nach allem, was man über diesen Salzstock weiß, glaube, dass der restlos ungeeignet ist für ein Endlager. Bloß, ich kann jetzt da keine letztendlich fachlichen Aussagen dazu machen. Aber dazu unterhalte ich mich auch mit Befürwortern und Gegnern, dass ich versuche, mir ein Bild zu machen, und deswegen wünsche ich mir natürlich schon, dass dieser Salzstock nicht - - also dass es auf keinen Fall dazu kommt, dass dieser Salzstock zum Endlager wird. Aber wenn es einen fairen Vergleich gibt, dann bin ich auch sicher, dass Gorleben ausscheidet und deswegen - -

Ich meine, Sie können sich ja auch vorstellen: Dass Salinas diese Bohrung beantragt, das hat natürlich auch was damit zu tun, dass hier einfach Rechte wahrgenommen werden. Und die Wahrscheinlichkeit,

dass wir da bohren können, solange das so weitergetrieben wird, die ist sowieso gering.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Damit ist das Fragerecht der FDP zunächst zu Ende, und die Linke hat das Wort. Bitte schön, Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte noch mal zu dem Pfad zurück, den wir vorhin verfolgt hatten. Das Gespräch, was Sie mit Herrn Hennenhöfer geführt hatten, über diese Frage Nutzungsmöglichkeiten der Salzrechte, dazu habe ich zwei Fragen: Zum einen findet sich auf MAT A 72, Band 15, Paginierung 786 bis 788 ein handschriftlicher Vermerk, den ich zumindest der damaligen Bundesumweltministerin Frau Dr. Merkel zuordne. Der lautet:

Wir müssen hier eine klare Linie fahren. Ohne Verständigungspapiere auf pol. Ebene wird es kaum möglich sein, im Spannungsfeld Müller/Bernstorff/Bonn Fortschritte zu machen.

Können Sie uns sagen, was Frau Merkel mit so einem Vermerk gemeint haben könnte?

(Der Zeuge liest in ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

(Marco Buschmann (FDP): Also, das ist wirklich keine Frage an einen Zeugen! Das ist wirklich keine eigene Wahrnehmung, was Frau Merkel gemeint haben könnte! - Gegenruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fällt Ihnen aber früh ein!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Frau Menzner, können Sie diese Frage noch mal so formulieren, dass der Zeuge möglicherweise eine eigene Wahrnehmung hatte?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. Also, es findet sich darauf dieser Vermerk.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ich kann das hier nicht lesen. Lesen Sie doch mal vor, den Vermerk. Das ist hier so un- deutlich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, ich lese Ihnen den gerne noch mal vor:

Wir müssen hier eine klare Linie fahren. Ohne Verständigungspapiere auf pol. Ebene wird es kaum möglich sein, im Spannungsfeld Müller/Bernstorff/Bonn Fortschritte zu machen.

Nach Ihrem Erleben des Gesprächs: Finden Sie das eine treffende Wiedergabe dessen, wie Sie das Gespräch erlebt haben?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, ich würde sagen: In dieser Bemerkung steckt einfach die Absicht, mich umzubiegen und mir irgendwie das Salz - - doch den Versuch zu machen, mich da für eine Lösung zu gewinnen, die dann letztendlich bedeutet hätte, dass ich meine Verfügungsrechte über das Salz abtrete. Und es steckt vor allem dahinter, wenn ich das hier so lese:

Ich habe erläutert, dass die Standortentscheidung für Gorleben - egal wie sie heute zu beurteilen sei - zu Fakten geführt habe, an denen keine Bundesregierung mehr vorbeikomme.

Dann merkt man ja ganz deutlich von Herrn Hennenhöfer die Absicht - und ich weiß nicht, inwieweit sie von der Bundespolitik auch sonst unterstützt wurde -, dieses Erkundungsbergwerk zum Endlager zu machen - und das finde ich ziemlich hammerhart -, und das in einem Stadium, 1998, wo man eine solche Aussage überhaupt nicht machen darf, nach dem, was man über den Salzstock wusste - - dass dann solche Aussagen der damaligen Umweltministerin gegenüber gemacht werden. Aber auf jeden Fall weiß man genau, wes Geistes Kind Herr Hennenhöfer ist.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dem widerspricht aber, dass Herr Rösel hier vor diesem Untersuchungsausschuss - er ist ehemaliger Vizepräsident der BfS - am 10.11.2011 mitgeteilt hat: Die Versuche zur Einigung über die Salzrechte mit ihm, also Graf von Bernstorff, seien schon 1990 für gescheitert erklärt worden. - Wie genau hat sich mit dem Verhalten - - Also, wie haben sich diese Verhandlungen damals abgespielt? Und sehen Sie das auch so, dass man das 90 als gescheitert ansehen konnte, und wann kamen denn überhaupt Drohungen mit einer Enteignung ins Spiel?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Die kamen mit der AtG-Novelle ins Spiel. Das ist doch klar, dass, wenn ein Gesetz novelliert wird mit einer Möglichkeit, zu enteignen, dann ist das natürlich sehr gravierend. Dazu kann ich vielleicht auch noch mal sagen, dass es ja interessant ist, dass man das Atomgesetz geändert hat und nicht das Bundesberggesetz. Da hätte man ja auch eine Enteignungsklausel reinbringen können, oder die gibt es ja eigentlich auch schon über diese Grundabtretung. Aber das war für mich auch wieder ein Zeichen dafür, dass man eben durch eine Enteignung per Atomgesetz auch schon gleich den nächsten Schritt zum Endlager sozusagen abgesichert hätte. Also, das heißt, dass man dann gar nicht mehr enteignen musste, um noch das Endlager durchzusetzen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann noch mal ein paar Jahre zurück. Wir hatten das vorhin schon, dass Sie sich überfallen fühlten oder erstaunt waren von der Benennung Gorlebens. Ist Ihnen denn im Nachgang mal als einem der größten Grundeigentümer oder als dem größten Grundeigentümer erklärt worden, wieso die Landesregierung und Herr Albrecht zu dem Standort Gorleben kamen und wieso Lichtenhorst und Lutterloh dann auf einmal aus dem Spiel waren? Hat man sich bemüht, Ihnen das zu erklären, und wenn ja, wie?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na ja, man hat das erklärt mit der damaligen Lage. Man musste ja diese Entsorgungsvorsorge machen. Das war ja alles noch ziemlich unsicher. Und die Wiederaufbereitung war ja ein Bestandteil der Entsorgung. So hat man das damals gesehen. Und ich bin ja gar nicht in die Lage gekommen, überhaupt darüber diskutieren zu können, ob das nun in Gorleben geeignet ist oder nicht. Ich wurde da ja vor vollendete Tatsachen gestellt: Das ist so, und die Standortentscheidung ist gefallen. - So wurde mir das berichtet, und da konnte ich - - Ja, was soll man da machen? Da kann man nur noch sagen: Ohne mich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, wieso die anderen drei weggefallen sind und es sich auf Gorleben fokussiert hat, das hat Ihnen niemand erklärt?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Nein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wussten Sie zu der Zeit, dass in der Bundesregierung, namentlich bei Bundeskanzler Schmidt, große Vorbehalte gegen Gorleben bestanden?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Nein, das wusste ich alles nicht. Ich war ja wirklich von diesen Fragen damals völlig unbeleckt; das muss man einfach sagen. Ich bin ja auch erst da langsam reingewachsen. Und ich kann mich nur an ein Gespräch mit Herrn Scheuten, DWK-Vorsitzenden, erinnern. Da hatte er mir gesagt, er könnte auch jederzeit ein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt arrangieren. Also insofern stand - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ist das dann irgendwie zustande gekommen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Nein, das hat nicht - - Das habe ich auch abgelehnt, weil, na ja. Also, es war ja auch so, dass der Bundeskanzler damals - - Der Bundeskanzler Schmidt hatte ja sehr große Sorgen gegenüber dem Standort Gorleben. Aber er hat ja dann sozusagen klein beigegeben. Es stand eben nur noch ein einziger Standort zur Verfügung, und da hat er die Politik - - Jetzt diese Standortauswahl hat er dann später auch unterstützt. Das muss man schon mal so sagen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Hat er denn - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - Herzlichen Dank. Nein, es ist vorbei. Also, ich meine jetzt erst mal, Ihre Fragezeit ist abgelaufen, Frau Menzner. - Das Fragerecht geht vielmehr jetzt an die Grünen. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr von Bernstorff, ich muss noch mal vom Geld reden. Also, wenn wir der Argumentation der geschätzten Kollegen der CDU-Fraktion folgen, dann haben Sie sich Wege bauen lassen, Sie haben sich Fische bezahlen lassen, Sie haben sich an der Salzhalde bereichert. Dazu haben Sie dann noch, bevor Ihnen die Felle davonschwimmen konnten, eruiert, wie Sie mög-

lichst viel aus Ihren Salzrechten rausschlagen können. Und da muss ich Sie jetzt fragen: Wenn das alles so stimmt, was hat Sie dann um Gottes Willen bewogen, 12 Millionen Euro, die man Ihnen noch dazu ohne jegliche Beeinträchtigung Ihres materiellen Besitzes angeboten hat, auszuschlagen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Da kann ich eigentlich nur eine Antwort geben: Mein Gewissen hat mich dazu bewogen, das auszuschlagen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, danke schön. - Dann reden wir jetzt mal von den Geldern, die tatsächlich im Zusammenhang mit der Frage 22 geflossen sind. Die Frage 22 lautet: Welche Gelder sind zur Unterstützung dieses Projektes geflossen? Ich kann sie auch zitieren:

Welche Finanzmittel wurden ... wann, von wem und auf welcher Basis in die Region Gorleben transferiert, und sollten diese dazu dienen, die Akzeptanz des geplanten Endlagers bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen?

Und da haben wir ja heute jetzt von dem Wohlverhaltensvertrag gehört. Nun gibt es ja eine Wohlverhaltensklausel auch in anderen Zusammenhängen im Recht, und das heißt immer, dass eine Verpflichtung entsteht; also hier übertragen heißt das: Die Gemeinde verpflichtet sich zum Wohlverhalten gegenüber dem Projekt Gorleben. Also ganz eindeutig: Wohlverhalten gegen Geld. Wissen Sie, welchen Anteil diese Gelder am öffentlichen Haushalt hatten, ungefähr?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:
Na, ja. Ich weiß nur, dass die Gemeinden in einer sehr schwierigen finanziellen Lage sind - diese ehemaligen Zonenrandgemeinden - und dass natürlich die Haushalte defizitär waren und dass man jetzt in der Lage ist, mit diesen Zuschüssen einen Haushalt zu erstellen. Aber bitte, fragen Sie mich jetzt nicht nach - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Antwort ehrt Sie. Sie wollen da keine schmutzige Wäsche waschen. Trotzdem muss ich jetzt noch mal fragen. Also, meinem Informationsstand nach waren das ungefähr 30 Prozent, also schon eine ganze Menge. Da entstehen Abhängigkeiten;

das ist völlig klar. Und es geht ja nun nicht um ein Projekt, was morgen vorbei sein sollte oder was überhaupt auch nur einen überschaubaren Zeitraum Bestand haben sollte, sondern es ging ja um so eine Art ziemlich langwieriges, also mal eine Lebensphase auf alle Fälle überschreitendes Projekt. Und diese Wohlverhaltensklausel verpflichtet ja die Gemeinde inklusive ihrer Funktionsträger dann, sich gegenüber diesem Projekt auf Dauer wohlzuverhalten. Das ist doch nicht ganz im Sinne des Erfinders, oder?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, das finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Also, ich würde sagen: Die Gemeinde hat Schaden durch die Arbeiten, die da - - also durch das ganze Projekt, natürlich besonders im Bereich Fremdenverkehr. Also, das merken wir jetzt schon ganz happig, dass die Leute sagen: In der Nähe von so einem Zwischenlager wollen wir nun nicht unbedingt Ferien machen. - Also, das heißt: Da sind schon mehrere Tatbestände, dass für die Region ein Schaden nachgewiesen werden kann, der ja auch ausgeglichen werden muss. Was ich vollkommen unmöglich finde, ist, dass man das - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie mir erlauben: Das ist ein anderer Ansatz, weil das wäre der Ausgleich. Aber hier geht es ja darum, nicht im Nachhinein etwas auszugleichen, was man beschädigt hat, sondern im Vorhinein ein bestimmtes Verhalten zu verlangen. So ist das ja festgeschrieben. Und das hat schon noch mal eine andere Qualität, finde ich.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Ja, ich finde, das beeinträchtigt die Räte, also die gewählten Vertreter, ihre freie Meinung zu sagen. Sie können zwar ihre Meinung sagen, aber dann gefährden sie sofort diesen finanziellen Zustrom. Und das Problem ist ja auch, dass eine Gemeinde sich sehr schnell auch abhängig macht von solchen Geldern. Dann wird ein Thermalbad gebaut, dann werden Sporthallen gebaut, die müssen unterhalten werden. Und diese Abhängigkeit - das haben wir auch als Unabhängige Wählergemeinschaft gesagt -, die ist eigentlich verheerend, weil man einfach da nicht mehr von runterkommt.

Deswegen finde ich es zwar richtig, dass eine Entschädigung gezahlt wird; aber die

darf auf keinen Fall an ein Wohlverhalten gebunden werden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die dürfte nicht erkaufte werden mit einer dauernden Zustimmung, weil sonst wird das eine Selffulfilling Prophecy mit Gorleben.

Welche Rolle spielte denn Herr Poggen-dorf bei dieser Geschichte? Oder: Spielte er eine und, wenn ja, welche?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na ja, ich habe ja vorhin gesagt - das ist so meine Einschätzung -: Herr Poggen-dorf be-kennt sich - er hat ja auch dieses Buch ge-schrieben - zu den Plänen für Gorleben und hat das natürlich mit seinen Möglichkeiten gefördert. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen. Er weiß, dass wir da ganz ver-schiedener Meinung sind, und trotzdem kön-nen wir uns die Hand geben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Kenntnis darüber, ob er an der Ausarbeitung dieses Vertrages beteiligt war?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Nein, das habe ich nicht, habe ich keine Ah-nung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, Sie müssen das auch mal so sehen: Als Kritiker habe ich natürlich auch diese ganzen Informationen, die jetzt so rauskom-men, gar nicht bekommen. Das war ja nun nicht so einfach. Ich habe das zwar versucht und habe mich immer mit allen Seiten unter-halten; aber da gibt es sicher Dinge, die ich auch bis jetzt immer noch nicht weiß.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Poggen-dorf war ja und ist auch sicher noch - wir werden ihn ja heute noch als Zeugen hören - ein Verfechter, ein Pro-Akteur dieses Projekts, und er hatte ja - muss man ja gar nicht verurteilen - offen-sichtlich immer auch diese Vorstellung: Das kommt dem Kreis zugute, weil das Geld rein-bringt. Habe ich das so richtig aus meinem bisherigen Wissensstand - ich kenne ihn bisher nicht persönlich -, dass so diese Vor-

stellung: „Das kommt dem Kreis materiell zugute; davon profitieren wir materiell“, ihn da auch sehr stark bestimmt hat in der ganzen Richtung?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Es ist ja so: Wenn ein Landkreis so dasteht wie unserer, mit dieser wirklich schlechten Infrastruktur, mit praktisch überhaupt keiner Industrie, dann sind die Lebensverhältnisse natürlich auch noch extrem anders als in anderen Landkreisen - abgesehen davon, dass wir unsere schöne Natur haben. Aber es ist natürlich eine große Bedürftigkeit da, und die wird durch so ein Projekt dann sozusagen erst mal befriedet. Das darf kein Grund dafür sein, dass man so einen Wohlverhaltensvertrag unterschreibt. Aber ich denke, man hätte auch anders an diese Gelder rankommen können, ohne sozusagen sich zu verkaufen, seine Seele zu verkaufen.

Aber gut, ich meine, die Leute, die das gemacht haben, stehen ja dazu. Vielleicht haben sie ihre Meinung jetzt auch geändert. Also, ich versuche auch immer, alle Seiten zu verstehen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der dritten Berliner Runde. Hat die Union weitere Fragen? - Nein, das ist nicht der Fall. Hat die SPD weitere Fragen? - Auch nicht. Die FDP auch nicht. Die Linken auch nicht. Und die Grünen?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na dann mal los, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte gerne noch einmal nachgehakt zu der Phase, in der wir uns ja jetzt befinden: diese Beschränkung der Erkundung auf das Nordostfeld und den Ausschluss des Südwestfeldes. Da hat ja in dem besagten Vermerk der Herr Hennenhöfer auch noch mal der Umweltministerin berichtet:

Ich habe besonders hervorgehoben, dass

- wir die Salzrechte gegenwärtig (Beschränkung auf Nord/Ostfeld) gar nicht und in Zukunft evtl. nur begrenzt bräuchten ...

Also, wenn er das so formuliert hat und in dem Gespräch auch so vertreten hat: Hatten Sie

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein!)

und haben Sie den Eindruck, dass hier die Auffassung vermittelt wird: Eigentlich reicht für eine Eignungsaussage über Gorleben doch nur die Erkundung des Nordostfeldes aus, wenn er sagt: „In Zukunft eventuell bräuchten wir das Südfeld nur begrenzt“?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Steiner, könnten Sie diese Frage vielleicht so stellen, dass keine Einschätzungen, keine Meinungen, keine Empfindungen, sondern allein nur Faktenwissen abgefragt wird?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja ein Vermerk über das Gespräch, das Herr Hennenhöfer mit Herrn von Bernstorff geführt hat und darüber berichtet, und ich frage nach der Erinnerung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist ja eine gute Frage.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich glaube, das war immer klar, dass für eine seriöse Untersuchung der gesamte Salzstock untersucht werden muss; und das sieht man ja auch an dem Rahmenbetriebsplan, dem ersten, den 1983 - - Dann gibt es ja diese nächsten Pläne, wo zwar mein Grundstück, also als roter Balken, dazwischenliegt, aber dann geht es auf der anderen Seite weiter. Also, ich habe den Eindruck, dass es jetzt nur darum ging, irgendwie weiterzumachen, das Projekt voranzutreiben, und dann wurde eben gesagt: Es reicht eben auch der nordöstliche Teil. Aber so, wie es jetzt zum Beispiel aussieht, wo also versucht wird, zwischen den Carnallitbänken und den Salzrechten der Kirche und von mir einen Weg zu schaffen, hat das aus meiner Sicht mit Geologie nichts zu tun.

Aber ich gebe zu, dass ich jetzt auf Ihre Frage nicht so richtig erschöpfend Antwort gegeben habe.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das interessiert uns ja auch unter dem Blickwinkel, dass wir demnächst Herrn Hennenhöfer vernehmen werden, ob das, was er hier schreibt, auch dem entspricht, was er damals mit Ihnen besprochen hat. Aber es ist natürlich schwierig, sich an so ein Gespräch vor 15 oder 16 Jahren zu erinnern.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Na doch. Also, ich glaube, mich zu erinnern, dass er irgendwo auch gesagt hat: Wir brauchen eigentlich Ihr Salz nicht. - Das hat er wohl schon gesagt, aber sicher mit dem Hintergedanken, dass ich, wenn ich höre, dass ich erst mal enteignet werden kann und zweitens mein Salz gar nicht gebraucht wird, vielleicht dann doch noch weich werde und meine Salzrechte verkaufe. Bei dem, was ich sonst hier lese und höre, unterstelle ich das.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Eindruck drängt sich uns auch, rückwirkend gesehen, manchmal auf. Und wir haben ja letztes Mal auch als Zeugen Herrn Wosnik - der war die bergfachliche Person im BfS - dazu befragt, der ja uns auch dargelegt hat, warum er diese Einschränkung kritisiert hat auf das Nordostfeld, weil er eben meinte, eine beidseitige Untersuchung würde die Sicherheit der Prognose für eine Eignung sicherlich erhöhen. Und das ist ja auch der Grund, warum wir hier so genau nachfragen wollen, weil man ja aus den Debatten damals Lehren ziehen kann.

Hat man damals eigentlich schon geglaubt, man kann mit der Erkundung des Nordostfelds Aussagen über die Eignung des ganzen Salzstocks treffen? Weil ich würde Sie nämlich dann auch fragen, ob Sie diese Einsicht oder diese Erkenntnis, die Sie jetzt ja gerade selber formuliert haben, nicht auch auf die anderen Erkundungen, die, wie Sie jetzt vorhin schon angedeutet haben, wieder aufgenommen worden sind, übertragen? Ich sage das vor dem Hintergrund der Frage 26 des Untersuchungsauftrags; ich meine die heutigen Erkundungen.

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff: Also, ich meine - und das sagt ja auch Herr König -, dass man, wenn man so ein Problem meistern will mit einem Endlager, dann muss man einfach genau wissen: Was ist mit dem Wirtsgestein los? Und da kann es nicht sein, dass man also gerade auch noch den wahrscheinlich unbrauchbaren Teil nur er-

kundet und dann meint, man kann ein Endlager machen. Also, da bin ich ganz sicher der Meinung, dass man eben ganz genau Bescheid wissen muss über so ein Wirtsgestein und nicht nur partiell da Bohrungen und Erkundungen machen kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bin ganz dezidiert der Auffassung, dass diese Frage 26 nun wirklich Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist. Das sind unsere Schlussfolgerungen, die wir letztendlich ziehen, und ich finde, damit sollten wir die Zeugen nicht behelligen, -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte auch nicht vor, weiter zu fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - weil es ist schon schwierig genug sozusagen, dass sie zu all dem Auskunft geben müssen, was sich da bei den übrigen Fragen auftut an zusätzlichen Informationen, die wir von ihnen wissen wollen.

Haben Sie weitere Fragen?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war meine letzte Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das war Ihre letzte Frage. Das ist ja dann doch ganz erfreulich, insbesondere für unseren Zeugen.

Gibt es aus den anderen Fraktionen jetzt noch weitere Fragen? - Das kann ich nicht sehen.

Herr von Bernstorff, dann will die Vernehmung auch formal abschließen. Das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll, sobald es fertig ist. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Andreas Graf von Bernstorff:

Nein, da habe ich keine Fragen. Das habe ich, glaube ich, auch gut verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Wunderbar. Dann bedanke ich mich ganz herzlich dafür, dass Sie hier bei uns waren, wünsche eine gute Heimreise und noch einen schönen Nachmittag.

Ich unterbreche kurz die Sitzung und bitte dann, unseren nächsten Zeugen, Herrn Pogendorf, hier hineinzuleiten. - Danke schön.

(Unterbrechung von
15.55 bis 16.42 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Wir werden ja noch einmal unsere Sitzung unterbrechen in ungefähr, ich glaube, einer guten Stunde oder so - das werden wir dann aber wieder bemerken und vor allen Dingen Ihnen auch rechtzeitig kundtun - für eine weitere namentliche Abstimmung.

**Vernehmung des Zeugen
Klaus Poggendorf**

Herr Poggendorf, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer Ausschusssitzung und zu Ihrer Zeugenvernehmung. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung anfertigen, allein aus dem Grund, um die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann nach Genehmigung des Protokolls auch wieder gelöscht werden.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-174, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Für die heutige Vernehmung hat Ihnen der Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg mit Schreiben vom 4. November 2011 eine Aussagegenehmigung erteilt.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der

Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu bis jetzt Fragen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Ich würde Sie darüber hinaus bitten, das Mikrofon zu benutzen - die Akustik in diesem Saal ist manchmal etwas schwierig -, und würde dann mit der Vernehmung zur Person beginnen wollen und Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigem Namen, Ihrem Alter vorzustellen, und Sie zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Anschrift noch korrekt ist.

Zeuge Klaus Poggendorf: Mein Name ist Klaus Poggendorf. Ich bin 74 Jahre alt, und die Anschrift ist korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima, dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen.

Dem Ausschuss geht es ja darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock in Gorleben untertägig und keinen anderen Standort mehr obertägig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Wir schauen uns dazu einen noch weiteren Zeitraum an, nämlich von 1977, also dem Angebot von Ernst Albrecht an die damalige Bundesregierung, den Salzstock Gorleben zu erkunden, bis hin zu der Frage 1996/97, die Erkundungsräume in Gorleben aufgrund nicht vorhandener Salzrechte zu verschieben. Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern, also zum Untersuchungsauftrag. Andernfalls würden wir sonst sofort mit Fragen an Sie beginnen. Wie möchten Sie gerne verfahren?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich möchte eine ganz kurze Bemerkung vorwegschicken.

Sie haben, Frau Vorsitzende, zu Recht schon darauf hingewiesen, dass der Land-

kreis Lüchow-Dannenberg seinerzeit, von 1977 an, mit dem Problem der Salzstockuntersuchung konfrontiert worden ist. Das hing zusammen mit der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, im Jahre 1977 ein nukleares Entsorgungszentrum in Gorleben zu errichten, das heißt also, eine Wiederaufarbeitungsanlage in der Nähe eines zu untersuchenden Salzstockes. Der Kreistag hat sich mehrfach deswegen schon vor der Entscheidung der Bundesregierung über die Salzstockuntersuchung am 13. Juli 1983 mit diesem Problem befassen müssen und war auch konfrontiert mit Entscheidungen über oder Zustimmungen zur Salzstockuntersuchung. Und ich kann Ihnen sagen: In der Zeit davor hat es eine große Einheitlichkeit im Kreistag gegeben.

Wir haben also im Jahre 1979 über hydrologische Bohrungen im Kreistag befunden und damals eine große Zustimmung im Kreistag gehabt. Es stimmten nur zwei SPD-Abgeordnete, ein CDU-Abgeordneter und ein FDP-Abgeordneter dagegen. Wir haben uns mit der Salzstockuntersuchung auch im Jahre 1980 noch befasst, und zwar mit den Tiefbohrungen. Auch hier gab es, bis auf eine Gegenstimme von der SPD, die Zustimmung des Kreistages.

Als 1983 dann das Gutachten der PTB vorlag mit der Empfehlung, die Untersuchungen jetzt fortzusetzen und den Salzstock bergmännisch zu erschließen, gab es im Kreistag auch eine große Übereinstimmung und Zustimmung mit diesem Schritt. Das lag sicherlich daran, dass die Parteien übergreifend für diese Salzstockuntersuchung waren. Sowohl die SPD damals als auch die CDU und FDP stimmten dafür oder waren dafür.

Und es gab vor der Entscheidung der Bundesregierung am 13.07. eine Aktuelle Stunde zu Gorleben im Niedersächsischen Landtag, und auch da stimmten die CDU, die FDP und die SPD dieser Salzstockuntersuchung zu, bevor die Bundesregierung entschied. Ich darf vielleicht mal zitieren aus der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* vom 10.06.1983. Da heißt es:

Für die SPD-Fraktion hob der Abgeordnete Bruns hervor, nur durch eine bergmännische Erschließung des Salzstockes könne festgestellt werden, ob er für eine Endlagerung geeignet sei. Alternative Bohrungen an anderen Standorten seien nur dann zu verantworten, wenn durch die zuständige Bundesregierung die

Zweifel an der Eignung des Gorlebener Salzstockes bestätigt würden. Neue Bohrungen an neuen Standorten lösten sonst nur unnötige, erhebliche Beunruhigung in der Bevölkerung aus.

Diese Übereinstimmung hatte natürlich auch zur Folge, dass sie bei uns im Kreistag parteiübergreifend, das heißt SPD und CDU damals, für diese Untersuchungen waren. Die Meinungsverschiedenheiten traten erst später auf, muss man sagen, über die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit einer solchen Salzstockuntersuchung, nach meiner Erinnerung so in den Jahren 1985/86.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Poggendorf. - Wir wollen vielleicht jetzt wirklich beginnen in den 70er-Jahren, wie es nach der Entscheidung der Landesregierung vom 22. Februar 1977 dann zur Gründung der Gorleben-Kommission kam. Ich habe hier Hinweise darauf, dass es am 11. August 1977 zu einer Resolution im Kreistag Lüchow-Dannenberg kam auf Antrag des Kreistagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill. Im Rahmen der Resolution werden mangelnde Information durch die Landes- und Bundesregierung beklagt und konkrete Informationen der Bevölkerung gefordert. Das finden wir in MAT A 188, ein Dokument, was wir hier schon mehrfach aufgerufen haben. Das ist die von Anselm Tigge-mann verfasste Schrift *Die „Achillesferse“ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland* usw. Ich will das jetzt nicht alles noch mal vorlesen. Dieser Schrift kann ich folgende Zitate entnehmen:

Das ist einmal Ihre Aussage zur Information der Öffentlichkeit im Landkreis Lüchow-Dannenberg 1977 - ich zitiere -:

Als durchsickerte, dass die Gemeinde Gorleben Standort eines NEZ

- also eines nuklearen Entsorgungszentrums -

werden könnte, wuchs die Unruhe in der Öffentlichkeit. Die BI,

- also die Bürgerinitiative -

der Kreisverband des Landvolks und andere wandten sich schriftlich mit der Bitte um Auskunft an Ministerpräsident Dr. Albrecht. Trotz dieser Vorahnung platzte die Nachricht von der am 22.2.1977 getroffenen

Entscheidung der Landesregierung für Gorleben als Standort eines NEZ wie eine Bombe im Landkreis. Sie traf dessen Bevölkerung völlig unvorbereitet.

Und dann weiter ein Zitat:

Die Unklarheit und die Gerüchtebildung um die „Gorleben-Entscheidung“ kann vor allem auf die mangelnde Transparenz des gesamten Auswahlverfahrens zurückgeführt werden. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie

- in Klammern: Bundesminister Hans Hermann Matthöfer, SPD -

war bis zum Januar 1976 von der angesichts des öffentlichen Interesses folgenschweren Fehleinschätzung ausgegangen, dass mit der Öffentlichkeitsarbeit für das „Nukleare Entsorgungszentrum“ erst begonnen werden sollte, wenn eine Standortentscheidung gefallen war... Dadurch wurde bei der Bevölkerung an den Standorten und den beteiligten Kommunalpolitikern ein hohes Maß an Misstrauen erzeugt.

Ich würde gerne mit Ihnen jetzt noch mal rekapitulieren: Wie war das denn vor der Benennung? Also, wie haben Sie überhaupt davon läuten hören sozusagen - das entnehme ich ja diesen Zitaten -, dass es möglicherweise zu einer Benennung des Salzstocks in Gorleben kommen könnte? Wie war damals die Reaktion im kommunalpolitischen Bereich? Was haben die Bürger dazu gesagt? Also, wenn Sie das bitte aus Ihrer Erinnerung mal schildern könnten, wie die Situation vor der Benennung 1977 eigentlich war.

Zeuge Klaus Poggendorf: Es war so, wie Sie zitiert haben. Es gab Gerüchte darüber, dass Gorleben als Standort einer nuklearen Entsorgungsanlage ausgewählt werden sollte. Diese Gerüchte verursachten erhebliche Unruhe innerhalb der Bevölkerung und führten schon damals zu Protesten. Und als dann die Entscheidung fiel von Albrecht, dass Gorleben Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums werden sollte, gab es erhebliche Proteste auf allen Seiten. Auch die Gemeinden - die Gemeinde Gorleben, die Samtgemeinde Gartow - hatten Bedenken geäußert, allerdings aus dem Gesichtspunkt heraus - - Die waren dabei, die Frem-

denverkehrsinfrastruktur auszubauen, den Fremdenverkehr zu fördern, und befürchteten, durch diese Entscheidung und die sich anschließenden Demonstrationen Schaden für den Fremdenverkehr zu nehmen. Diese Meinung haben sie dann allerdings später geändert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wie war das? Also, zum einen: Wissen Sie noch, woher Sie das eigentlich gewahr geworden sind, wenn ich das mal so sagen darf? Also, auch so ein Gerücht müsste ja irgendwo Ausgang nehmen. Wer hat das gesagt? Wer hat Ihnen das erzählt?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich glaube, am 22. Februar 1977 hat die niedersächsische Landesregierung entschieden, dass Gorleben Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums sein sollte. Ich war damals noch nicht im Amt. Ich war beim Kreis tätig. Ich war noch nicht als Oberkreisdirektor gewählt, das bin ich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1977. Zu mir hat damals keiner Kontakt aufgenommen, und mir sind auch keine Kontakte der Landesregierung zu Mitgliedern des Kreistages oder anderen Politikern bekannt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und danach, Herr Poggendorf? Wie gestaltete sich denn dann die Öffentlichkeitsbeteiligung, als es nun aus war sozusagen, als der Ministerpräsident dann gesagt hatte: „Jawohl, man will in Gorleben erkunden, zunächst obertätig“? Wie war Ihre Einbeziehung? War überhaupt die Bereitschaft da bei den Kommunalpolitikern, bei der Bevölkerung, sich da tatsächlich zu beteiligen? Oder hat man gesagt: „Nein, ihr habt uns vorher nicht beteiligt, und nachher hat es jetzt auch keinen Sinn“? Also, wie war das?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, das war zunächst so, dass die Landesregierung oder Ministerpräsident Dr. Albrecht zunächst sehr engen Kontakt aufnahm zur Bürgerinitiative und insbesondere zum Grafen Bernstorff. Ihre Absicht war wohl, mit der Protestbewegung in Kontakt zu bleiben und die Form des Widerstandes mit denen abzustimmen. Die Kommunalpolitiker fühlten sich aber übergangen und hielten sich als gewählte Vertreter als legitimen Adressaten für solche Kontakte und haben dann auch im Kreistag eine Resolution verabschiedet, in der die

unzureichende Informationspolitik des Landes und des Bundes kritisiert wurde, und erhoben dann die Forderung, eine Kommission einzurichten, in die die Mitglieder des Kreistages, aber auch der kommunalen Gremien der Standortgemeinden eingebunden werden, um Informationen zu bekommen über das Projekt in Gorleben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wie war denn dann die Bereitschaft, also, wollten sie dann da auch gerne mitarbeiten? Können Sie mir dann sagen, wie sich die Mitarbeit in dieser Kommission dargestellt hat, wer denn da jetzt mitgearbeitet hat in dieser Gorleben-Kommission?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. Also, in dieser Gorleben-Kommission waren Vertreter der Gemeinde Gorleben, der Samtgemeinde Gartow, des Landkreises - also die Parteien, die im Kreistag waren, entsandten dort Vertreter - und Verwaltungsbeamte, das heißt die Hauptverwaltungsbeamten dieser kommunalen Gremien. Später wurde die Kommission allerdings erweitert um das Landvolk und andere Organisationen. Diese Kommission hatte eigentlich nicht die Absicht, irgendwelche Entscheidungen zu treffen, sondern Informationen über das Projekt der nuklearen Entsorgungsanlage zu sammeln, um diese Informationen dann zur Grundlage künftiger Entscheidungen zu machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Hat die Kommission öffentlich getagt? Das ist eine Frage. Und die andere Frage ist: Wie haben Sie sich kundig gemacht? Also, das ist ja eine Thematik, die man nicht unbedingt so in seinem Alltag weiß und wo man da also weiß, wie man da entscheiden müsste oder nicht.

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, zunächst zur ersten Frage, ob die Kommission öffentlich getagt hat: Die Kommission hat nicht öffentlich getagt. Das hatte aber folgenden Grund: Wir hatten nach Bekanntwerden der Entscheidung über das nukleare Entsorgungszentrum versucht, Kontakte zu allen politischen Verantwortlichen im Landkreis herzustellen, und hatten dazu in Hitzacker zu einem Gespräch eingeladen. An diesem Gespräch oder an dieser Unterredung nahmen etwa 45 Organisationen teil, angefangen von der Bürgerinitiative über die Vertreter der betroffenen Gemeinden, also der

Standortgemeinden, des Landkreises, das Landvolk, die Kreisjägerschaft, die IHK etc. Dazu hatten wir den Saal in Hitzacker gemietet und hatten vorgesehen, dass die geladenen Vertreter nur mit Eintrittskarten dort reinkommen sollten, weil wir vermeiden wollten, dass der Saal durch Kernkraftgegner besetzt wurde. Das lief zunächst ganz gut an, und dann wurde der Saal gestürmt von 150 oder 200 Kernkraftgegnern, und das endete in einem Tohuwabohu. Das heißt also, Befürworter der Kernkraft wurden niedergeschrien und andere, die die Kernkraft ablehnten, frenetisch bejubelt.

Diese Erfahrungen haben wir auch gemacht in Kreistagen, in denen es um die Kernenergie und um die nuklearen Entsorgungsanlagen ging. Es kamen also im Grunde genommen Leute, die für die Kernkraft waren, nicht zu Wort, und deswegen waren wir der Überzeugung, dass, wenn man sich informieren will, darf man das nicht öffentlich machen, weil das dann zu diesen Schauprozessen - will ich mal sagen - kommen würde und ein vernünftiger Gedankenaustausch oder ein vernünftiger Informationsfluss unmöglich wird.

Aus diesem Grunde hat man sich entschieden, die Gorleben-Kommission nicht öffentlich tagen zu lassen, aber es war jedes Mal ein Vertreter der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* dabei, der ausführlich über die Diskussion innerhalb der Kommission berichtete.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie haben Sie sich kundig gemacht? Wollen Sie das noch sagen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. Es wurden also Wissenschaftler eingeladen - Geologen, Kernphysiker -, die uns Informationen einmal über die Wiederaufarbeitungsanlage lieferten, solange das noch aktuell war, die aber auch über die geologischen Untersuchungen uns informierten. Die Teilnehmer oder Mitglieder der Gorleben-Kommission hatten die Möglichkeit, Fragen zu stellen, und diese Informationen fanden ihren Niederschlag in einem Protokoll, das allen Abgeordneten des Kreistages und der Räte in den betroffenen Standortgemeinden zugänglich gemacht wurde, sodass also dieses Wissen breit gefächert weitergegeben wurde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Diese Wissenschaftler, von wem wurden die

ausgesucht? Gab es Wissenschaftler, die auch kritische Meinungen vertreten haben, -

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
- die also möglicherweise davon überzeugt waren, dass es eben kein Salzstock sein sollte und schon gar nicht der in Gorleben?

Zeuge Klaus Poggendorf: Es gab also beispielsweise Wissenschaftler, die dort geladen wurden - - Zum Beispiel Herr Professor Duphorn war auch Gast der Gorleben-Kommission und hat über seine Meinung zum Salzstock referiert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich komme nun noch mal zurück auf die Frage: Öffentlichkeit oder nicht? Sie haben eben erklärt, warum es denn dazu kam, dass eben eine breite Öffentlichkeit nicht zu den Sitzungen zugelassen worden ist. Da muss man aber sagen, dass sich daraus natürlich sehr negative Beurteilungen dieser Gorleben-Kommission ergeben haben. Unter anderem hat unsere Zeugin Frau Fritzen, die hier am 27. Januar dieses Jahres vernommen worden ist - das ist das Stenografische Protokoll in der endgültigen Fassung der 31. Sitzung, Seite 50 -, gesagt: „Die Kommission war ein Geheimbund; es war nicht öffentlich.“ Und dann gibt es einen offenen Brief der GLU, also der Grünen Liste Umweltschutz, an die Mitglieder der Gorleben-Kommission vom 3. März 1979 - das ist MAT A 102, Band 1, Paginierung 000189 -, wo gesagt wird:

Obwohl sie eingerichtet worden ist,

- also die Gorleben-Kommission -

um die Öffentlichkeit zu informieren, bemüht sich die Gorleben-Kommission offensichtlich darum, Nachrichten zu unterdrücken und - wie jüngst durch ihren Vorsitzenden, Herrn Grill - Falschmeldungen auszustreuen!

Können Sie sagen, an welchem Umstand diese Kritik festgemacht worden ist? Also, welche Nachricht ist da unterdrückt worden?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich weiß nicht, auf welche Nachricht sich diese Äußerung bezieht. Ich kann aber diesen Ausführungen nicht folgen, weil, wie gesagt, die Kommission begleitet wurde von Presse-

vertretern der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, die ausführlich über den Inhalt dieser Kommission berichteten und insofern die Diskussionen innerhalb der Kommission in die Öffentlichkeit trugen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie ging denn die Kommission zu der Zeit mit solchen Anwürfen um? Also, hat man da versucht, dem entgegenzuwirken, oder wie da auch immer? Dieser offene Brief ist ja dann 1979 schon verfasst worden, also während der Zeit, wo die Gorleben-Kommission ja gearbeitet hat. Wie hat man versucht, dem zu begegnen? Hat man das ignoriert, oder ist man irgendwie darauf eingegangen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das weiß ich jetzt nicht mehr so genau, Frau Vorsitzende, aber ich gehe mal davon aus, dass der Vorsitzende durch Presseerklärungen auf diese Vorwürfe reagiert hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie haben eben, Herr Poggendorf, schon gesagt, dass - - oder haben den Namen Professor Duphorn genannt. Es gibt nun eine Einladung des Vorsitzenden der Gorleben-Kommission, von Herrn Grill, vom 6. September 1982 an Professor Duphorn zur Abgabe einer Stellungnahme zu seiner quartärgeologischen Gesamtinterpretation Gorleben in der Sitzung der Gorleben-Kommission vom 16. September; das ist MAT A 139, Band 30, Paginierung 113082. Ist Herr Duphorn damals angehört worden?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. Wie Sie wissen, hatte ja Professor Duphorn seinerzeit Bedenken geäußert gegen die Eignung des Salzstockes, und zwar mit verschiedenen geologischen Argumenten.

Zum einen hatte er seinerzeit gesagt, der Salzstock wäre in den letzten 800 000 Jahren durchgebrochen in Richtung Oberfläche, was sicherlich negative Auswirkungen gehabt hätte, wenn das zuträfe, weil sich der Salzstock dann den grundwasserführenden Deckschichten genähert hätte. Zum anderen hatte er darauf hingewiesen, dass die wasserundurchlässigen Sedimente nicht in der Dichte und Breite vorhanden wären, um Einwirkungen des Grundwassers auf den Salzstock zu unterbinden.

Daraufhin hat ein Gespräch stattgefunden mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und dem Bergamt und anderen. Das

Ergebnis dieser Besprechung war eine schriftliche Erklärung, die auch von Professor Duphorn unterschrieben wurde. In der hat er dann die Anwürfe oder die Kritik oder seine Argumente, dass der Salzstock instabil war und sich der Erdoberfläche nähert, zurückgenommen, hat aber weiterhin auf die unzureichenden und wasserundurchlässigen Sedimente im Deckgebirge hingewiesen. Er war dann bei der Gorleben-Kommission und hat zu seinen Äußerungen Stellung genommen und auch damals gemeinsam in diesem Papier gesagt, der Salzstock sollte weiter untersucht werden. Das war die Meinung von Duphorn. Aber er hat erklärt, neben dieser Untersuchung sollte ein zweiter Salzstock untersucht werden; für den Fall, dass sich weitere Mängel herausstellen, könnte das sonst zu wissenschaftlich unvertretbaren Entscheidungen führen. Das heißt, man würde möglicherweise einen Salzstock wie Gorleben zu einem Endlager machen, ohne dass sich das wissenschaftlich rechtfertigen ließe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und hat man einen weiteren Salzstock untersucht?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das hat man nicht gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wie hat sich die Gorleben-Kommission, wie haben sich die kommunalen Vertreter in der Gorleben-Kommission dann zu diesem Umstand gestellt?

Zeuge Klaus Poggendorf: Die kommunalen Vertreter waren der Meinung, dass man zunächst den Salzstock Gorleben untersuchen sollte und erst dann, wenn sich herausstellt, dass ernsthafte Mängel vorliegen, die gegen die Eignung des Salzstockes als Endlager sprechen, eine weitere Entscheidung über eine andere Salzstockuntersuchung treffen könnte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Poggendorf, kurz nachdem die Landesregierung entschieden hat im Februar 1977, den Salzstock als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum zu benennen, kam es durch kommunale Mandatsträger zur Forderung nach Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand, also Gelder in die Region Gorleben.

Das können wir nachlesen unter anderem in MAT A 188. Das ist die Ausarbeitung von Herrn Tiggemann, die hier schon mehrfach genannt worden ist.

Ab 1979 gab es dann Ausgleichszahlungen vom Bund über das Land Niedersachsen an den Landkreis Lüchow-Dannenberg und an die betroffenen Kommunen. Das finden wir unter MAT A 102/1, Band 154, Paginierung 164 bis 166; das ist die „Verwaltungsvereinbarung über die Regelung der finanziellen Auswirkungen des Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahrens für das Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) bei Gorleben“ vom 9. Februar 1979 zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen.

Da würde ich jetzt gerne von Ihnen wissen: Wer im Einzelnen machte sich denn für diese Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand an die betroffenen Gemeinden stark?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, es war Folgendes: Es ging damals noch um das nukleare Entsorgungszentrum. Und das Land Niedersachsen hat ja gegenüber der Bundesregierung erklärt, wenn ein solches nukleares Entsorgungszentrum kommt, dann wären sie nur bereit, das weiterhin zu unterstützen, wenn die mit der Ansiedlung dieses nuklearen Entsorgungszentrums verbundenen zusätzlichen Kosten, die auf das Land zukämen - - bereit wären, diese Kosten zu erstatten aus dem Bundeshaushalt.

Es liefen also Verhandlungen zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen über diese Kosten, die aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden sollten. Das hatte der Landkreis zur Kenntnis bekommen, und der Kreisausschuss beauftragte mich damals, Kontakt mit der niedersächsischen Landesregierung aufzunehmen, damit wir, das heißt der Landkreis und die Standortgemeinden für das nukleare Entsorgungszentrum - das war die Samtgemeinde Gartow, das war die Gemeinde Gorleben und die Gemeinde Trebel in der Samtgemeinde Lüchow -, mit einbezogen werden in diese Verhandlungen und ebenfalls partizipieren sollten an den möglichen Zahlungen aus dem Bundeshaushalt.

Ich bin daraufhin an die Landesregierung herangetreten, und die hat sich bereit erklärt, uns mit in diese Verhandlungen einzubeziehen, und uns aufgefordert, Kosten, die mittel- oder unmittelbar mit dem nuklearen Entsorgungszentrum in Verbindung stehen, zu benennen, um sie dann also gegenüber dem

Bund geltend zu machen. Es kam dann zu Verhandlungen zwischen dem Land Niedersachsen und der Bundesregierung. An diesen Verhandlungen habe ich teilgenommen und gleichzeitig die Standortgemeinden und den Landkreis vertreten.

Diese Verhandlungen führten 1979 zu dem Ergebnis, dass ein Vertrag abgeschlossen wurde, ein Zehnjahresvertrag, der vorsah, diese Zahlungen - - Zunächst für die ersten vier Jahre war vereinbart eine Summe von 200 Millionen DM, das heißt also 50 Millionen pro Jahr. Dieses Geld floss an das Land, und das Land ließ den Landkreis und die Standortgemeinden partizipieren. Die erste Summe, die wir - - oder die Aufteilung, die damals erfolgte, war die, dass das Land den größten Teil des Geldes natürlich behielt, und wir kriegten in den ersten vier Jahren etwa 4,1 Millionen pro Jahr, die dann aufgeteilt wurden zwischen dem Landkreis, der Samtgemeinde Gartow, der Gemeinde Gorleben und der Gemeinde Trebel.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sind die Zahlungen in irgendeiner Art und Weise beeinflusst worden durch den Umstand, dass der Bund dann ja darauf verzichtet hat, ein nukleares Entsorgungszentrum zu bauen oder zu planen - das nach dem Nein von Albrecht -, sondern es dann nur noch - in Anführungsstrichen - zur Planung, Erkundung, später möglicherweise Bau eines Endlagers kommen sollte?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, der Bund hatte bei den Verhandlungen, als es noch um das nukleare Entsorgungszentrum ging, von vornherein gesagt: Für die Wiederaufarbeitungsanlage sind wir nicht zuständig, sondern dafür sind die Betreiber zuständig. - Und die DWK damals, die die Wiederaufarbeitungsanlage bauen sollte, hatte signalisiert, für den Fall, dass die Wiederaufarbeitungsanlage gebaut wird, würden sie 200 Millionen DM dem Land zur Verfügung stellen.

Bei den Verhandlungen mit dem Bund ging es ausschließlich um den Salzstock; denn das war eine Bundeseinrichtung. Und darauf haben wir auch immer hingewiesen, sodass also letztlich die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, auf die Wiederaufarbeitungsanlage zu verzichten, keinen Einfluss hatte auf den Gegenstand des zwischen Bund und Niedersachsen geschlossenen Vertrages.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Diese Gelder, Herr Poggendorf, werden sehr unterschiedlich bewertet. Also, die einen sagen: Es ist eine berechnete Infrastrukturhilfe als Ausgleich für die Übernahme von nationaler Verantwortung, von nationalen Aufgaben. - Die anderen sagen: Es waren schlicht und ergreifend Schmiergelder. - Könnten Sie freundlicherweise sagen nach Ihrer Erinnerung: Was war der Zweck der Zahlung, bzw. in welche Projekte sind sie ganz konkret geflossen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Wollen Sie die Projekte wissen, oder - - Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Was der Zweck der Zahlungen gewesen, wenn Sie das allgemein sagen wollen. Sie könnten aber auch ergänzend sagen, in welche Projekte die denn ganz konkret geflossen sind, diese Zahlungen.

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, zunächst mal zu dem Vorwurf, das wären Schmiergelder: Dieser Vorwurf lässt sich leicht entkräften. Die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder und Fischer hat ja seinerzeit, als das Moratorium beschlossen wurde und auch als die Salzstockuntersuchungen stillgelegt wurden, den Arbeitskreis „Endlager“ beauftragt, neue Kriterien zur Bewertung von Salzstöcken zu entwickeln. Dieser Arbeitskreis hat diese Kriterien vorgelegt, und in den Ausarbeitungen des Arbeitskreises steht drin, dass dort, wo ein Endlager untersucht bzw. solch ein Endlager eingerichtet wird, der Bund finanziell Mittel zur Verfügung stellen soll zum Ausbau der Infrastruktur bzw. auch zur Förderung anderer Vorhaben.

Zweitens. Das Land war seinerzeit zuständig für die Verhandlungen über Gorleben mit dem Bund. Wir hatten 1990 einen weiteren Vertrag abgeschlossen - oder das Land hat einen weiteren Vertrag abgeschlossen - über die Zahlung dieser Mittel, der von 1990 bis 96, also für sechs Jahre, gelten sollte. Ich habe an diesen Verhandlungen teilgenommen. Für die ersten drei Jahre waren vereinbart zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen: 90 Millionen, also 30 Millionen DM pro Jahr. Von diesen 30 Millionen flossen 12 Millionen dem Landkreis Lüchow-Danenberg und seinen Standortgemeinden zu, 12 Millionen gingen an die Stadt Salzgitter

wegen Konrad und Asse, 1 Million bekam der Landkreis Wolfenbüttel, und 5 Millionen erhielt das Land.

Diese Zahlungen endeten 1993, der Vertrag ging aber bis 1996. Damals wechselte die Mehrheit bei uns im Kreistag; das heißt also: Die Kernkraftgegner kriegten eine Mehrheit, die CDU verlor ihre Mehrheit. Die Kernkraftgegner haben damals entschieden, weitere Verhandlungen nicht mit dem Bund zu führen über die Zahlung dieser Gelder. 1992 hatten wir eine Kabinettsitzung des niedersächsischen Kabinetts in Lüben¹, auf der wir eingeladen waren. Die Fraktionsvorsitzende, der damalige ehrenamtliche Landrat Zühlke und ich - - Und Ministerpräsident Schröder empfing uns damals, und der Landrat erklärte ihm, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg darauf verzichtet habe, weitere Gelder einzufordern vom Bund. Daraufhin hat der Ministerpräsident Schröder gesagt, dafür hätte er überhaupt kein Verständnis. Zum einen wäre er zwar auch gegen die Anlagen in Gorleben, aber solange man also diesen politischen Mühlstein am Hals habe, könne er nicht einsehen, warum man auf Forderungen an den Bund verzichte. Wenn man das aber nun getan habe, sei er natürlich außerstande, mit Bonn Verhandlungen aufzunehmen, um Gelder für den Landkreis und seine Standortgemeinden zu vereinbaren, mit einer Erklärung des Kreistages, dass sie solche Gelder nicht wollten.

Das Dritte ist: Die Gorleben-Gelder flossen ja nicht nur aus den Vereinbarungen zwischen dem Bund und dem Land, sondern es gab ja auch weitere Gelder, nämlich Ansiedlungsverträge mit den Betreibern des Zwischenlagers, und zwar seinerzeit der DWK und später der GNS und der ... (akustisch unverständlich). Diese Zahlungen sahen also vor: einmal für die Ansiedlung des Transportbehälterlagers, also wo die Castorbehälter untergebracht werden, eine Einmalzahlung von 5 Millionen, die aufgeteilt wurde zwischen dem Landkreis, der Samtgemeinde Gartow und der Gemeinde Gorleben, und eine jährliche Zahlung von 1 Million, solange das Zwischenlager in Betrieb ist. Diese 1 Million teilte sich auf: 300 000 DM bekam der Landkreis, 300 000 DM die Gemeinde Gorleben, 400 000 DM bekam die Samtgemeinde Gartow. Dieser Vertrag läuft bis heute. Das heißt: Wir haben seit 1991 eine

Mehrheit von Kernkraftgegnern. Diese Mehrheit von Kernkraftgegnern nimmt nach wie vor die Gelder aus dem Ansiedlungsvertrag von den Betreibern in Empfang. Und ich darf Ihnen mal sagen, wie das heute aussieht: Der Landkreis hatte bis 1991 eine CDU-Mehrheit und hat also in diesen elf Jahren 3,3 Millionen DM bekommen. Seit 1992 haben wir eine Mehrheit von Kernkraftgegnern. In der Zeit der Kernkraftgegner, also in dieser Zeit, sind von 1992 bis heute, bis 2011, an den Landkreis 8 685 000 DM aus dem Ansiedlungsvertrag geflossen. Das heißt: 3,3 Millionen bis 1991, als es eine absolute Mehrheit der CDU gab, und ab 92 8 685 000 DM. Das heißt: Das sind fast zwei Drittel mehr als zur Zeit der absoluten Mehrheit der CDU.² Nun wird man schlecht sagen können, wenn Kernkraftgegner diese Zahlungen in Empfang nehmen, dass sie anstößig sind. Also, zumindest kann ich da, wenn man eine solche Behauptung aufstellt, diesen Widerspruch nicht auflösen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Danke schön für diese Erläuterungen. Ich will nun die finanzielle, die strukturelle Situation des Landkreises Lüchow-Dannenberg und damit auch der Region um Gorleben noch mal ins Augenmerk nehmen.

Sie sagen zu den Problemen des Landkreises Lüchow-Dannenberg im Jahr 1977 in Ihrem Buch *Gorleben - Der Streit um die nukleare Entsorgung und die Zukunft einer Region* von 2008 auf der Seite 27 und 28 - ich zitiere -:

Die relativ große Fläche und die geringe Besiedlungsdichte verur-

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Lüben“, setze „Lübel“, Anlage

² Ergänzung des Zeugen: „Auf der Seite 71 möchte ich meine Aussage korrigieren, dass der Landkreis Lüchow-Dannenberg 8.685.000 DM empfing, nachdem die absolute Mehrheit im Kreistag von der CDU zu einer Mehrheit aus kernkraftkritischen Kommunalpolitikern wechselte. Dieser Betrag liegt nach meinen nachträglichen Berechnungen bei 6.935.000 DM, also bei knapp 7 Mio. DM. Der Fehler unterlief mir, weil ich davon ausging, dass bei den zwischen der Brennelementlager - Gorleben GmbH (BLG) und dem Landkreis 2003/2004 geführten Verhandlungen über eine Erhöhung der Infrastrukturbeihilfe neben einer Einmalzahlung von 500.000 DM für die Modernisierung der Rettungsleitstelle eine Nachzahlung vereinbart wurde, die in ihrer Gesamtsumme der der Gemeinde Gorleben in vorausgegangenen Verhandlungen zugebilligten und seit 1992/93 an sie gezahlten Anhebung ihrer jährlichen Infrastrukturhilfe aus dem Ansiedlungsvertrag entsprach. Der Betrag von 6.935.000 DM übersteigt die zu Zeiten einer CDU-Mehrheit im Kreistag dem Landkreis zugeflossene Summe von 3.300.000 DM nicht um zwei Drittel, sondern um gut das Doppelte.“, Anlage

sachten beim Ausbau einer modernen Infrastruktur hohe Investitionskosten, die nur mit der Unterstützung durch den Bund und das Land Niedersachsen finanziert werden konnten.

Und dann habe ich noch eine weitere Quelle, und zwar ist das ein Zeitzeugengespräch von Dr. Tiggemann mit Klaus Stuhr, seinerzeit dem Leiter des Referats 23 für Industrieansiedlung im niedersächsischen Wirtschaftsministerium unter dem Minister Dr. Walther Leisler Kiep. Der sagt - ich zitiere -:

Es war eigentlich ein strukturpolitisches Projekt. Als solches ist es auf die Schreibtische im MW

- also im Wirtschaftsministerium in Niedersachsen -

gekommen. ... Lüchow-Dannenberg war die ärmste Region in Niedersachsen; da war die Welt zu Ende. Die Idee war: Das ist die Chance.

Das ist MAT A 93: Anselm Tiggemann, „Gorleben als Entsorgungs- und Endlagerstandort. Der niedersächsische Auswahl- und Entscheidungsprozess. Expertise zur Standortvorauswahl für das „Entsorgungszentrum“ 1976/77“. Im Auftrag des niedersächsischen Umweltministeriums; vorgestellt am 28. Mai 2010.

Aus Ihrer Wahrnehmung heraus, Herr Poggendorf: Welche Bedeutung hatten die strukturpolitischen Implikationen bei der Auswahl dieses Standorts? Und eine zweite Frage: Führt diese strukturpolitischen Erwägungen Ihrer Erkenntnis nach dazu, dass wissenschaftliche Aspekte bei der Auswahl des Standorts in den Hintergrund rückten oder gar vernachlässigt worden sind?

Zeuge Klaus Poggendorf: Sie haben zu Recht auf die großen Strukturprobleme des Landkreises hingewiesen. Wir versprachen uns damals, als es um die Ansiedlung des nuklearen Entsorgungszentrums ging, insbesondere von der Wiederaufarbeitungsanlage mit einem Jahresdurchsatz von 1 400 Tonnen und einer prognostizierten Zahl von Arbeitsplätzen zwischen 3 000 und 4 000 eine Lösung dieser Probleme. Das muss man ganz offen sagen.

Die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, dieses Projekt nicht zu

realisieren, war für viele Kommunalpolitiker eine Enttäuschung. Trotzdem war man der Meinung, dass man einmal mit der Salzstockuntersuchung zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könnte und zum anderen auch den Bund in die Pflicht nehmen kann, den Landkreis finanziell zu unterstützen, um die Strukturprobleme, wenn nicht zu lösen, so doch abzumildern. Und das ist letzten Endes auch geschehen.

Ich darf Ihnen dazu folgende Beispiele mal nennen: In der Zeit von 1979 bis 1989 sind in den Landkreis Mittel in Höhe von 521 Millionen investiert worden, und zwar aufgrund von Förderprogrammen des Bundes und des Landes. Wenn Sie Förderprogramme in Anspruch nehmen wollen, dann genügt es ja nicht, dass der Bund oder das Land das zahlt, sondern jeder kommunale Träger muss einen Eigenanteil aufbringen. Dazu waren in der Vergangenheit die Gemeinden und der Landkreis, aufgrund seiner Finanzschwäche, nicht in der Lage. Mithilfe der Gorleben-Gelder gelang es aber, diese Förderprogramme in Anspruch zu nehmen, und diese Förderprogramme haben wiederum private Investitionen ausgelöst, die in dieser Zeit zu einer Summe von 521 Millionen führten. Von diesen 521 Millionen brachten Bund und Land Niedersachsen 195 Millionen auf und der Landkreis Lüchow-Dannenberg aus seinen Gorleben-Geldern 38 Millionen. Was ist daraus entstanden? Es sind nach den Angaben der niedersächsischen Landesregierung für diese Zeit 4 683 Arbeitsplätze gesichert worden, 779 Arbeitsplätze zusätzlich entstanden, und es wurden 674 Gästebetten geschaffen. Daraus können Sie ersehen, dass diese Mittel erheblich zur Abmilderung der Strukturschwäche im Landkreis Lüchow-Dannenberg beigetragen haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ihrer Erkenntnis nach, Herr Poggendorf: Haben denn diese strukturpolitischen Aspekte, die ich sehr gut verstehe und nachvollziehen kann, Ihrer Kenntnis nach dazu geführt, dass man bei dem Hingucken, ob dieser Salzstock denn nun aus wissenschaftlichen, aus geologischen Gründen auch tatsächlich geeignet war bzw. der Standort zunächst mal - - dass man da vielleicht nicht so genau hingeguckt hat?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, das ist eine Frage, die letzten Endes, ob das wis-

senschaftlich vertretbar ist, von den Kommunalvertretern nicht hinreichend beurteilt werden kann. Die Entscheidung darüber, ob das vertretbar ist oder nicht, hatte die Bundesregierung zu treffen. Und die bisher vorliegenden Untersuchungsergebnisse haben die Kommunalpolitiker dazu geführt, dass die Kommunalpolitiker letzten Endes diese Salzstockuntersuchung auch unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten für richtig hielten. Dazu hat sicherlich auch beigetragen die Vereinbarung, die seinerzeit die rot-grüne Bundesregierung - mit Bundeskanzler Schröder - und den EVUs abgeschlossen hat und die das Moratorium vorsahen. Und bei dieser Vereinbarung sind ja auch Äußerungen gefallen - - oder ist geäußert worden über den Salzstock. Und zwar heißt es in dieser Vereinbarung - - In der Anlage 4 erklärt die Bundesregierung unter anderem Folgendes zum Salzstock Gorleben:

Die ... bisher gewonnenen geologischen Erkenntnisse stellen sich im Wesentlichen wie folgt dar: Die Ausdehnung des für die Einlagerung von hochradioaktiven Abfällen vorgesehenen Älteren Steinsalzes hat sich im Rahmen der Erkundung des Erkundungsbereiches ... als größer erwiesen, als ursprünglich angenommen. ... Die analytisch bestimmten Hebungsraten des Salzstockes lassen erwarten, dass im Hinblick auf mögliche Hebungen auch in sehr langen Zeiträumen (... 1 Mio. Jahre) nicht mit hierdurch verursachten Gefährdungen zu rechnen ist. Es wurden keine nennenswerten Lösungs-, Gas- und Kondensateinschlüsse im Älteren Steinsalz gefunden. Die bisherigen Erkenntnisse über ein dichtes Gebirge und damit die Barrierefunktion des Salzes wurden positiv bestätigt. Somit stehen die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstockes zwar nicht entgegen. Allerdings sieht die Bundesregierung ... die Notwendigkeit, die Eignungskriterien für ein Endlager fortzuentwickeln und die Konzeption für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zu überarbeiten. ... Das Moratorium bedeutet keine Aufgabe von Gorleben als Standort für ein Endlager.

Was soll ein Kommunalpolitiker, der das liest, meine Damen und Herren, denn anderes annehmen, als dass die bisherigen

Untersuchungsergebnisse, auch aus wissenschaftlicher Sicht, die Salzstockuntersuchung rechtfertigen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Zeuge Klaus Poggendorf: Immerhin ist das eine Erklärung, die nicht von Herrn Kohl stammt und auch nicht von Frau Merkel, sondern von Herrn Trittin und von Herrn Schröder.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Poggendorf, wir sind - - Also, ich bin mit meinen Fragen jetzt am Ende. Ich will den Kolleginnen und Kollegen sagen, dass ich gerade die Nachricht bekomme, dass wir um 17.45 Uhr die Abstimmung zu Althea haben, also zu einem weiteren Bundeswehreininsatz. Die Frage ist jetzt: Fangen wir noch mal an zu fragen? - Also, es macht eigentlich wenig Sinn. Dann würde ich nämlich sagen: Dann unterbrechen wir jetzt die Sitzung und kommen dann so schnell wie möglich tatsächlich nach der Abstimmung wieder, und dann würde die Union als Erste das Fragerecht bekommen. - Danke schön, dann haben Sie eine kurze Pause, Herr Poggendorf, bis - was weiß ich - zehn vor oder so.

(Unterbrechung von
17.30 Uhr bis 17.58 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann eröffne ich die unterbrochene Sitzung und bin nun zuversichtlich, dass wir auch tatsächlich unsere Sitzung bis zu unserer oder der Erschöpfung des Herrn Zeugen fortsetzen können.

Ich bitte nun die Unionsfraktion, die Befragung zu beginnen. - Bitte schön, Herr Kollege Pols.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Poggendorf, Sie haben ja schon sehr umfassend auf die Fragen geantwortet - wo ich auch drauf kommen wollte - zur Gorleben-Kommission, deren Vorsitzender Sie ja am Anfang waren.

Zeuge Klaus Poggendorf: Am Anfang, ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun liegen uns diverse Protokolle der Gorleben-Kommission vor. Daraus ergibt sich, dass unter anderem Bundeskanzler Schmidt, Bundesminister Hauff, Bundesminister Baum sowie Ministerpräsident Albrecht und auch der damalige niedersächsische Innenminister Möcklinghoff an Sitzungen teilgenommen haben. Das ist MAT A 102/1, Band 4, Blatt 171 bis 172.

War es eigentlich üblich, dass Bundesminister und Landesminister bzw. auch der Ministerpräsident an den Sitzungen der Gorleben-Kommission teilnahmen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Es war die Ausnahme, würde ich sagen. Aber sie haben daran teilgenommen. Aber es hat, wie gesagt, sehr viele Gespräche mit führenden Politikern der Bundesrepublik gegeben. Sie erwähnten ja den Bundeskanzler Schmidt, den Bundesforschungsminister Hauff. Von Bülow war bei uns, Professor Töpfer als Bundesumweltminister und Frau Merkel. Wie gesagt, bis auf den Heiligen Vater hatten wir eigentlich alle da.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Haben Sie die extra angefragt, oder kamen die aus eigener Motivation?

Zeuge Klaus Poggendorf: Die sind eingeladen worden nach meiner Erinnerung.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Die sind eingeladen worden, gut.

Aus einem Protokoll der Sitzung der Gorleben-Kommission vom 21.02.1979 - das ist MAT A 102, Band 1, Heft 2, Blatt 244 - geht hervor, dass aus den Reihen der Kommission die Forderung an die Bundesregierung zur Einrichtung einer Informationsstelle in Lüchow aufgestellt wurde.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Welche Rolle spielte die Gorleben-Kommission als Informationsplattform beim Ausbau bzw. Aufbau der Information für die Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg und Umgebung?

Zeuge Klaus Poggendorf: Die Gorleben-Kommission selbst sah ihre Aufgabe nicht darin, die Bevölkerung zu informieren, sondern in erster Linie die Entscheidungsträger

in den kommunalen Gremien. Wichtig war aber auch, dass seinerzeit die Bevölkerung informiert wurde. Deswegen haben wir darauf gedrungen, dass eine unabhängige Stelle eingerichtet wird, eine Informationsstelle, die die Information der Bevölkerung übernahm. Denn davor wurden Informationen nur gegeben von den Betreibern, sowohl den Betreibern des geplanten nuklearen Entsorgungszentrums, also der Wiederaufarbeitungsanlage, als auch - - Das reichte aber im Grunde genommen nicht aus, weil man diesen unterstellte, dass sie interessengeleitete Informationen geben. Deswegen war es also wichtig, für die Kommunalpolitiker eine Informationsstelle einzurichten, die nicht in diesem Verdacht stand.

Diese Informationsstelle hat also sehr gute Arbeit geleistet. Sie ist in die Vereine gegangen. Sie hat Vorträge gehalten in den verschiedensten Institutionen und sehr dazu beigetragen, dass objektive Informationen gegeben wurden.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Gut, vielen Dank. Ich komme gleich noch mal darauf zurück.

Aber Sie sagten ja eben völlig richtig, die Gorleben-Kommission war für Sie praktisch als Verwaltungsspitze, aber auch für die Kommunalpolitiker da, um sie dann auch mit Informationen zu versorgen.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wurde das Ziel dieser umfassenden Information denn erreicht?

Zeuge Klaus Poggendorf: Sie meinen, durch die Gorleben-Kommission?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja, durch die Gorleben-Kommission aus Ihrer Sicht.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich denke, dass die Informationen ausreichten, um die durch die kommunalen Körperschaften zu treffenden Entscheidungen zu fällen. Dazu gehörte beispielsweise, Flächennutzungspläne auszuweisen. Dazu gehörte, Baugenehmigungen zu erteilen. Der Landkreis hat ja für die Hochbauten zum Teil Baugenehmigungen erteilt. Das waren alles Dinge, die wir zu entscheiden hatten. Die dafür erforderlichen Informationen wurden

uns über die Gorleben-Kommission vermittelt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Also war das für Sie eine wichtige Einrichtung, um auch Informationen zu erlangen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Warum wurde die Arbeit der Gorleben-Kommission 1991 denn eingestellt, wenn das so eine wunderbare, informative Einrichtung war?

Zeuge Klaus Poggendorf: Die neue Mehrheit, die sich seinerzeit „bunte Koalition“ nannte und aus Kernkraftgegnern bestand, war der Meinung, dass diese Gorleben-Kommission nicht mehr erforderlich sei, sondern dass man einen Fachausschuss beim Landkreis installiert, der dann diese Aufgabe übernahm. Dieser Atomausschuss, wenn ich ihn mal so verkürzt nennen darf, gilt heutzutage einmal als Informationsstelle, aber zum anderen natürlich auch als Diskussionsstelle.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ist er denn qualitativ vergleichbar mit der Gorleben-Kommission?

Zeuge Klaus Poggendorf: Na ja, das würde ich schon sagen. Es sind da Abgeordnete drin, genau wie in der Gorleben-Kommission. Es kommt nur darauf an, wie man sich seine Informationen beschafft und wen man, um Informationen zu bekommen, einlädt; denn auch diese Ausschussmitglieder sind ja auf Informationen von Fachleuten angewiesen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Zitiere ich das richtig, dass man überwiegend Gorleben-kritische Personen eingeladen hat, oder war es eine bunte Mischung?

Zeuge Klaus Poggendorf: Na ja, soweit ich das jetzt verfolgen kann als Außenstehender - ich bin ja seit 96 nicht mehr im Amt -, habe ich den Eindruck, dass in diesen Ausschuss überwiegend Gorleben-kritische Wissenschaftler eingeladen werden. Ich habe allerdings neulich gelesen, dass man auch versucht hat, Vertreter der Bundesregierung und auch der PTB einzuladen, ohne dass man damit Erfolg hatte. Die haben, glaube ich, abgesagt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun habe ich ja eben schon erwähnt, dass aus den Reihen der Gorleben-Kommission die Forderung laut wurde, eine Informationsstelle einzurichten. Wie kam es denn zu dieser Informationsstelle? Vom Bund? Vom Land?

Zeuge Klaus Poggendorf: Die Informationsstelle wurde vom Bund und vom Land eingerichtet. Beide entsandten dort Vertreter, die die Aufgabe der Information übernahmen. Es wurde beispielsweise vom Geologischen Landesamt ein Geologe abgestellt, der wiederum dann Kontakt hatte zu anderen Fachkollegen, und vom Bund war jemand aus dem Ministerium da, der aber dann Verbindungen hatte zu Wissenschaftlern, die dann auf seine Einladung hin die Gorleben-Kommission aufsuchten.

Eckhard Pols (CDU/CSU): War das denn eine Anlaufstelle für Bürger, um sich zu informieren, für einen Bürger, der jetzt eine bestimmte Frage hatte zu einem bestimmten Untersuchungsbereich?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. Jeder konnte hingehen und seine Fragen dort stellen. Wie gesagt, die Informationsstelle und ihre Vertreter gingen auch in die Öffentlichkeit, das heißt also vorwiegend zu Vereinen, und informierten dort, oder auch zu Parteien.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Und Sie veranstalteten auch von sich aus jetzt Veranstaltungen nicht nur in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen wie Vereinen, sondern machten auch öffentliche Veranstaltungen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Wir machten auch öffentliche Veranstaltungen, ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Und wie lange gab es diese Stelle?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich meine, sie wäre bis Ende der 80er-Jahre - - Aber da bin ich nicht sicher, ob sie da schon aufgelöst wurde. Es lag einfach daran: Die Antikernkraftbewegung vollzog sich ja in Wellenbewegungen. Es gab immer ein Auf und ein Ab, und irgendwann kam der Bund und erklärte, hielt die Informationsstelle nicht mehr für erforderlich, weil der Widerstand gegen die Anlagen in Gorleben weitgehend zurückgegangen war. Das war zu einem bestimm-

ten Zeitpunkt auch der Fall. Das war auch die Begründung, warum sich der Bund aus der Informationsstelle zurückzog.

Nach meiner Erinnerung hat das Land dann diese Informationsstelle weiter betrieben, und es gibt jetzt noch eine Informationsstelle; die ist aber angesiedelt in Gartow.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Die Ursache ist dann das mangelnde Interesse der Bevölkerung, oder?

Zeuge Klaus Poggendorf: Zunächst, ja. Das ist jetzt natürlich wieder gestiegen aufgrund der gewachsenen Protestbewegung.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich noch kurz Fragen zu dem Zeugen, den wir vorher gehört haben, zu Graf von Bernstorff. Den kennen Sie ja sicherlich.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Können Sie denn etwas darüber berichten, inwieweit seine land- und forstwirtschaftlichen Betriebe durch das Endlagerprojekt betroffen waren oder noch betroffen sind?

Zeuge Klaus Poggendorf: Diese Frage kann ich schwer beantworten. Graf von Bernstorff ist zwar der größte Grundbesitzer, aber welche Grundstücke von ihm betroffen sind durch das Endlager, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass die Salzhalde ganz in der Nähe seines Grundbesitzes liegt und dass im Rahmen der Naturschutzauflagen möglicherweise auch Grundstücke von ihm einbezogen wurden.

Der Landkreis hat seinerzeit als untere Naturschutzbehörde zusammen mit der oberen Naturschutzbehörde, der Bezirksregierung und dem Bergamt Konzepte entwickelt, um Auflagen zu erarbeiten für den Eingriff in Natur und Landschaft nach dem Naturschutzgesetz. Es wurden beispielsweise dann Gutachter beauftragt, die NILEG, das heißt die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft, die Untersuchungen anstellte und Vorschläge gemacht hat, was man als Auflagen in die Genehmigung aufnehmen könne, um diese Eingriffe in Natur und Landschaft zu kompensieren.

Ich erinnere mich dunkel, dass beispielsweise Vorschläge gemacht wurden, die Nemitzer Heide zu erweitern. Die Nemitzer

Heide ist ja ein Waldbrandgebiet, das der Landkreis aufgekauft hat, um dort eine Heidelandschaft anzulegen. Es wurde vorgeschlagen und wohl auch realisiert, Moore zu renaturieren. Es wurde vorgeschlagen, auch im Elbholz etwas zu unternehmen. Allerdings kann ich nicht genau sagen, was. Aber im Elbvorland beispielsweise sollte eine extensive Landwirtschaft betrieben werden, damit das Brutgeschäft der Vögel im Frühjahr nicht gestört wird. Die Auflage war, hier eine späte Mahd durchzuführen. Das sind so Auflagen, die mir noch dunkel in Erinnerung sind.

Ob der Graf davon betroffen worden ist oder seine Grundstücke, kann ich Ihnen also nicht sagen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Sie waren auch nicht näher damit befasst demnach?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Das ging dann über die Bundesstellen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja, das lief zwar schon über den Kreis. Teilweise hat es auch Eingang in Genehmigungen, die wir erteilt haben, gefunden. Aber das liegt so weit zurück, wissen Sie, dass ich die Frage so konkret nicht beantworten kann.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Poggendorf.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Poggendorf, ich möchte gerne an die Fragen des Kollegen Pols anschließen, und zwar, was diese Eigentumsverhältnisse bei den Ausgleichsmaßnahmen angeht. Sie haben ja vorgestellt, dass es eine ganze Reihe von, ich nenne es jetzt mal: Projekten, Naturschutzprojekten gab, wo man eben so einen Ausgleich realisieren konnte. Sie haben jetzt gesagt, Sie wüssten jetzt nicht genau, welche Grundstücke des Grafen von Bernstorff da betroffen sind.

Ich stelle es einmal umgekehrt: Nicht alle Projekte sind auf dem Grund und Boden des Grafen von Bernstorff, nehme ich an.

Zeuge Klaus Poggendorf: Davon gehe ich aus. Das sind nicht alle Projekte auf dem Grundstück vom Grafen von Bernstorff.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. Das heißt also, man hätte auch den Ausgleich möglicherweise realisieren können, ohne Grundstücke des Grafen von Bernstorff zu -

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, da bin ich überfragt, wissen Sie. Da müsste man noch mal in die Gutachten reinsehen und feststellen, ob das bei den vorgeschlagenen Auflagen möglich gewesen wäre. Die Frage kann ich Ihnen so konkret nicht beantworten.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. - Ihnen ist wahrscheinlich noch in Erinnerung, dass die Salzrechte in Niedersachsen in einer besonderen Weise übertragen werden, nämlich mit dem Grund und Boden, und dass im Zuge des neuen Bundesberggesetzes eine Möglichkeit bestand für die Grundeigentümer, die Salzrechte zu beantragen, dass sie also weiterhin im Eigentum des Grundeigentümers standen.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wissen Sie, ob dies vor Ort allgemein bekannt war, ob das die Salzrechteigentümer alle gemacht haben und die wussten, dass das Bundesberggesetz entsprechend geändert ist?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. Die Grundeigentümer wussten Bescheid, und ein Großteil der Grundeigentümer hat auch von diesem Recht Gebrauch gemacht und sich die Salzrechte eintragen lassen. Von diesen eingetragenen Salzrechten ist allerdings der größte Teil dann zur Verfügung gestellt worden gegen Entgelt für die Salzstockuntersuchung. Nur - soweit ich erinnere - der Graf Bernstorff hat sich geweigert, seine Zustimmung zu geben, und die evangelische Kirchengemeinde. Das sind die beiden, die ich so in Erinnerung habe.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wenn ich noch mal auf den Zeitpunkt abstelle, als sich die Grundeigentümer das Salzrecht sichern konnten. Wir hatten hier im Ausschuss den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Herrn Henning Rösel. Der hat hier im Ausschuss am 17. Juni 2010 Folgendes gesagt. Ich zitiere hier das Protokoll Nr. 7, Seite 5. Da hat er gesagt:

Als wir Anfang der 80er-Jahre im Landkreis Lüchow-Dannenberg Öffentlichkeitsarbeit betrieben, war dort diese Regelung

- das ist die Regelung, von der ich gerade sprach -

überhaupt nicht bekannt. Keiner der Grundeigentümer wusste von diesem Recht am Salz; erst durch unsere Öffentlichkeitsarbeit ist klar geworden, welch ein Schatz und welches Faustpfand sich dort unter Tage befand. Ich kann mich noch gut an einen Vortrag entsinnen, den ich in Trebel, einem kleinen Dorf in der Nähe von Gorleben, gehalten habe. Am nächsten Tag stand in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*: Eigentum in 1 000 Meter Tiefe.

Diese unsere Ehrlichkeit ...

Deckt sich diese Aussage von Herrn Rösel mit Ihrer Erinnerung?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, ob 1980 diese rechtliche Regelung, von der Sie sprachen, allgemein bekannt war, kann ich nicht sagen. Aber sie ist mit Sicherheit bekannt geworden, und alle haben von ihrem Recht der Eintragung ihrer Salzrechte Gebrauch gemacht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir hatten ja heute Vormittag Herrn von Bernstorff hier gehabt, und er hat ausgesagt, dass er bereits 1978, also deutlich vor dem Zeitpunkt, den Herr Rösel hier anspricht, diese Weiterinanspruchnahme der Rechte beantragt habe. Wissen Sie, ob er das eben vor den anderen gemacht hatte, oder -

Zeuge Klaus Poggendorf: Das kann sein; denn Graf Bernstorff hat natürlich aufgrund seiner Vermögensverhältnisse auch Rechtsberater. Die hat er verstärkt in Anspruch genommen, als es um die Einrichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums ging. Ich kann mir vorstellen, dass diese Rechtsberater ihn auf diese Rechte, die er hat, hingewiesen haben.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, es könnte sein, dass er 1978 praktisch vor den anderen diese Rechte beantragt hat, -

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, ich halte das für -

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): - und die anderen sind erst durch die PTB bzw. die - -

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja, ich halte es für möglich. Das halte ich für möglich.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Das ist aber Kaffeesatzleserei!)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann möchte ich noch mal kurz auf die politischen Verhältnisse zu sprechen kommen. Es gibt ja immer, wenn man nicht aus der Region stammt, so den Eindruck, der eben auch über die Medien vermittelt wird, die Bevölkerung insgesamt in Gorleben und der Region sei gegen dieses Projekt eingestellt, und zwar seit, im Grunde genommen, den späten 70er-Jahren.

Jetzt wissen wir ja, dass die CDU insbesondere in den 80er- und 90er-Jahren sowohl auf örtlicher wie auf Landes- und Bundesebene für das Projekt Gorleben war. Hat sich diese Haltung in irgendeiner Form in den Wahlergebnissen niedergeschlagen, dass man also den Eindruck aus den Medien bestätigt findet: Aha, die Bevölkerung vor Ort ist gegen das Projekt eingestellt?

Zeuge Klaus Poggendorf: Es ist so: Das Projekt nukleares Entsorgungszentrum und später Salzstockuntersuchung ist ja seit 1977 im Landkreis Lüchow-Dannenberg bekannt und auch umstritten. Bis 1991, also über mehrere kommunale Wahlperioden, hatte die CDU die absolute Mehrheit im Kreistag. 1991 hat sie die verloren. Das ist jetzt kontinuierlich zurückgegangen. Die letzte Kommunalwahl hat dazu geführt, dass die CDU zwar noch stärkste Partei im Landkreis und stärkste Fraktion im Kreistag ist, aber sie hat über 10 Prozent bei der Kommunalwahl verloren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und ich weise darauf hin, dass unser Untersuchungsauftrag bis maximal 98, 99, 2000 läuft. Dann ist aber wirklich Schicht im Schacht, und von daher bitte ich auch, die Fragen auf diesen Zeitraum zu konzentrieren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So ist das. - Herr Poggendorf, wir haben in der nächsten Sitzung auch Pastor Gottfried Mahlke als Zeugen hier. Ist der Herr Ihnen bekannt?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Was können Sie zu Pastor Mahlke berichten?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, Pastor Mahlke ist nach meiner Kenntnis - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Jetzt aber! -
Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Was hat das mit dem
Untersuchungsgegenstand zu tun?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Mahlke ist ein Zeuge, der hier gehört wird.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Und dann darf
er fragen: Was können Sie über
den berichten?)

- „Kennen Sie ihn?“, hat er gesagt. Bislang ist das alles noch gut.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich kenne ihn nur als Kernkraftgegner.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Welche Berührungspunkte hatte denn Ihrer Erinnerung nach Herr Pastor Mahlke mit dem Endlagerprojekt Gorleben?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das habe ich nicht verstanden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Welche Berührungspunkte hatte er denn mit dem Endlagerprojekt Gorleben?

Zeuge Klaus Poggendorf: Er war ja lange Zeit Pastor im Bereich Gartow und war sowohl gegen die nuklearen Entsorgungsanlagen, das heißt also gegen das Endlager, und auch gegen die Zwischenlager.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Nach unseren Informationen hat Herr Mahlke im Mai 1980 am Protest auf der besetzten Bohrstelle 1 004 am Standort Gorleben teilgenommen. Können Sie sich daran erinnern bzw. uns darüber etwas darüber berichten?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, davon weiß ich nichts.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut, dann habe ich keine Fragen mehr. Ich glaube, die Fraktion CDU/CSU für diese Runde nicht mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Guten Tag, Herr Poggendorf! Herr Poggendorf, in einer Studie von Herrn Tiggemann - MAT A 93, Paginierung 24 - wird von einem Zeitzeugengespräch berichtet, das der Ministerialrat Stuhr - kennen Sie den? -

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja, den kenne ich.

Ute Vogt (SPD): - geführt hat mit Herrn Tiggemann. Da steht, dass der Herr Stuhr sagte, dass ihm die Kommunalpolitiker aus Lüchow-Dannenberg wegen der mit dem NEZ verbundenen Chancen unablässig im Genick saßen. Waren Sie auch einer dieser Kommunalpolitiker?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, davon ist mir nichts bekannt. Ich kenne auch keinen Kommunalpolitiker, der das getan hätte. Aber ich kann das nicht mit absoluter Sicherheit sagen. Ich weiß nicht, welche Kontakte Herr Stuhr zu Kommunalpolitikern im Landkreis Lüchow-Dannenberg hatte. Ich kann nur für mich in diesem Augenblick sprechen und für die Leute oder für die Kommunalpolitiker, die mir nahestanden. Von mir kann ich sagen: Ich habe ihm nicht im Genick gestanden. Ich habe natürlich nachher versucht, als die Entscheidung gefallen war zum nuklearen Entsorgungszentrum bzw. auch zur Endlageruntersuchung, mit ihm zu verhandeln. Er hat uns auch sehr unterstützt - das muss ich dazusagen -, der Herr Stuhr. Aber es war nicht so, dass ich oder irgendjemand, den ich kenne, Druck ausgeübt hat auf Herrn Stuhr.

Ute Vogt (SPD): „Im Genick sitzen“ ist ja nun nicht nur Druck. Er nennt im Übrigen Herrn Grill. Den kennen Sie wahrscheinlich auch.

Zeuge Klaus Poggendorf: Den kenne ich, ja.

Ute Vogt (SPD): Den hat er in dem Zusammenhang auch namentlich erwähnt.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja, aber dazu kann ich nichts sagen.

Ute Vogt (SPD): Es ging mir darum, was Ihre Rolle war. Den Herrn Grill hatte man ja an anderer Stelle schon zur Genüge.

Die Frage war dann noch mal, oder ist jetzt: Wann haben Sie das erste Mal davon gehört, dass die Standortentscheidung Gorleben gefallen ist? Wissen Sie das noch?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das kann ich Ihnen genau sagen. Ich war mit meiner Frau im Skiurlaub und habe vor dem Fernseher gesessen. Das war am 22. Februar. Ich bin vom Stuhl gefallen, als plötzlich im Fernsehen die Nachricht verkündet wurde: Gorleben wird zum Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums.

Ute Vogt (SPD): Das war vorher jetzt nicht so, dass Sie damit gerechnet hätten?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein. Ich war ja auch noch nicht im Amt, muss ich dazusagen. Ich war schon beim Landkreis tätig, aber ich bin in der zweiten Hälfte des Jahres 1977 zum Oberkreisdirektor gewählt worden und habe mein Amt 1978 Anfang März angetreten.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben wir vorhin beim Graf von Bernstorff gehört, dass Sie verschiedentlich auch mit Genehmigungsverfahren natürlich befasst waren, und es ging um die Frage: Können Sie sich erinnern, wie lange die Genehmigungsdauer für das Zwischenlager war? Wie lange etwa? Also, jetzt nicht auf den Tag genau, aber wie lange?

Zeuge Klaus Poggendorf: Sie meinen jetzt die Baugenehmigung?

Ute Vogt (SPD): Ja, die Baugenehmigung für das Zwischenlager.

Zeuge Klaus Poggendorf: Das kann ich nicht sagen. Aber was sicherlich für Sie interessant sein wird: Wir haben eine Reihe von Hochbauten genehmigt, wozu ich sagen muss, Hochbauten nicht zum Zwischenlager. Ich will jetzt mal auf die Hochbauten zu spre-

chen kommen für dieses Endlager. Das sind also das Sozialgebäude, Umzäunung, Pfortnergebäude, Sprengstofflager usw. usf. Die mussten wir ja als untere Baubehörde genehmigen, und diese Genehmigung haben wir auch erteilt. Aber da es ja immer um die Frage geht: „Sind dort möglicherweise schon die Dinge festgezurr worden?“, kann ich Ihnen sagen: Alle Genehmigungen sind mit einem Widerrufsvorbehalt versehen worden. Das heißt also, die Baugenehmigungen des Landkreises haben einen Widerrufsvorbehalt, der besagt, dass für den Fall, dass der Salzstock aufgrund der Untersuchung sich als ungeeignet für ein Endlager erweist, die Baugenehmigungen widerrufen werden.

Ute Vogt (SPD): Das gilt auch für das Zwischenlager?

Zeuge Klaus Poggendorf: Für das Zwischenlager kann ich jetzt nicht sagen, weil der Untersuchungsgegenstand hier ein anderer war. Ich habe nur die Akten für die Hochbauten eingesehen, um mich da zu vergewissern. Aber ich gehe mal davon aus, dass die Genehmigung für das Zwischenlager auch so aufgebaut ist, dass, wenn das Zwischenlager stillgelegt wird, also die Castoren entfernt werden, das Zwischenlager dann auch abgebrochen werden muss, dass das also auch in der Baugenehmigung steht. Aber das kann ich nicht mit der Gewissheit sagen wie zu den Baugenehmigungen auf dem Salzstockgelände.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben wir vorhin gehört, dass es auch im Laufe der Jahre den Versuch gab, einen Kinderspielplatz auf dem Gelände zu errichten, und dass diese Genehmigungsdauer besonders lang gewesen ist. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Klaus Poggendorf: Der ist überhaupt nicht genehmigt worden, sondern im Gegenteil: Wir haben seinerzeit, als dieser Spielplatz dort errichtet wurde, eine Abbruchverfügung erlassen. Er sollte beseitigt werden, zumal es sich nicht um einen Spielplatz im eigentlichen Sinne handelte. Der Spielplatz war unmittelbar an einer Bundesstraße. Die Kinder hätten, wenn sie darauf gespielt hätten, auf die Bundesstraße laufen können. Das war der Versuch der Kernkraftgegner, über einen Spielplatz eine gewisse Blockade zu installieren. Wir haben seinerzeit diesen Spielplatz, der nicht genehmigt

worden war und auch nicht genehmigungsfähig ist, mit einer Verfügung belegt und auch die Betreiber oder die Bürgerinitiative aufgefordert, diesen Spielplatz zu beseitigen.

Ute Vogt (SPD): Halten Sie einen Spielplatz für ein geeignetes Blockadeinstrument?

Zeuge Klaus Poggendorf: Schon.

Ute Vogt (SPD): Da ist aber die Furcht groß. - Ich wollte noch mal nach der Gorleben-Kommission fragen. Sie haben vorhin gesagt: Die uns allen bekannte und bei uns auch sehr beliebte *Elbe-Jeetzel-Zeitung* hatte Zugang. Hatten noch andere Pressevertreter Zugang zur Gorleben-Kommission?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja, das Interesse der Presse war an der Gorleben-Kommission nicht so groß. Ich weiß nur, einmal wollte der NDR dort Aufnahmen machen, das heißt also, nicht nur schriftlich, sondern auch per Bild berichten. Die Gorleben-Kommission hatte sich geweigert, die Presse, also den NDR, dort zuzulassen. Es kam dann zu einem Rechtsstreit, bei dem die Gorleben-Kommission oder der Landkreis oder wer auch immer - ich weiß nicht, wer es war - unterlegen war. Da hatte dann das Verwaltungsgericht, glaube ich, war es, gesagt: Auch wenn der NDR dort Zugang haben will, dann muss man ihm diesen Zugang gewähren. - Ich bin überzeugt, wenn weitere Medien Interesse an der Gorleben-Kommission gehabt hätten, dass man aufgrund dieser Entscheidung ihnen auch diesen Zugang verschafft hätte.

Ute Vogt (SPD): Warum wollte man dem NDR den Zugang zuerst verwehren?

Zeuge Klaus Poggendorf: Man hatte die Befürchtung, dass, wenn der NDR dort Aufnahmen macht, das wieder zu Aktionen führt. Das heißt, es ist ja sehr beliebt, wenn man protestiert und das Fernsehen da hat. Dann stellt man sich gerne vor die Kamera und macht dann irgendwelche Protestaktionen. Das wollte man im Rahmen - so vermute ich mal - dieser Gorleben-Kommission verhindern.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben Sie vorhin gesagt: Es gab auch kritische Wissenschaftler in der Gorleben-Kommission. Welchen

Einfluss hatten diese Wissenschaftler dann später auf die letztendliche Beurteilung zum Beispiel des Berichts der PTB?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, dass es eine Reihe von Wissenschaftlern gab, zu denen auch Professor Duphorn gehörte, die sich kritisch geäußert haben. Aber welchen Einfluss sie auf die Entscheidung der PTB hatten bzw. auf den Abschlussbericht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Ute Vogt (SPD): Könnte es sein, dass der - - War der Professor Duphorn dann auch außerhalb der Gorleben-Kommission noch tätig?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. Professor Duphorn ist ja verschiedentlich auch bei uns im Landkreis gewesen und hat seine Bedenken vorgetragen.

Nun muss ich Ihnen eines sagen: 1986 gab es einen Unfall bei uns im Salzstock. Da stürzte so ein Ring dort ab. Daraufhin hat 1986 die SPD-Landtagsfraktion - damals war Fraktionsvorsitzender Herr Schröder - Herrn Duphorn gebeten, auf der Grundlage neuester Erkenntnisse noch ein Gutachten abzugeben. Professor Duphorn hat wiederholt seine Bedenken im Hinblick auf die unzureichenden Vorkommnisse wasserundurchlässiger Sedimente gegen den Salzstock und hat auch noch hingewiesen auf eine Problemzone im Gipshut. Aber er hat erklärt - auch da hat er erklärt -, dass er nach wie vor für eine weitere Untersuchung des Salzstockes Gorleben sei, nur auch da die Auffassung vertreten, dass neben dieser Salzstockuntersuchung andere Standorte oder ein anderer Standort untersucht werden sollten. Bloß, dieser Hinweis von Duphorn ist immer unerwähnt geblieben. In der politischen Diskussion wurden immer nur die Bedenken vorgetragen.

Duphorn hat sich nach meinen Recherchen erst in den 90er-Jahren gegen die Salzstockuntersuchung gewandt, und zwar mit dem Argument, als man in 850 oder 870 Meter Tiefe Laugeneinschlüsse, Salzlaugeneinschlüsse fand, behauptet, diese Laugeneinschlüsse könnten aus den Nebengebirgen stammen, und wenn jetzt eingelagert würde, könnte der Salzstock wieder ansteigen und Kontakt bekommen mit den grundwasserführenden Schichten, während andere Wissenschaftler gesagt haben: Solche Laugen in

dieser Tiefe sind nichts Ungewöhnliches, weil sie entstanden sind mit dem Salzstock. Als der Salzstock entstand, gibt es solche Art Einschlüsse, und deswegen sei ein solches Vorkommnis in 850 Meter Tiefe nichts Außergewöhnliches für Salzstöcke.

Ute Vogt (SPD): Halten Sie selbst den Salzstock Gorleben für geeignet, um ein Endlager dort einzurichten?

Zeuge Klaus Poggendorf: Wissen Sie, ich bin kein Geologe. Aber ich habe ja zitiert vorhin die Vereinbarung zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den EVUs mit der Erklärung über den Salzstock. Wenn Herr Trittin und Herr Schröder eine solche Erklärung unterschreiben, dann, meine ich, haben sie sich vorher vergewissert auch bei den Wissenschaftlern, dass der Salzstock aufgrund der vorher vorliegenden Erkenntnisse nicht ungeeignet ist, sondern dass eine Fortführung der Salzstockuntersuchung gerechtfertigt ist.

Ute Vogt (SPD): Aber das heißt nicht, dass er geeignet ist, sondern - -

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, aber es liegen keine Anzeichen vor, ihn für ungeeignet zu halten.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion. - Bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Poggendorf, wir haben ja alle Ihr Buch durchaus intensiver gelesen und deswegen - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Sie nicht?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das sollten Sie mal tun!)

Zeuge Klaus Poggendorf: Kann ich Ihnen nur empfehlen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Von daher haben wir natürlich schon eine Fülle von Informationen aus diesem Werk. Aber ich

würde Sie trotzdem noch mal fragen wollen nach der Gorleben-Kommission. Es waren ja schon verschiedene Zeugen hier vor Ort, unter anderem eben auch der besagte Kurt-Dieter Grill, und der hat uns zumindest vermittelt, dass diese Gorleben-Kommission gute Arbeit geleistet hat, dass dort sehr hochwertige Informationen auch gezogen werden konnten.

Ich wollte Sie noch mal fragen: Wer hat denn vor Ort das Ganze organisiert? Gab es eine Geschäftsstelle?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wer hatte überhaupt das Recht, zu sagen: Das Themenfeld steht jetzt an?

Dann hätte ich gerne auch noch mal gewusst, in welchem Intervall Sie getagt haben, wie intensiv die Arbeit war.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich war nur kurz Vorsitzender dieser Gorleben-Kommission, weil ich eigentlich als Oberkreisdirektor so viele andere Aufgaben wahrzunehmen hatte, dass ich sie nicht durchführen konnte. Aber der Landkreis hat die Verwaltungsarbeit übernommen. Das heißt, der Vorsitzende legte die Termine fest. Das war Kurt-Dieter Grill. Der Vorsitzende stimmte auch die Tagesordnung mit seinen Stellvertretern ab, und der Landkreis machte Folgendes: Der schickte die Ladungen heraus und führte die Protokolle über diese Sitzungen. Der Inhalt dieser Protokolle ging dann an die Mitglieder der Kommunalgremien, das heißt Kreistag, Samtgemeinderat, Gemeinderat Gorleben, Gemeinderat Trebel und Samtgemeinderat Lüchow. Das heißt, die Verwaltungsarbeit lag beim Landkreis, aber die Bestimmung der Tagesordnung und die Festlegung der Termine erfolgten durch den Vorsitzenden in Abstimmung mit seinen Vertretern.

Angelika Brunkhorst (FDP): Die Inhalte dieser einzelnen Sitzungen oder die Informationsfülle oder wie auch immer, wie ist sie denn der Öffentlichkeit überhaupt zugänglich gemacht gewesen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich sagte schon: Die ist über die Presse und in erster Linie über die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* zugänglich gemacht worden, und es war auch so, dass die Protokolle den Abgeordneten zu-

gingen, und es kam auch zu Nachfragen innerhalb der einzelnen Sitzungen, in Kreistagssitzungen oder in Samtgemeinderats-sitzungen beispielsweise.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte Sie mit der Aussage von der Gründerin der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Frau Marianne Fritzen, konfrontieren. Sie war am 27. Januar 2011 hier auch im Ausschuss als Zeugin, und sie sagte dort - Protokoll der 31. Sitzung auf Seite 62 -, die Gorleben-Kommission sei ein „Geheimclub“ gewesen.

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein.

Angelika Brunkhorst (FDP): Deswegen noch mal an Sie die Frage: Sie sagen, nein. Auf welche Art und Weise hat man denn der Bürgerinitiative Angebote gemacht? Haben die angefragt bei Ihnen, oder gab es überhaupt einen Austausch?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, ich muss dazu sagen: Der Gorleben-Kommission gehörten ja Vertreter aller im Kreistag oder in den Samtgemeinderäten und Gemeinderäten vertretenen Parteien an. Das heißt also, über diese Schiene lief schon Information, und das andere war eben die Presseberichterstattung durch die *EJZ*. Die *EJZ* steht ja nicht gerade im Ruf, kernkraftfreundlich zu sein, sondern sie ist kernkraftkritisch. Sie können also davon ausgehen, dass die *EJZ* dann sicherlich alles auf den Tisch gebracht hat, was in der Gorleben-Kommission besprochen wurde.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gut, danke. - Dann hätte ich noch eine Frage zu dem sogenannten Informationszentrum. Dieses Informationszentrum: Können Sie beurteilen, welchen Dienst dieses Zentrum, sagen wir mal, erwirkt hat, oder welche Auswirkungen das hatte? Wurde es angenommen, oder war es eher, sagen wir mal, eine Feigenblattfunktion? Wie beurteilen Sie das?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, es war auf keinen Fall eine Feigenblattfunktion. Es gab eine sehr starke Nachfrage zu Beginn, also als es um die nukleare Entsorgungsanlage ging, aber auch später noch. Das flaute im Laufe der Jahre etwas ab, und das hat dazu geführt, dass der Bund sich zurück-

zog. Nach meiner Erinnerung muss das Mitte der 80er-Jahre gewesen sein.

Ich bedauere eigentlich heute, dass es eine solche Informationsstelle nicht gibt, und würde, wenn ich noch im Amt wäre, darauf dringen, dass eine solche Informationsstelle wieder eingerichtet wird, damit eine einigermaßen objektive Information stattfindet über die Anlagen dort.

Angelika Brunkhorst (FDP): Dann möchte ich Sie noch mit einer Aussage konfrontieren, die Herr Professor Röthemeyer hier im Ausschuss gemacht hat, und zwar hat er das gemacht bei seiner Zeugenvernehmung hier am -- Jetzt muss ich mal schauen. Wann war das jetzt genau? Ich liefere das gleich nach. Und zwar hat er gesagt: Er hat darauf Bezug genommen, dass es natürlich in der Außendarstellung manchmal so ausgesehen hätte, als wenn es mehr Gegner gab gegen das Projekt oder gegen die wissenschaftlichen Ergebnisse, dass es aber auch Personen gegeben hat, die gesagt haben - jetzt zitiere ich wörtlich -:

Wenn ihr uns überzeugen könnt,
dass der Standort geeignet ist oder
dass ihr positive Ergebnisse habt,
dann geben wir unseren Wider-
stand auf.

Es gab also durchaus Menschen, die Sachargumenten gegenüber offen waren. Sie haben vorhin darauf hingewiesen - das hat Herr Graf Bernstorff vorhin auch schon getan -, dass es eine regelrechte, na ja, Spaltung auch in den Gemeinden gab.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Angelika Brunkhorst (FDP): Können Sie dazu vielleicht mal was sagen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich will hier keine Pauschalurteile verbreiten. Es gibt sicherlich auch bei Kernkraftgegnern Menschen, die Sachargumenten offen gegenüberstehen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ach nein!)

Aber es ist eben so: Bei öffentlichen Diskussionen, wo jeder Zugang hat, dominieren diejenigen, die in der Diskussion ziemlich intolerant gegenüber Andersdenkenden sind, und das äußert sich eben dadurch, dass man Leuten ins Wort fällt, dass man sie nieder-

schreit, dass man im Grunde genommen jemanden nicht aussprechen lässt, mit dem Ergebnis, dass man zu der Überzeugung kommt, dass es kein Recht auf eine andere Meinung gibt als die, die sie vertreten.

Angelika Brunkhorst (FDP): Eine letzte Frage noch von meiner Seite zunächst: Das sogenannte Gorleben-Hearing, wo ja über mehrere Tage auch internationale Fachexpertise gezogen wurde, welchen Widerhall hatte das über die Region hinaus? Wie wurden die Ergebnisse aufgefasst? Wurde es akzeptiert? Hatten Sie das Gefühl, dass man dort wirklich auch, sagen wir mal, beide Seiten in ausreichendem Maße gehört hat und dass die Ergebnisse dann auch hilfreich waren?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich hatte durchaus das Gefühl, dass beide Seiten gehört wurden. Es waren ja kritische Wissenschaftler eingeladen und andere auch, die diskutiert, ganz offen. Zu diesem Gorleben-Hearing, das auch nichtöffentlich war - da wurde man ja auch geladen -, ist aber auch eingeladen worden. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg beispielsweise war dort, die Kommunalvertreter der betroffenen Standortgemeinden. Das heißt, jeder aus der Region, der dort eine Funktion innehatte, konnte an diesem Gorleben-Hearing teilnehmen. Mein Eindruck war, dass man beide Seiten dort hat zu Wort kommen lassen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das war es von meiner Seite.

Ich will noch eben die Stelle nachliefern: Das war aus dem Protokoll der 10. Sitzung am 1. Juli 2010 auf Seite 27.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Frage-recht an die Linke. Bitte, Frau Möller oder Frau Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Poggendorf, dann möchte ich Sie mal was fragen. Sie hatten ganz am Anfang mal gesagt einen Sachverhalt, der mir nicht ganz klar geworden ist. Sie hatten da gesagt, dass die neue, bunte Kreistagsmehrheit auch die Wohlverhaltensklausel mit unterzeichnet hat. Oder hatten Sie da gesagt, dass diese Kreistagsmehrheit, diese neue, nur die Entschädigungen angenommen hat,

die dem Landkreis ohnehin zustehen? Wie können Sie zu dieser Zahlung dann Auskunft geben? Das war ja nach Ihrer Dienstzeit, nehme ich an. Oder ist das nicht so?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, nein. Es geht um den Vertrag, der 1980 über die Zwischenlager abgeschlossen wurde, insbesondere über das Transportbehälterlager, wo jetzt die Castoren eingelagert wurden. In diesem Vertrag hat der Landkreis auf der einen Seite - die Samtgemeinde Gartow und die Gemeinde Gorleben - damals mit der DWK einen Vertrag abgeschlossen. In diesem Vertrag steht unter anderem drin, dass - was Sie als Wohlverhaltensklausel bezeichnen - die Kommunalvertreter die nukleare Entsorgung für notwendig halten und alles tun werden im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, um das Projekt zu verwirklichen. Das ist richtig; aber im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften. Die Folge - -

Dann ist also vereinbart worden diese Zahlung von 1 Million, seit 1980. Dieser Vertrag läuft bis heute. Das heißt, die Kernkraftgegner, die jetzt im Kreistag die Mehrheit haben, haben nie diesen Vertrag mit dieser Klausel gekündigt, der bis heute gilt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ist der kündbar? Jederzeit?

Zeuge Klaus Poggendorf: Natürlich, können Sie machen. Ich frage mich: Warum? Wenn sie wirklich der Meinung sind, dass dieses Geld - was weiß ich - Akzeptanz- oder Schmiergeld ist, dann hätten sie also, wenn sie konsequent sind, diese Kündigung aussprechen müssen. Stattdessen beziehen sie das Geld, über 8 Millionen bisher.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Ich meine, dass dort ein Beschluss des Kreistages gewesen ist, der dann aber nicht umgesetzt worden ist von der Verwaltung.

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, nein.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das sehen Sie anders?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, nein. Ich glaube, das verwechseln Sie. Das war etwas anderes. Diese Verträge mit der DWK bzw. BLG/GNS sahen vor, dass die laufenden Zahlungen von 1 Million möglicherweise

erhöht werden, wenn die Lebenshaltungskosten steigen. Das heißt, es war ein Begleitschreiben der DWK da, das besagte: Wenn die Lebenshaltungskosten im Vergleich zu 1980 auf mehr als 15 Prozent steigen, erklärt sich die DWK bzw. die GNS bereit, in neue Verhandlungen über die Höhe einzutreten. - Das haben die Gemeinde Gorleben - ich weiß jetzt nicht genau, zu welchem Zeitpunkt - und die Samtgemeinde Gartow 92 gemacht und haben eine Erhöhung bewirkt.

Damals hatten wir eine bunte Mehrheit. Ich war der Oberkreisdirektor und habe den Kreistag gebeten, mich zu ermächtigen, auch diese Verhandlungen zu führen. Das hat der Kreis dann abgelehnt. Daraufhin habe ich Widerspruch oder Einspruch eingelegt, was nach der Kommunalverfassung möglich ist. Dieser Einspruch ging an die Bezirksregierung, eine Bezirksregierung, die installiert ist oder die eine Regierungspräsidentin hatte, die der SPD angehörte, also unter Schröder. Die Bezirksregierung hat meinem Einspruch stattgegeben und hat gesagt: Ein Landkreis, der auf Gorleben-Gelder verzichtet hat und jetzt in die Pleite rutscht, kann es sich nicht leisten, auf solche Verhandlungen mit dem Ziel der Erhöhung der Gorleben-Gelder zu verzichten. - Die Folge war, dass - ich war da nachher ausgeschieden - 2003 oder 2004 der Landkreis dann - damals immer noch bei einer Mehrheit der Kernkraftkritiker - Verhandlungen aufgenommen hat mit der BLG und der GNS, und die haben damals Folgendes vereinbart: eine einmalige Zahlung von 500 000 DM oder 250 000 DM³ für die Modernisierung der Einsatzleitzentrale und eine Erhöhung der laufenden Zahlungen, die bisher bei 300 000 DM im Jahr lagen, um 105 000 oder 110 000 auf 400 000; und seitdem läuft das.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön dazu erst mal.

Zeuge Klaus Poggendorf: Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Jetzt noch eine Frage zu Ihrer Zeit als Kreisdirektor. Hand aufs Herz:

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Oberkreisdirektor!)

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „DM“, setze „EUR“, Anlage

- Oberkreisdirektor, ja. - Wie wurden denn während Ihrer Zeit Bewerber auf Stellen im Kreishaus behandelt, Angestellte? Wurden die nach ihrer politischen Gesinnung befragt, und wie wurden die behandelt, wenn sie sich als Atomkraftgegner zu erkennen gaben? Wurde danach gefragt, ja oder nein?

Zeuge Klaus Poggendorf: In der Kreisverwaltung gab es Leute, die der CDU angehörten, die der SPD angehörten, und es gab Leute, die wie Herr Ehmke - das heißt, der Vater des Sprechers der Bürgerinitiative, der auch Mitglied der Kreisverwaltung gewesen ist - gegen Gorleben waren.

Es hat also bei Einstellungen schon Fragen gegeben, dass man gesagt hat: Pass auf, du bist hier in der Kreisverwaltung, und du kannst, wenn du gegen die Anlage bist, in Gewissenskonflikte geraten, weil letzten Endes, wenn wir eine Genehmigung für ein Zwischenlager erteilen, dich das in einen seelischen Zwiespalt bringen kann. - Das ist schon gesagt worden. Dieser Hinweis ist gemacht worden. Aber wir haben nicht gesagt: Wer Kernkraftgegner ist, den übernehmen wir nicht in die Kreisverwaltung.

Wie gesagt, als Beispiel darf ich nur sagen: Herr Ehmke, der Sprecher der Bürgerinitiative, hat einen Vater, und der ist lange Jahre Mitglied der Kreisverwaltung gewesen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich möchte noch mal anschließen. Herr Poggendorf, Sie haben vorhin schon ausgeführt - das findet sich unter MAT E 1, Band 19, Paginierung 099-103 - zum Beispiel eine Liste mit ganz vielen Punkten, die Sie sich sozusagen von den Gorleben-Geldern als Kreis ermöglichen wollten. Da ist dann also eine Liste dabei: Katalog Polizeikaserne, Bau von Turnhallen, -

Zeuge Klaus Poggendorf: Eine Polizeikaserne haben wir nicht finanziert. Das hat der Bund - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): - Erziehungsberatung. Ziel war auch immer „Förderung und Ausbau des Fremdenverkehrs“. Ich wüsste gerne, wie diese Liste zustande gekommen ist, und vor allem, ob Ihnen oder auch dem Kreistag nie die Idee kam, dass

der Ausbau von Fremdenverkehr und ein nukleares Entsorgungszentrum oder später nur Zwischenlager und mögliches Endlager einander widersprechen könnten.

Zeuge Klaus Poggendorf: Die Befürchtung, dass sich das widerspricht und dass das möglicherweise negative Auswirkungen auf den Fremdenverkehr hat, die hatten wir alle zu Beginn, also als die Entscheidung auch über das nukleare Entsorgungszentrum fiel. Aber diese Befürchtung hat sich nicht bewahrheitet. Der Fremdenverkehr, also die Fremdenverkehrsinfrastruktur ist in den Jahren kontinuierlich ausgebaut worden, und die Zahl stieg.

Nur jetzt, heute, geht der Fremdenverkehr zurück. Das führe ich aber nicht auf die Demonstrationen oder so zurück, sondern ganz einfach, weil der Landkreis Lüchow-Dannenberg nach der Wiedervereinigung Konkurrenz im Osten bekommen hat. Das ist also der Grund. Aber die Anlagen als solche haben nicht dazu geführt, dass die Übernachtungszahlen bei uns rückläufig waren.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und wie sind die Listen - sage ich mal -, die Auflistung dessen, was man sich wünschte, entstanden?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Menzner, zunächst war Ihre Redezeit jetzt um, ehrlich gesagt.

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Ja, aber das war nur eine
Nachfrage!)

- Ja, auch eine Nachfrage in der nächsten Runde, wenn Sie gerne möchten.

Jetzt ist zunächst die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihrer Frage dran, wenn Sie möchten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Herr Poggendorf!

Zeuge Klaus Poggendorf: Guten Abend!

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte gerne noch mal zur Gorleben-Kommission bzw. zu Öffentlichkeitsarbeit und Informationen insgesamt fragen. Ich kann ja sehr gut nachvollziehen, dass so eine Kommune, eine Gegend, die mit diesem Ansinnen konfrontiert wird, dass man dort ein nukleares Entsorgungszentrum

bauen möchte, einen hohen Informationsbedarf hat. Ich habe aber jetzt Ihren Darstellungen schon entnommen, dass die Informationen der detaillierteren Art unter den Funktionsträgern, also den Politikern auf den verschiedenen Ebenen, ausgetauscht wurden und eben nicht der Öffentlichkeit zugänglich waren, sondern dass das nur über einen Journalisten der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* dann gemacht wurde. Ist das richtig so?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich darf doch mal betonen: Die Gorleben-Kommission hatte nicht die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren - das war nicht ihr Ziel -, sondern die Gorleben-Kommission hatte die Aufgabe, den Mitgliedern, die Funktionsträger waren - das ist völlig richtig -, die also die Entscheidungen zu treffen hatten, die für ihre Entscheidungen notwendigen Informationen zu verschaffen. Die Aufgabe, Informationen in die Öffentlichkeit zu tragen, hatte die Informationsstelle des Bundes und des Landes.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kam ja später, wenn ich das richtig verstanden habe.

Zeuge Klaus Poggendorf: Die kam nicht wesentlich später als die Einrichtung der Gorleben-Kommission.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, aber trotzdem ist es ja so, wenn ich mir jetzt anschau, was da so passiert ist in dieser Gorleben-Kommission, oder auch in Ihrem Buch, wenn Sie von den Informationsfahrten schreiben, dass es da ja sehr in die Details ging, an denen die Öffentlichkeit selbstverständlich auch ein Interesse hat. Sie haben vorhin zum Beispiel gesagt, die Protokolle wurden allen Gemeinderäten zugänglich gemacht, also weit gestreut. Das klang für mich so, als gingen Sie davon aus, das gehe dann natürlich auch an die interessierten Bürger.

Jetzt haben wir aber andererseits aus der Vernehmung von Frau Fritzen - das ist ja vorhin schon benannt worden, 27.01. dieses Jahres - eine Aussage dazu:

Die Protokolle waren geheim. Die konnten wir nicht einsehen. Jeder, der da drin war, war verpflichtet, sie geheim zu halten.

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist jetzt der Widerspruch aufzulösen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein, das ist nicht richtig. Die Protokolle gingen nicht in die Öffentlichkeit. Die gingen an die Abgeordneten. Aber die Protokolle waren auch Gegenstand von Anfragen in den Gremien. Das heißt, die Abgeordneten, die nicht der Gorleben-Kommission angehörten, aber dem Kreistag oder einem Gemeinderat, kriegten die Protokolle, und sie waren auch Gegenstand von Anfragen in den politischen Gremien.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun hatte uns Frau Fritzen in dieser Vernehmung durchaus erzählt, dass sie findig war, zum Beispiel auch mal in die Gorleben-Kommission reinzukommen. Also, sie hat schon versucht, alle Wege zu nutzen, um an die Dinge, die sie interessieren, auch zu kommen, sagte aber trotzdem: An die Protokolle kamen wir nicht. - Wie kann so ein Eindruck entstehen, wenn Sie sagen, das war eigentlich gar kein Problem?

Zeuge Klaus Poggendorf: Frau Fritzen war nicht Mitglied des Kreistages in der Zeit beispielsweise.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber um die Kreistagsmitglieder geht es mir auch gerade nicht, sondern tatsächlich um die Öffentlichkeit.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. Die Bürgerinitiative kriegte natürlich nicht die Protokolle, sondern es war - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum „natürlich“?)

Ich sage es noch mal: Die Gorleben-Kommission hatte nicht die Aufgabe, die Bürgerinitiative oder andere Bürger zu informieren, sondern sie war ein Instrument, den Abgeordneten, die Entscheidungen zu treffen hatten, die für ihre Entscheidungen notwendigen Informationen zu liefern. Die Aufgabe einer Information in der Öffentlichkeit, die hatte die Informationsstelle des Bundes und des Landes.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich schon verstanden.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte trotzdem noch mal bei der Gorleben-Kommission bleiben. Aus Ihrem Buch haben wir ja auch die Information, dass da Informationsfahrten nach Karlsruhe, nach La Hague, nach Sellafield stattfanden. Sie beschreiben das so:

Die Informationen genügten nicht, um ein hinreichendes Bild von der Funktionsweise einer Wiederaufarbeitungsanlage und ihrem Sicherheitsstandard zu liefern.

Ich meine, da könnte man sagen: Man geht jetzt einmal, schaut sich das an, lässt sich erklären, wie das funktioniert. - Sie sind aber an alle Standorte gefahren, die irgendwie in dieser Hinsicht etwas aufzuweisen haben in Europa, so ungefähr. Ja, es sind alle: Karlsruhe, La Hague und Sellafield. Es drängt sich mir also ein bisschen der Eindruck auf, man hat da auch schöne Reisen unternommen und hat die Kommunalpolitiker auch ein bisschen eingefangen mit diesen Informationsfahrten - so läuft es ja oft - und hatte schon im Sinn, da vielleicht nicht nur ganz neutral zu informieren, sondern natürlich auch im Sinne dieser Wohlverhaltensklausel ganz bestimmte Entscheidungsfreudigkeit herbeizuführen. Täusche ich mich da völlig?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, ich glaube, da täuschen Sie sich etwas.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Etwas?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja. - Es war so: Ich habe - das muss ich dazusagen - nur zwei Fahrten mitgemacht, einmal nach La Hague und einmal nach Karlsruhe. In Sellafield bin ich nicht gewesen. Das war mir aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Aber nach La Hague beispielsweise führen nicht nur Kommunalpolitiker, sondern auch Frau Fritzen ist mit einer Delegation in La Hague gewesen und hat dort - - Dass das nun reine Vergnügungsreisen waren, das kann ich eigentlich nicht behaupten. Nur, es ist natürlich so: Sie kommen in eine Riesenanlage.

Da wird Ihnen dort alles erläutert. Sie sind aber fachlich völlig unvorgebildet. Sie können das nur aufnehmen und sagen: Na schön, das mag ja alles so funktionieren. - Und gerade, weil uns das nicht ausreichte, weil wir gesagt haben, so eine Fahrt allein vermittelt nicht mal oberflächliche Kenntnisse, hielten wir es für erforderlich, die Kenntnisse zu vertiefen, und das eben im Rahmen der Gorleben-Kommission.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Ich habe im Moment keine Frage mehr.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich da gerne mal weitermachen und bei dem anknüpfen, was Frau Voß gefragt hat, weil es ja schon eine Frage ist: Wer wird wie informiert, und wer hat welche Chancen, seine Meinungsfreiheit auch in Bezug auf Gorleben kundzutun? Da haben Sie ja gerade gesagt: War überhaupt kein Problem bei den Einstellungen. Wir haben niemanden bevorzugt und niemanden benachteiligt.

Jetzt möchte ich Sie mal an eine Darstellung erinnern. Die ist in einem *Zeit*-Artikel vom 16.09.1988 dargestellt, auch in der Auseinandersetzung. Sie waren zu der Zeit noch Oberkreisdirektor; Kreisdirektor war Herr Riegner. Und da wird von einer Beschwerde eines Oberarztes am Krankenhaus berichtet, Oberarzt Ulrich, der sich über die Gesprächsführung bei der Auswahl eines neuen Arztes beschwert, und der Oberarzt nannte bestimmte Fragen eine unzulässige Gesinnungshygiene. Nämlich wurde da dann immer danach gefragt, wie denn die Einstellung zu Gorleben sei. Es wurde moniert, dass in der Zeitung Anzeigen von Ärzten unterschrieben seien, und das wurde kritisiert, weil Ärzte in diesem Fall gefälligst neutral zu sein hätten.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir kontrollieren aber doch eigentlich die Bundesregierung, nicht die Kreisverwaltung! Ich frage nur mal gerade!)

- Ich glaube, ich bin jetzt dran, Herr Grindel, noch eben ganz kurz.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte gerne wissen, unter welchen Punkt des Auftrags das fällt!)

- Bitte? - Ich mache jetzt einfach mal meine Frage fertig. Das verunsichert ja wieder alles.

Zu diesem, was hier von dem Oberarzt als unzulässige Gesinnungshygiene bezeichnet wird, erste Frage: Trifft das zu, dieser Vorgang, der hier beschrieben ist und der auch ausgedehnt wird auf andere Einstellungspraxen, und wie beurteilen Sie das? Haben Sie das gebilligt? Haben Sie das unterstützt, oder haben Sie das kritisiert?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich kann Ihnen nur sagen: Ich kann mich an diesen Vorfall nicht erinnern. Das liegt eine Zeit zurück. Aber ich kann darauf hinweisen, dass der Chefarzt der Inneren Abteilung im Kreiskrankenhaus ein erklärter Gorleben-Gegner war, den wir auch eingestellt haben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben meine Frage nicht beantwortet.

Zeuge Klaus Poggendorf: An diesen Vorfall, den Sie hier nennen, kann ich mich nicht erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Steiner, Sie können das möglicherweise in einer nächsten Runde machen. Diese Runde ist jedenfalls vorbei. Damit sind wir auch am Ende der ersten Berliner Runde.

Ich schaue zur Union. Haben Sie weitere Fragen? - Nein. Hat die SPD weitere Fragen? - Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Ich habe nur noch eine Frage, weil Sie, Herr Poggendorf, vorhin gesagt hatten, das Duphorn-Gutachten der SPD-Landtagsfraktion damals, da habe sich Duphorn auch nicht gegen eine Weitererkundung ausgesprochen, sondern erst später. Da wollte ich Ihnen ein Zitat aus MAT A 52, Band 12, Paginierung 97 - das ist für das Protokoll - vorhalten. Da geht es um das Fazit von Duphorn in dem Gutachten. Es heißt da unter drittens - Fazit -:

Nach meiner fachlichen Einschätzung sind die Zweifel an der Eignung von Gorleben so stark geworden, daß es am sinnvollsten wäre, das Projekt sofort abubrechen und andere Standorte zu untersuchen. Das habe ich auch der PTB 1982/83 gutachtlich empfohlen. Inzwischen hat sich der Salzstock aber auch politisch verselbständigt.

Und so weiter.

Das war damals das, was Duphorn niedergeschrieben hat. Das ist jetzt im Widerspruch zu dem, dass Sie gesagt haben, er hätte erst sehr viel später gesagt, dass man auf eine Erkundung verzichten soll.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich kenne nur das Gutachten, das seinerzeit die SPD-Landtagsfraktion eingeholt hat.

Ute Vogt (SPD): Ja, das war daraus, das Fazit.

Zeuge Klaus Poggendorf: - - daran, dass Professor Duphorn, weil es nach seiner Ansicht Probleme im Übergang vom Gipshut in den Salzstock gab, vorgeschlagen hatte, um hier Gewissheit zu bekommen, Bohrungen von außen dahin zu machen, um Gewissheit zu bekommen, und dass der Präsident des Oberbergamtes gesagt hat: Das ist unvertretbar. Wenn, dann muss man das nicht von oben machen, weil man den Salzstock dann perforiert oder auch das Deckgebirge, sondern wenn, dann muss man die Bohrung von unten machen. - Aber Duphorn hat nach meiner Kenntnis damals auch nicht gesagt: „Der Salzstock ist ungeeignet; man müsste die Salzstockuntersuchung einstellen“, sondern hat nach wie vor empfohlen, weiter zu gehen, weiter zu untersuchen und einen zweiten Standort zu untersuchen.

Ute Vogt (SPD): Ich kann Ihnen ja nur sagen, dass ich eben aus diesem Gutachten zitiert habe.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Ute Vogt (SPD): Insofern muss der Widerspruch bestehen bleiben.

Zeuge Klaus Poggendorf: Muss er bestehen bleiben.

Ute Vogt (SPD): Möglicherweise haben Sie das auch nicht mehr ganz so wortgetreu in Erinnerung.

Zeuge Klaus Poggendorf: Das kann sein.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP.

Angelika Brunkhorst (FDP): Wir haben keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen. - Dann die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich habe von Ihrem Buch eine Neuauflage von 2008 mit einem Vorwort aus dem Dezember 2007. Kann ich daraus schließen, dass Sie das Buch in wesentlichen Teilen 2007 geschrieben haben?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge Klaus Poggendorf: Also 2007 und davor.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): In dem Vorwort danken Sie ganz besonders Herrn Henning Rösel, weil er die zur Salzstockuntersuchung bei Gorleben in Ihrem Buch genannten Fakten auf sachliche Richtigkeit geprüft hätte und auch ergänzt hätte. Uns hat sich Herr Rösel hier im Untersuchungsausschuss als Jurist vorgestellt, und er hat auch ausdrücklich betont, dass er für geologische Fakten nicht der Fachmann wäre. Können Sie uns sagen, wie und in welchen Fragen Herr Rösel Sie bei dem Buch unterstützt hat?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, ich habe den Entwurf dieses Buches Herrn Rösel zugeschickt. Ich kenne ihn von früher - wir hatten ja engen Kontakt früher mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und dann auch mit dem Bundesamt für Strahlenschutz - und habe ihn gebeten, das durchzusehen und mich auf Fehler aufmerksam zu machen, die ich da eventuell gemacht habe, nicht konkret in wissenschaftlicher Hinsicht, sondern ganz allgemein. Herr Rösel hat mir zwei Zeilen geschickt und hat gesagt: Wenn er ein Buch zu schreiben hätte, dann würde er es genauso schreiben, wie ich es getan habe. Das war für mich die Bestätigung, dass ich da nichts Falsches reingeschrieben habe.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber das war also folglich keine konkrete geologische Beratung?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dazu war er wohl offensichtlich auch nicht in der Lage.

Zeuge Klaus Poggendorf: Das weiß ich nicht. Aber Herr Rösel hat sicherlich auch als Jurist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit begleitet und wäre in der Lage gewesen, wenn ich da grobe Schnitzer gemacht hätte, mich darauf hinzuweisen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Auf Seite 87 des Buches äußern Sie sich zu den Ausmaßen des Salzstockes, und da schreiben Sie von 14 Kilometern Länge bis zu 4 Kilometer Breite und in einer Tiefe von 300 bis 3 500 Meter. Wenn Sie jetzt sagen, Sie haben 2006/2007 das Buch geschrieben, dann muss Ihnen doch damals eigentlich schon bekannt gewesen sein - oder zumindest war das damals allgemeiner Kenntnisstand -, dass der Salzstock doppelt so lang war und rund 15 Kilometer auf das Gebiet der ehemaligen DDR ragte. Oder war Ihnen das nicht bekannt? Oder wenn ja, wann ist Ihnen das bekannt geworden, und wieso findet das in dem Buch keinen Niederschlag?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das war natürlich bekannt, aber es ging mir darum: Wie lang ist der Salzstock im Kreis Lüchow-Dannenberg? Darum ging es.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Meinen Sie, die Kreisgrenzen sind entscheidend für die Eignung oder auch das Untersuchungsfeld für eine geologische Endlagerung?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das Untersuchungsfeld bezog sich bisher nur auf den Untersuchungsbereich 1, und der liegt im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Die Untersuchung ist ja noch nicht abgeschlossen. Es wird ja eine Vielzahl weiterer Untersuchungen erfolgen, und da wird mit Sicherheit möglicherweise auch die Fortsetzung des Salzstockes über die Kreisgrenzen hinaus erfolgen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also dann haben für Sie und Ihre Überlegungen auch bis ins Jahr 2007/2008 die Gasbohrungen mit der Havarie von Lenzen, was ja im

Salzstock stattfand, keine Bedeutung gehabt?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich sage Ihnen nochmals: Ich bin kein Geologe. Ich kann mich also nur auf das berufen, was seinerzeit auch die rot-grüne Bundesregierung gesagt hat, dass es keine nennenswerte Gasvorkommen gibt, die die Eignung des Salzstockes infrage stellen können.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich möchte aber noch mal nachfragen: Wann ist Ihnen bekannt geworden - es gab ja durchaus in den 70er-Jahren Pläne, wo der Salzstock direkt hinter der Grenze, hinter der Elbe endete -, dass die Ausdehnungen des Salzstocks weitaus größer sind?

Zeuge Klaus Poggendorf: Das kann ich Ihnen so aus dem Kopf nicht sagen. Aber ich weiß, dass der Salzstock sich ausdehnt, dass er nicht an der Grenze endet.

Johanna Voß (DIE LINKE): Da war ja noch eine Angabe in Ihrem Buch, die eben schon genannt worden ist, nämlich dass der Salzstock in einer Tiefe von 300 bis 3 500 Metern liegt. Herrn Duphorn haben Sie auch zitiert, und Sie kannten ihn und was er festgestellt hat. Es ist doch aber auch bekannt, dass es diesen „Steilen Zahn“ gibt, wo dieser Salzstock bis 133 Meter unter die Oberfläche geht, auf Lüchow-Dannenberg-Gebiet.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja, Sie müssen unterscheiden zwischen dem Deckgebirge, das 133 Meter geht, und dem Beginn des Salzspiegels.

Johanna Voß (DIE LINKE): Der Salzspiegel geht bis 133 Meter unter die Erdoberfläche -

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): - und nicht, wie Sie hier in dem Buch immer noch 2007 behaupten, ganze 300 Meter Tiefe. 133 Meter Tiefe ist keine Sicherheit; 300 Meter könnte ein bisschen Sicherheit bedeuten, wenn man denn glaubt, dass Salz geeignet ist.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich berufe mich da auf die Angaben, die seinerzeit das Land Niedersachsen im Umweltausschuss gemacht hat, als es darum ging, warum die niedersächsische Landesregierung sich für Gorleben als Salzstock entschieden hat. Und die Angaben, die die niedersächsische Landesregierung in dem Umweltausschuss gemacht hat, gehen davon aus, dass der Abstand zwischen dem Salzspiegel und der Oberfläche 300 Meter beträgt. Daraus habe ich das abgeleitet.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber dass das heute nicht mehr so ist, das findet sich in Ihrem Buch nicht, also dass es da neuere Erkenntnisse gibt und dass es diesen „Steilen Zahn“ gibt.

Zeuge Klaus Poggendorf: Das kann sein; aber die Unterlagen, die mir zur Verfügung standen, sagten das aus.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aber Sie hielten es auch nicht für nötig, das 2007 oder 2009 noch im Buch mit zu vermerken, dass diese Aussage - - Es steht da so, als sei das für immer so festgestellt - 300 bis 3 500 Meter Tiefe -, und das ist ja nicht so. Es ist ja inzwischen Stand der Wissenschaft, und es ist klar: Es gibt den „Steilen Zahn“, und die höchste Erhebung des Salzstockes ist bis 133 Meter unter die Erdoberfläche.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja, ich kann Ihnen nur sagen, auf der Grundlage welcher Angaben ich das gemacht habe. Das sind die Angaben, wie gesagt, im Umweltausschuss. Sollte mein Buch solchen Absatz finden - und das würde ich empfehlen -, dass eine Neuauflage erforderlich ist, dann werde ich diesen Umstand noch mal prüfen, und wenn Sie Recht haben, soll er Eingang in mein Buch finden.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Dann hätte ich noch mal zu einem anderen Komplex eine Frage. Es findet sich in unseren Akten ein Gesprächsvermerk vom 16.09.1983 in Lüchow. Das ist MATE 1, Band 22, Paginierung 401 bis 404. Da haben Sie ein Gespräch mit Herrn Professor Röthemeyer und Herrn Rösel geführt über den Sinneswandel oder die Zweifel zumindest, die in der CDU-Fraktion auftauchten bezüglich einer untertägigen Erkundung. Es geht

darum, dass die von der DWK versprochene Wiederaufarbeitungsanlage in Dragahn wohl doch eher - Stand damaliger Diskussion - in Wackersdorf gebaut werden sollte und die CDU-Kreistagsfraktion nun Druck machen wolle, um diese doch auch nach Lüchow-Dannenberg zu holen. Es heißt wortwörtlich - so sind Sie zitiert in diesem Material -:

Die CDU-Kreistagsfraktion ist der Auffassung, dass die wirtschaftlichen Vorteile (Betrieb der WAA) mit den Nachteilen (Endlagerung radioaktiver Abfälle) verbunden sein müssen.

Und: „Sie beabsichtigen daher, den positiven Beschluß vom 5. März 1980 überprüfen zu lassen“ und alternativ noch mal zu klären, wie es denn möglich wäre, entweder auch am Standort Wackersdorf eine Endlagerung - in dem Fall Granit - vorzunehmen oder doch die Wiederaufarbeitungsanlage nach Gorleben zu holen.

Wurde über diesen Vorschlag, über dieses Ansinnen im Kreistag beraten oder gar abgestimmt? Und wenn nein: wieso nicht?

Zeuge Klaus Poggendorf: Es ging damals um die Wiederaufarbeitungsanlage nicht in Gorleben, sondern um die Wiederaufarbeitungsanlage Dragahn ging es dort. Da setzte ja ein Wettbewerb zwischen den Regionen ein - das wissen Sie auch -, zwischen Bayern und Niedersachsen. Das, was ich dort gesagt habe, gibt eigentlich das wieder, was mir aus Gesprächen mit der Niedersächsischen Landesregierung bekannt geworden ist, nämlich dass die gesagt hat bei der Diskussion: Ja, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage nicht nach Niedersachsen kommt, sondern nach Bayern, dann müsste man sich überlegen - so die niedersächsische Landesregierung -, ob man dann nicht auch gleichzeitig fordert, die Endlageruntersuchung in dieses Land zu verlegen. - Das war eine Argumentationskette, die aus den Kreisen der niedersächsischen Landesregierung kam.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Die haben Sie sich zu eigen gemacht?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Damit sind wir Ende der zweiten Berliner Runde.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Ach nein, sind wir noch nicht. Die Grünen sind jetzt dran. Aber es war am Ende der Redezeit der Linken. - Bitte schön, die Grünen haben das Wort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Beste immer zuletzt. - Ich habe noch eine Frage, Herr Poggendorf, und zwar: Diese Informationsfahrten nach Karlsruhe, Irland und Frankreich, wer hat die finanziert?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, die nach Cap de la Hague, also nach Frankreich, hat die DWK finanziert, und soweit ich weiß, nach Karlsruhe auch. Da bin ich mir aber nicht ganz sicher.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Danke.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich noch mal an dem Punkt von eben anknüpfen, wo wir kurzzeitig unterbrochen worden sind. Ich hatte ja auf den *Zeit*-Artikel von 1988 Bezug genommen, in dem verschiedene Fälle angeführt werden - ich habe nur einen genannt -, dass eben neu Einstellende befragt wurden nach ihrer Einstellung zu Gorleben, dass manch eine Einstellung dann unterblieben ist und auch moniert worden ist, dass Angestellte, also Kreisbedienstete - in dem Fall auch des Kreiskrankenhauses - darauf hingewiesen worden sind, dass sie sich unzulässig hier äußern pro Gorleben und dann in der Kritik der Begriff „unzulässige Gesinnungshygiene“ verwendet wurde. Das ist mehrfach belegt. Mit Sicherheit kennen Sie natürlich diese Vorfälle. Wenn Sie das nicht kennen würden, dann hätten Sie es spätestens anhand des *Zeit*-Artikels gekannt und dann auch kommentiert.

Ich denke, Sie wissen, dass es auch 1987 bereits ein Rechtsgutachten der ÖTV in Hannover gab, die eindeutig festgestellt hat, dass die Meinungsfreiheit der Kreisbediensteten unzulässig eingeschränkt wird. Das kannten Sie sicher auch. Sie als Chef einer kommunalen Verwaltung mussten sicher darauf achten und sind auch verpflichtet, dass das Grundgesetz beachtet wird.

Ich wollte von Ihnen gerne wissen: Was haben Sie unternommen, um diese Praxis abzustellen und die Meinungsfreiheit entsprechend Art. 5 Grundgesetz zu gewährleisten?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, diesen Vorwurf, der dort erhoben wurde, den muss ich zurückweisen. Es gab keine Versuche, die Meinungen anderer zu unterdrücken. Die Möglichkeit hatte ich auch gar nicht. Das sind Behauptungen, die ich für ungerechtfertigt halte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt also, Sie haben auch nichts unternommen, weil Sie meinten, gar nichts bemerkt zu haben in dieser Richtung? Da brauchen Sie nur Ja oder Nein zu sagen. Sie haben nichts unternommen, nicht?

Zeuge Klaus Poggendorf: Was heißt hier „unternommen“? Ich brauchte nichts zu unternehmen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. - Dann wollen wir gleich mal auf dem Pfad - es geht ja immer um öffentliche Äußerungen: wer äußert sich wie, wer weiß was - weitermachen. Es gab ja auch eine Auseinandersetzung über die *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, die Sie als einziges Berichtsorgan angeführt haben, wenn die Gorleben-Kommission sich der Öffentlichkeit mitteilen wollte, ja gut, dass dann auf die *EJZ* verwiesen wurde.

Sie erinnern sich sicher an die Auseinandersetzung, dass der *EJZ* eine parteiliche Berichterstattung vorgeworfen wurde. Frage: Ist das auch dann in Bezug auf die Gorleben-Kommission und die Gorleben-Gelder bezogen gewesen? Ist das zeitgleich damit anzusehen, dass vonseiten des Kreistags - sicherlich mit Ihrer Unterstützung - der *EJZ* angedroht worden ist, die Anzeigen und die amtlichen Bekanntmachungen des Kreises zu entziehen, was sicher eine große Einbuße auch für die Funktionsfähigkeit der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* bedeutet hätte? Wie beurteilen Sie das im Zusammenhang mit der angestrebten Pressefreiheit und der Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger?

Zeuge Klaus Poggendorf: Es ist richtig, dass die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* - das ist meine Meinung - politisch einseitig berichtet. Nummer eins. Zweitens ist es richtig, dass aufgrund dieser Berichterstattung und mancher Verzerrungen damals der Kreisausschuss, das heißt also: sowohl SPD als auch CDU, die Überlegung angestellt hatte, die Anzeigen - insbesondere die amtlichen Bekanntmachungen - nicht mehr in der *Elbe-Jeetzel-*

Zeitung zu veröffentlichen. Von diesem Vorhaben hat man aber rechtzeitig Abstand genommen. - Nummer eins.

Zweitens. Die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* hat über die Gorleben-Gelder berichtet, und zwar in einer Weise, als handle es sich um sogenannte Schmiergelder. Es ist das gute Recht der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, zu den Gorleben-Geldern ihre Meinung zu sagen. Aber eine Zeitung, die sich „Heimatzeitung“ nennt, muss meines Erachtens auch nicht nur ihr politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch die vielfältigen Interessen einer Region im Auge haben.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Klaus Poggendorf: Seitdem auf die Gorleben-Gelder verzichtet wurde, ist der Landkreis auf dem Wege, aufgelöst zu werden. Er hat 110 Millionen Kassenkreditschulden. Er steht kurz vor der Auflösung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das - -

Zeuge Klaus Poggendorf: Sie werden mir - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Debatte brauchen wir jetzt ja nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wer Fragen stellt, muss auch die Antworten ertragen können.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kassenschulden von heute sind nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich fühlte mich als Oberkreisdirektor verantwortlich für die gesamte Region. Mein Bestreben war immer, zu verhindern, dass diese Region, die ja gefährdet war, damals auch bei der Verwaltungsgebietsreform irgendwo eingegliedert wird. Deswegen waren wir auch darauf bedacht, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen. Die Gorleben-Gelder haben dazu geführt, dass wir bis 1993 einen ausgeglichenen Haushalt hatten. Wir waren die Re-

gion, die mit am geringsten verschuldet war in Niedersachsen. Heute ist der Landkreis finanziell am Ende, und das können Sie mir nicht vorwerfen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werfe Ihnen ja gar nicht vor, dass der Landkreis verschuldet ist. Deswegen habe ich da auch gerade protestiert, weil das ja nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrags ist.

Ich wollte als Erstes das Material nachliefern. Ich habe natürlich aus dem zumindest in diesen Passagen doch gelesenen Buch von Herrn Poggendorf zitiert. Das findet sich auf Seite 72, worauf ich mich bezogen habe, und die Argumentation, die Sie vorgetragen haben, natürlich auch.

Ich wollte Sie eigentlich nur fragen, ob Sie es nicht bemerkenswert fanden, dass diese Drohung gegenüber der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* vonseiten der Mehrheit des Kreistags - sicherlich mit Ihrer Unterstützung - dann erfolgte, als die kritische Berichterstattung über die Gorleben-Gelder deutlich wurde. Ist da nicht ein gewisser Zusammenhang zu sehen, der eindeutig auf Einschränkung der Pressefreiheit hinausläuft?

Zeuge Klaus Poggendorf: Woher wissen Sie, dass ich diese Haltung unterstützt habe?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht aus Ihrem Text hervor. Ich habe mich gerade auf die Seite 72 Ihres Buches bezogen.

Zeuge Klaus Poggendorf: Da steht nicht drin, dass ich das unterstützt habe.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir können ja mal eine semantische Analyse machen: „Es gelang dann endlich“ usw. Es gelang ja dann auch endlich, diesen Konflikt beizulegen. Dass nachher dann die *Elbe-Jeetzel-Zeitung* etwas vorsichtiger wurde in ihrer Berichterstattung, wird an anderer Stelle kommentiert.

Ich würde den Punkt gerne verlassen und Sie als Letztes danach fragen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war ja am Reden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt ist Ihre Fragezeit nun wieder vorbei.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich war noch mitten im Ansatz zur Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay, macht ja nichts. - Das Fragerecht ist zunächst erschöpft.

Ich schaue noch mal in die Runde. - Bei der Union keine weiteren Fragen, bei der SPD keine weiteren Fragen, bei der FDP keine weiteren Fragen. Dann sind die Linken wieder dran. Bitte schön.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte Sie schon noch mal nach diesem Gespräch vom 16.09.83 in Lüchow fragen, das Sie mit Herrn Professor Röthemeyer und Herrn Rösel geführt haben. Also, Sie sagen - - Oder nein, anders herum: Damals war ja wirklich die Debatte um Wackersdorf, und Sie haben sich die Argumentation im Kreistag, oder nur Sie als Oberkreisdirektor, oder wer hat sich die Argumentation der Landesregierung zu eigen gemacht, dass man, wenn man schon ein Endlager oder einen möglichen Standort untersucht, dann auch den Nutzen - sprich: eine Wiederaufarbeitungsanlage - haben will. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das erstmals eine Argumentation der Landesregierung war, aber die hat man sich dann vor Ort zu eigen gemacht?

Zeuge Klaus Poggendorf: Also, es war natürlich so, dass wir, als der Streit zwischen Bayern und Niedersachsen über die Ansiedlung einer Wiederaufbereitungsanlage lief, Kontakt zur niedersächsischen Landesregierung hatten und die niedersächsische Landesregierung uns damals auch deutlich machte, dass sie dieses Argument gegenüber dem Bund bzw. auch Bayern und der DWK gebraucht. Die Gespräche fanden nicht nur mit mir statt, sondern mit Vertretern aus dem Kreistag. Die haben dann dieses Argument natürlich auch bei anderen Gesprächen übernommen und vertreten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wurde das jemals im Kreistag abgestimmt?

Zeuge Klaus Poggendorf: Bei den Gesprächen mit der Landesregierung damals - - Die fanden immer statt zwischen den Vertretern, also den Fraktionsvorsitzenden, der SPD auf der einen Seite und der CDU mit der Landesregierung. Die SPD war damals immer dabei. Es gab nur zwei große Parteien und einen FDP-Abgeordneten im Landkreis. Der war nicht dabei. Aber die anderen beiden waren dabei.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wenn man dieser Argumentation von 1983 jetzt folgen würde: Es ist ja seit geraumen Jahren - sage ich mal - halbwegs unumstritten in Deutschland das Projekt einer Wiederaufbereitungsanlage gestorben, und für Gorleben kommt sie folglich auch nicht mehr infrage. Sehen Sie aufgrund dieser Entscheidung das Projekt Endlagerung, mögliche Endlagerung für den Landkreis anders?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich verstehe diese Frage insofern nicht. Wie meinen Sie?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Na ja, Sie haben damals formuliert, dass man, wenn man schon - jetzt muss ich ganz kurz suchen - die Nachteile - sprich: die Endlagerung - hätte, auch die Vorteile wollte. Diese Vorteile wird es - sage ich mal - nach politischer Beschlussfassung in der Bundesrepublik nicht geben. Eine Wiederaufbereitungsanlage ist seit vielen Jahren nicht mehr im Gespräch. Erscheint dann das Projekt einer möglichen Endlagerung im Kreisgebiet für Sie auch in einem anderen Licht?

Zeuge Klaus Poggendorf: Dazu muss man Folgendes sagen: Die Drohung, die damals die Landesregierung ausgesprochen hat und gesagt hat, das Endlager müsse woanders hin, und die teilweise auch gebraucht worden ist, hat sich als stumpfe Waffe erwiesen; denn wenn man ein anderes Endlager woanders untersuchen will, dann braucht man die Zustimmung der jeweiligen Länder. Die Untersuchung anderer Standorte scheiterte ja immer daran, dass die anderen Länder nicht zustimmten. Es ging nicht nur um Bayern, und es ging nicht nur um das Land Baden-Württemberg. Beispielsweise gibt es reichlich Tonvorkommen in Mecklenburg-Vorpommern, in Schwerin, in Magdeburg. Diese Länder wurden damals aber nicht von CDU-Ministerpräsidenten regiert, sondern von SPD-Ministerpräsidenten. Zur

Zeit von Schröder und Trittin hätte man, wenn man einen anderen Standort ins Auge gefasst hätte, an die herantreten können und sagen können: „Ist es nicht möglich, auch bei euch im Ton Endlageruntersuchungen zu machen?“ Das hat man nicht - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist möglicherweise richtig, allerdings definitiv nach 2000 und definitiv außerhalb unseres Untersuchungsauftrags. Ich meine, wir können gerne noch einen Untersuchungsausschuss machen, der dann bis jetzt und in Zukunft oder wann immer untersucht, aber heute Abend nicht mehr.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, ich frage jetzt auch zu 88 weiter.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Herr Poggendorf, am 19. Januar 88 haben Sie im Bundeskanzleramt angerufen. Das ist MAT A 185, Band 2, Paginierung 184 bis 232. Sie haben damals in diesem Telefonat um ein Gespräch, das Sie gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion, Herrn Fischer, führen wollten, gebeten. Es ging um den Transnuklear-Skandal. Ich erinnere: Fässer waren in Gorleben undicht geworden. - Dieses Gespräch wollten Sie sehr schnell führen, weil zu dem Thema am 11. Februar eine Kreistagssitzung stattfinden sollte oder anberaumt war. Sie hatten dann auch am 9. Februar ein Gespräch mit Herrn Dr. Wolfgang Schäuble, damals Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts. Können Sie sich an den Anruf und an das darauf folgende Gespräch erinnern?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich kann mich an das Gespräch mit Herrn Schäuble erinnern; aber es ging nicht um den Transnuklear-Skandal, sondern es ging um ganz etwas anderes. 1989/90 lief der Vertrag mit dem Bund über die Zahlung der sogenannten Gorleben-Gelder aus. Das Land hatte - damals noch unter Ministerpräsident Albrecht - die Absicht, einen zweiten Vertrag über die Gorleben-Gelder abzuschließen. Dieser zweite Vertrag sollte vorsehen, dass nur der Landkreis Wolfenbüttel und die Stadt Salzgitter wegen Asse und Konrad mit in

diesen Vertrag einbezogen werden und der Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht.

Daraufhin bin ich zu Herrn Albrecht und zu Frau Breuel marschiert, und die haben gesagt: Ihr habt genug Geld bekommen. - Da habe ich gesagt: „So geht es nicht“, und da ich Verbindungen ins Bundeskanzleramt hatte - - Nein, zunächst habe ich Professor Töpfer angerufen und habe gesagt: So geht das nicht. Wir halten hier den Kopf hin. Also, wir wollen hier mit in den Vertrag rein. - Da hat Töpfer mir gesagt: Jawohl, das machen wir. - Da ich Verbindungen ins Bundeskanzleramt hatte, bin ich mit Herrn Fischer zu Herrn Schäuble gefahren. Herr Schäuble hat uns empfangen, hat unser Anliegen angehört und hat gesagt, jawohl, er ist auch der Meinung, wir müssen da mit rein, und hat in unserer Anwesenheit den Wirtschaftsminister Bangemann noch angerufen von der FDP. Der hat auch zugestimmt. Dann sind wir zum Finanzausschuss gefahren. Da war der CDU-Sprecher; den haben wir auch gesprochen. Und mit deren Hilfe sind wir reingekommen in den zweiten Vertrag, der von 90 bis 96 lief. - Mit Transnuklear-Skandal hatte das absolut nichts zu tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Damit sind die Grünen wieder dran. Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte jetzt noch manche Frage zum Verständnis von Bürgerpartizipation an Herrn Poggendorf; aber ich verzichte angesichts der fortgeschrittenen Stunde darauf.

(Ute Vogt (SPD): Wir sind Ihnen sehr dankbar!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das bringt Ihnen sicherlich die Sympathie des gesamten Ausschusses ein, Frau Kollegin.

Ich gucke noch mal in die Runde für eine weitere Berliner Runde. - Die Union hat keine Fragen, die SPD hat keine Fragen, die FPD hat keine Fragen. Die Linken haben Fragen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Es tut mir leid; ich hätte heute Abend auch noch was anderes vor. Aber das möchte ich jetzt doch noch mal ein bisschen genauer klären.

Herr Poggendorf, in meinen Unterlagen - das ist jetzt aktuell; das findet sich auch an anderen Stellen, die Seite 226 von

MAT A 185, Band 2 - findet sich aber ausdrücklich der Hinweis, dass Sie über die schadhaften, sprich: aufgeblähten Fässer im Zwischenlager für schwach- und mittelfallaktiv-abfälle in Gorleben mit Herrn Schäuble gesprochen haben. Also muss das doch irgendwas mit dem Transnuklear-Skandal zu tun gehabt haben, oder zumindest müssen Sie die Situation genutzt haben, um - sage ich mal - dem Wunsch nach einer Finanzierungsvereinbarung mehr Gewicht zu geben. Können Sie sich da in irgendeiner Form vielleicht doch erinnern?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein. Um noch mal auf den Transnuklear-Skandal zurückzukommen: Diese Fässer, die sogenannten Blähfässer, waren Gegenstand von Debatten auch im Landtag. Die niedersächsische Landesregierung, der damals zuständige Abteilungsleiter hatte, nachdem die Fässer da waren, erklärt: Wenn wir vorher gewusst hätten, dass diese Fässer solche Blähfässer sind, dann hätte die Zustimmung zur Einlagerung nicht gegeben werden dürfen.

Dann kam es dazu, dass die Bauern bei uns protestierten, zu mir ins Kreishaus kamen und darauf hinwiesen, dass eine solche Äußerung getan wurde. Wir hatten in unseren Ansiedlungsvertrag reingeschrieben, dass, wenn es Gefahren gibt, die DWK bzw. BLG verpflichtet ist, diese Fässer sofort zu entfernen. Daraufhin habe ich gefordert von der Landesregierung, dass diese Fässer entfernt werden bzw. erst mal untersucht werden - so war das -, also untersucht werden auf ihre Gefährlichkeit hin. Die Landesregierung hat sich damals sehr viel Zeit genommen und dann allerdings nach einer gewissen Zeit auch Fässer abtransportiert, die untersucht worden sind, und festgestellt, dass die Gefährdung nicht so gravierend sei, um eine solche Entscheidung, wie sie angedeutet wurde, zu rechtfertigen.

Aber mit Schäuble habe ich über die Transnuklearfässer nicht gesprochen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich habe hier einfach auf Seite 184 der besagten MAT den folgenden Vermerk - der ist von Dr. Glatzel gefertigt, am 19. Januar -:

Der Oberkreisdirektor des Landkreises Lüchow-Dannenberg, Herr Poggendorf, hat mich am 19. Januar 1988 angerufen und um ein Gespräch zusammen mit dem Vor-

sitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Herrn Fischer, bei Ihnen gebeten.

Das ist adressiert an Herrn Schäuble. - Ich zitiere weiter:

Hintergrund dieser Bitte ist es, daß der bisher im Kreistag bestehende Konsens zur Realisierung des Entsorgungszentrums Gorleben zwischen allen Parteien aufgrund der jüngsten Vertrauenskrise in die Kernenergie (Vorgänge um Transnuklear und NUKEM) nicht mehr besteht. Nur noch die CDU setzt sich im Landkreis entschieden für die Realisierung des Entsorgungszentrums ein. Am 11. Februar 88 soll eine Kreistagsdebatte zu der Thematik stattfinden. Oberkreisdirektor Poggendorf und der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion möchten Sie über diesen Sachverhalt, die Hintergründe und etwaige Folgerungen persönlich unterrichten.

Das, was Sie da angekündigt haben in dem Telefonat, hat dann also faktisch nicht stattgefunden in dem darauffolgenden Gespräch?

Zeuge Klaus Poggendorf: Ich kann nur noch wiederholen: Ich kann mich an ein solches Telefonat mit Herrn Glatzel nicht erinnern. Das weiß ich nicht. Aber ich kann nur noch mal wiederholend sagen: Das Gespräch mit Herrn Schäuble, da ging es ausschließlich um weitere Gorleben-Gelder.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie weitere Fragen? - Nein. Prima. Gibt es noch jemanden in diesem Raum, der weitere Fragen an den Zeugen Herrn Poggendorf hätte? - Das ist erfreulicherweise nicht der Fall, insbesondere auch für Sie, Herr Poggendorf.

Dann möchte ich die Vernehmung formal abschließen. Das Sekretariat wird Ihnen, sobald das Protokoll fertig ist, dasselbe übersenden. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Minuten noch. - Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf

hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder aber auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Klaus Poggendorf: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. Dann bedanke ich mich sehr herzlich bei Ihnen, bedanke mich sehr herzlich beim Stenografischen Dienst und wünsche uns allen noch einen wunderschönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 19.32 Uhr)

Klaus Poggendorf – [REDACTED]

An den Leiter des Sekretariats (PA 25)
des 1. Untersuchungsausschusses
Dr. Eberhard Janß
Platz der Republik 1

11011 Berlin

1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
Eingang: 21. DEZ. 2011
Tgb.-Nr. 394

16.12.2011

Sehr geehrter Herr Dr. Janß,

Die vorläufige Fassung des Protokolls über meine Anhörung vor dem 1. Untersuchungsausschuss am 01.12.2011 ist mir am 12.12.2011 zugegangen. Ich bitte um folgende Korrekturen im Wortlaut:

- auf Seite 71 habe ich eine Sitzung des niedersächsischen Regierungskabinetts erwähnt. Der Ort, in dem sie stattfand, heißt nicht Lüben, sondern Lübel.
- Auf Seite 84 muß es auf die Frage von Frau Johanna Voß, ob die Kreisverwaltung einen Beschluß der kernkraftkritischen Mehrheit im Kreistag, auf die Gorlebengelder zu verzichten, nicht umgesetzt habe, in meiner Antwort mit dem Hinweis auf die vereinbarte Anhebung der Zahlung durch die Betreiber des Transportbehälterlagers aus dem Ansiedlungsvertrag heißen:

„eine einmalige Zahlung von 500.000 DM oder 250.000 EUR“


und nicht 250.000 DM.

Mit freundlichem Gruß

[REDACTED]

Korrektur

Auf der Seite 71 möchte ich meine Aussage korrigieren ,dass der Landkreis Lüchow – Dannenberg 8.685.000 DM empfing , nachdem die absolute Mehrheit im Kreistag von der CDU zu einer Mehrheit aus kernkraftkritischen Kommunalpolitikern wechselte . Dieser Betrag liegt nach meinen nachträglichen Berechnungen bei 6.935.000 DM , also bei knapp 7 Mio. DM . Der Fehler unterlief mir , weil ich davon ausging , dass bei den zwischen der Brennelementlager-lager – Gorleben GmbH (BLG) und dem Landkreis 2003/2004 geführten Verhandlungen über eine Erhöhung der Infrastrukturbeihilfe neben einer Einmalzahlung von 500.000DM für die Modernisierung der Rettungsleitstelle eine Nachzahlung vereinbart wurde, die in ihrer Gesamtsumme der der Gemeinde Gorleben in vorausgegangenen Verhandlungen zugebilligten und seit 1992/93 an sie gezahlten Anhebung ihrer jährlichen Infrastrukturhilfe aus dem Ansiedlungsvertrag entsprach . Der Betrag von 6.935.000 DM übersteigt die zu Zeiten einer CDU - Mehrheit im Kreistag dem Landkreis zugeflossene Summe von 3.300.000 DM nicht um zwei Drittel, sondern um gut das Doppelte .

 , den 17.12 2011

